

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis halbjährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr beträgt für die festgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 26. Juni 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Das Debüt des neuen Dreiklassenparlaments.

Das neugewählte Dreiklassenparlament wird heute zu einer Tagung zusammentreten, die nur als eine kurze formelle Tagung gedacht ist.

Es fragt sich nur, ob der Landtag resp. das preussische Abgeordnetenhaus die vorgesehene Arbeit so rasch wird erledigen können.

In der Tat! Bevor der neue Landtag den Wünschen der Regierung gemäß ohne Sang und Klang die Steuererhöhungen für die Geistlichkeit bewilligt, läge es ihm viel näher, sich mit Fragen zu beschäftigen, die das Interesse der großen Masse der preussischen Bevölkerung in viel höherem Maße erregen.

Aber noch andere dringlichste Forderungen an das preussische Abgeordnetenhaus hat die preussische Bevölkerung. Die eben beendete Landtagswahl hat die Empörung über die preussische Dreiklassenwahl zur Siebtheit gesteigert.

Es mag ja sein, daß die Mehrzahl der Abgeordneten von Gnaden des Dreiklassenwahlrechts vom Geldsadgnaden, das Bedürfnis hegt, die erste Session des Abgeordnetenhauses möglichst rasch beendet zu sehen.

Strapazen der Wahlkampagne zu erholen. Aber das Volk dürfte der nur zu berechtigten Ansicht sein, daß es nicht der Erwählten des Dreiklassenparlaments wegen da ist, daß seine Bedürfnisse sich nicht nach den Wünschen der Gesetzgeber des Dreiklassenparlaments zu richten haben, sondern daß umgekehrt die Abgeordneten die Pflicht haben, den Interessen und Bedürfnissen des Volkes Rechnung zu tragen!

Nach alledem ist es fraglich, ob es gelingen wird, den Intentionen der herrschenden Klasse gemäß die am Freitag zu eröffnende Landtagssession so rasch zu Ende zu bringen. Es ist vielmehr anzunehmen, daß die Tagung selbst bei aller Ausnutzung der Geschäftsordnung zugunsten der Mehrheitsvertretung der Besitzenden sich länger ausdehnen wird, als die Herren, die Berlin nur als eine Station zu den Ostsee- und Nordseebädern betrachten, wünschen möchten.

Eine Aufgabe für den Minister des Innern.

Die Taten des Amtsvorstehers Dr. Guradze und sein Kampf gegen unsere Genossen von Ostwig bei Breslau haben an dieser Stelle des öfteren ihre gebührende Beleuchtung erfahren.

Nachdem Sie Ihr Lokal zum offiziellen Parteilokal der revolutionären Partei hergegeben und seine Benutzung zu öffentlichen sozialdemokratischen Versammlungen freigegeben haben, befürchte ich, daß es durch den stärker werdenden Besuch Ihres Lokals seitens der Mitglieder der Sozialdemokratie es zu Reibereien und Unzulänglichkeiten zwischen diesen und dem bisherigen bürgerlichen Publikum Ihres Lokales kommen wird.

Es wurde gegen diesen offenbar ungeschicklichen Mas auf dem durch das Landesverwaltungsamt vorgeschriebenen Wege Beschwerde beim Landrat, dann beim Regierungspräsidenten eingelegt; die Beschwerde wurde abgewiesen und das Verhalten des Ostwiger Polizeigewaltigen von seinem Vorgesetzten gebilligt.

Kein Wunder, wenn der Herr zu neuen Taten schritt. Den Gastwirt Anabe hatte er schließlich so müde gemacht, daß dieser seinen Saal unseren Genossen wieder verweigerte. Sofort erhielt er die Konzession und die verlängerte Polizeistunde auch wieder zugebilligt.

Auf Ihre Zuschrift... erwidere ich Ihnen, daß ich die Freigabe Ihres Lokals zu politischen Versammlungen weder zu gestatten, noch zu verbieten habe, sondern daß dies lediglich von Ihnen abhängt, ob Sie mit der sozialdemokratischen Partei aus solcher Verträge abschließen wollen oder nicht.

Gottwald gab daraufhin bald den Betrieb auf, sein Nachfolger aber, der mit der gleichen Drohung bedacht worden war, warf unsere Genossen wieder heraus, so daß diese dank der amtlichen Tätigkeit des Amtsvorstehers nicht in der Lage sind, das ihnen nach Verfassung und Gesetz zustehende Versammlungsrecht auszuüben.

Kunze hat Genosse Schölich als zuständiger Parteisekretär zum letzten Auswege gegriffen, um zu sehen, ob im Lande des „Saum cuius“ und des „gleichen Rechts für alle“, die Sozialdemokraten der Polizei gegenüber wirklich rathlos sind.

politischen Richtung hergegeben habe, den Grund entnehme... die Ausdehnung der Polizeistunde, die Erlaubnis zur Abhaltung von Tanzlustbarkeiten oder dergleichen vorzuenthalten, zu beschränken oder zu entziehen, und nachdem auch der preussische Minister des Innern in einem Erlasse davor gewarnt hat, bei der Ausübung des Amtes politische Erwägungen mitprechen zu lassen, wie das aus einer Verfügung des Dirchberger Landrats an die ihm unterstellten Polizeibehörden hervorgeht.

Im Vertrauen hierauf hat Genosse Schölich in einem genau begründeten Gesuche den Minister des Innern gebeten, nunmehr seine Macht geltend zu machen, damit sich auch der Ostwiger Amtsvorsteher bequeme, dem Willen seiner höchsten Vorgesetzten sich unterzuordnen, indem ihm der Minister sein bisheriges, den ausdrücklichen Erklärungen der obersten Reichs- und Staatsbehörden wie der Verfassung und den Gesetzen widersprechendes Vorgehen gegen die Sozialdemokraten untersage.

Au dem Minister wird es nun sein, rüchsallos Farbe zu bekennen!

Das Hamburger Arbeiterparlament.

Hamburg, 25. Juni.

Die Diskussion über die Grenzfreistigkeiten geht zur nächst sehr ruhig ein; nur allmählich gewinnt sie an Leidenschaftlichkeit. Diese Leidenschaft erfährt aber nie den ganzen Kongreß. Die an den Grenzfreistigkeiten nicht beteiligten Gewerkschaften haben vielleicht noch mehr als die direkt interessierten, den Wunsch nach Beseitigung der Zwistigkeiten; sie erkennen aber an, daß leider ohne eine vorausgegangene gründliche Aussprache das nicht möglich ist.

Hamburg, 25. Juni, 7.45 Uhr Am.

(Privatdepesche des „Vorwärts“).

Zu einer Abstimmung über die vorgelegten Resolutionen kam es am Vormittag noch nicht. In der Resolution der Redaktionskommission heißt es: ... Wenn in einem Betriebe Angehörige verschiedener Berufe beschäftigt sind, dann dürfen die einzelnen Arbeiter nur in diejenige Organisation aufgenommen werden, welche für ihren Beruf besteht.

Vor der Mittagspause hatte der Kongreß noch begonnen, seine Stellung zu den Konsumvereinen und Produktivgenossenschaften zu präzisieren, da die durch Zurückstellung der Abstimmung über die Grenzfreistigkeiten gewonnene Zeit für Rollenbüchle Defizit nicht mehr ausreichte.

Nach Schluß dieser Diskussion und der Abstimmung über die Anträge zum Punkte Grenzstreitigkeiten, erhielt Rolfenbuhr das Wort. Eine Bewegung ging durch den Saal als er begann. Die Delegierten verließen zum Teil ihre Plätze und nahmen Aufstellung umweit des Rednerpultes, einige von ihnen benutzten die Stufen zur Journalistentribüne als Sitzgelegenheit, die schon wegen der engen Raumverhältnisse nicht sehr leichte Tätigkeit der Journalisten noch fächer erscheinend. Aber man vertug sich ausgezeichnet, und so hörte man mit gespannter Aufmerksamkeit die Ausführungen des alten Kämpfers an, der erst eine interessante Geschichte der sozialen Gesehgebung in Deutschland gab, und schließlich mit der Aufforderung schloß, die Arbeiterschaft möge durch immerwährendes Andringen zur Wahrheit machen, was man jetzt nur als velleumchafenes Ausschlagbild gebrauche, daß nämlich die deutsche soziale Gesehgebung etwas wirklich für die Arbeiterschaft Nützliches werde. Losender Beifall im Saale und auf der Tribüne lohnte den Redner.

Die Blutherrlichkeit des Schahs.

In Teheran dauert die Schreckensherrschaft fort. Häuser, die mißliebigen Personen gehören, werden bombardiert und geplündert. Die Blünderungen haben großen Umfang angenommen, die Soldateska ist völlig ungelos. Als Mittwoch aus einem Hause eine Bombe geworfen wurde, die einen Kosaken tötete, wurde das Haus aus nächster Nähe niederverbrannt. Viele suchten sich unter den Schutz der fremden Gesandtschaften zu flüchten. Während aber die französische und englische Gesandtschaft die Flüchtigen aufnimmt, hat die deutsche, einer Depesche des „V. L.“ zufolge, diesen Schutz verweigert. Auch sich dem Deutschland immer und überall als Freund der Volksfeinde beivahren?

Zwei nationalistische Führer sind im königlichen Lager gehent worden. Um das Schicksal anderer neun Führer einschließlich des Präsidenten des Parlaments hegt man Besorgnis, obwohl der Schah versprochen hat, ihr Leben zu schonen. Truppen überwachen die Zugänge zu der englischen Gesandtschaft und haben Befehl, die Flüchtlinge niederzuschießen, die dort Schutz suchen wollen.

Unter den Eingekerkerten befindet sich der Herausgeber der Wochenchrift „Jurulistik“, unter den Verhafteten der Vizepräsident des Parlaments. Das Parlament selbst wird gänzlich niedergebissen werden. Auf Befehl des Schahs, der drohte, sie sonst bombardieren zu lassen, wurden die Bazare wieder geöffnet. Man erwartet neue Bombardements. Die Europäer sind unbeschäftigt.

Es hat den Anschein, als ob der Schah das russische Beispiel in allen Einzelheiten kopieren wolle. Er hat eine Proklamtion erlassen, in der er erklärt, er wolle die Verfassung nicht abschaffen, sondern nur die revolutionären Auswüchse beseitigen. In zwei Monaten sollen Neuwahlen für das Parlament stattfinden. Ein Parlament, gewählt unter der Aufsicht der Soldateska und tagend unter den Mündungen der Kanonen, von dem werden allerdings keine „Ausführungen“ zu befürchten sein.

Während so in Teheran der Schah sein Schreckensregiment etabliert hat, scheint es in der Provinz zu revolutionären Erhebungen gekommen zu sein, deren Ausgang noch ungewiß ist. Aus Tabriz wird vom 24. Juni telegraphiert: Seit dem frühen Morgen findet ein Scharmügel zwischen Aufständischen und Reaktionsären statt. Die Bazare, Wirtshäuser und Bureaus sind geschlossen. Der Telephonbetrieb ist unterbrochen.

Herrsch in Innern Anarchie, so stehen an der Grenze die Soldaten Rußlands, die nur den Befehl erwarten, um zur Intervention vorzurücken. Unterdessen beherrscht Rußland den Schah durch den Anführer der Kosaken, den russischen Obersten Plachoff, der bereits zum Militärgouverneur von Teheran ernannt ist. Von den Sympathisanten Englands aber haben die Kämpfer für die Verfassung nichts zu erwarten, seitdem England durch den mittelasiatischen Vertrag Rußlands Verbündeter geworden und das Reiterische Bureau meldet bereits, Rußland und England hätten den Beteiligten bekannt gegeben, sie dürften nicht auf irgend welche Unterstützung bei den Versuchen rechnen, die gegenwärtige Dynastie Persiens zu stürzen oder auf die Volksvertretung in Teheran einzuwirken.

Tabriz, 25. Juni. Zwischen den Parteien wurde heute nacht bis zum Morgengrauen gekämpft. Die Reaktionsäre behielten die Oberhand. Die Verluste beider Parteien betragen gegen 100 Tote und Verwundete. Jetzt werden Friedensverhandlungen geführt. Der Generalgouverneur Rußlands Salkow verläßt Tabriz und begibt sich nach Europa.

Paris, 25. Juni. „Gaulois“ veröffentlicht eine Uebersetzung des Kufurfs, den der Schah von Persien an seine Unterthanen gerichtet hat. „Persien“, so sagt er, „ist ein konstitutionelles Land, wie ich es wiederholt erklärt und wie ich es allen Nationen der Welt angezeigt habe. Wenn die Ruhe wiederhergestellt und die Ueberhebungen ihre Strafe erhalten haben werden. Können die Mitglieder des Parlaments in voller Sicherheit ihre Siege wieder einzunehmen und ihre Aufgaben zu Ende führen. Ich werde alles tun, was in meiner Macht steht, um das Staatsregime aufrecht zu erhalten und alle wünschenswerten Reformen einzuführen, aber ich wiederhole, daß alle diejenigen, welche die jegliche Ordnung untergraben wollen, streng bestraft werden.“ Der Schah spricht zum Schluß die Hoffnung aus, daß alle guten Perser ihn verstehen und jeder seine Pflicht tun werde.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Juni 1908.

Keine ausreichenden Gründe.

Genosse Karl Liebknecht, der Abgeordnete für den 11. Berliner Landtagswahlbezirk, hatte bei der Oberreichsanwaltschaft den Antrag gestellt, ihn für die Landtagsberufung, die morgen, am 26. Juni, stattfindet, Urlaub zu gewähren. Das Urlaubsgesuch wurde dem Genossen Liebknecht abgelehnt mit der Motivierung, daß „ausreichende Gründe für eine Unterbrechung der Strafvollstreckung nicht vorliegen“. Die telegraphische Antwort des Oberreichsanwalts, die an die Kommandantur gerichtet war, hatte folgenden Wortlaut:

Gesuch des Festungsgefangenen Rechtsanwalt Liebknecht, ihn für die Zeit vom 25. bis 28. dieses Monats zu beurlauben, wird abgelehnt, da ausreichende Gründe für eine Unterbrechung der Strafvollstreckung nicht vorliegen. Ich bitte dies dem Liebknecht zu eröffnen.

Oberreichsanwalt Zweigert.

Daß der Oberreichsanwalt der Auffassung ist, daß die Absicht des Genossen Liebknecht, seine Pflichten als Abgeordneter auszuüben, einen ausreichenden Grund für die Unterbrechung der Festungshaft nicht darstellt, mag allerdings den Auffassungen entsprechen, die hohe preussische Justizbehörden von den Abgeordnetenpflichten hegen. Originell ist dagegen die

eigenartige Stillierung des oberreichsanwaltschaftlichen Telegramms. Die Fassung: „Ich bitte, dies dem Liebknecht zu eröffnen“ läßt sich nicht einmal durch übertriebene Sparsamkeitsrücksichten erklären, denn das Wort „Herrn“ würde genau dieselben fünf Reichsoffiziere gelostet haben wie das Wort „dem“. Der Oberreichsanwalt Zweigert fühlte aber offenbar das Bedürfnis, zu betonen, daß er den Knigge nicht gelesen hat!

Wahlprotest in Moabit.

Die bürgerliche Blätter mitteln, wollen nicht nur die Freisinnigen, sondern auch die Konservativen gegen die Wahl des Genossen Hoffmann im 12. Berliner Landtagswahlkreise Protest einlegen. Die Nordgeschichten, die die „Freisinnige Zeitung“ und die „Vossische Zeitung“ über die Gründe des zu erhebenden Wahlprotestes erzählten, haben wir gestern bereits erledigt. Wir erklärten ruhig, daß diese Terrorisnuschichten erst einmal bewiesen werden müßten. Und nach unseren Informationen sind wir in der Lage, den Beweisen für die freisinnigen Fabeln mit großer Gelassenheit entgegenzusehen. Das Berliner Wahlbureau betrachtet denn auch die Angelegenheit erheblich lähler, als die wegen ihrer Niederlage begreiflicherweise erregten Herren Freisinnigen. Es hat einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblatt“ folgende Mitteilungen gemacht:

„Noch ist uns von den Protesten amtlich nichts bekannt geworden, wiewohl solche mit aller Bestimmtheit schon aus dem Grunde zu erwarten sind, weil der Sieg nur mit so geringer Mehrheit erfochten wurde. Dieser Umstand kann natürlich in Verbindung mit gewissen Unregelmäßigkeiten, wie sie bei jeder Massenwahlarbeit leicht einmal vorkommen können und in Verbindung mit den Wahlpraktiken einzelner Parteien zur Anfechtung und möglicherweise auch zur Kassierung der Wahl führen. Der Protest gehört verfassungsgemäß vor das Haus der Abgeordneten beziehungsweise dessen Wahlprüfungskommission, und er muß bis spätestens eine Woche nach Wiederzusammentritt des Hauses schriftlich eingereicht sein. Die Anfechtungsgründe müssen in genau substantiierten Tatsachen bestehen und bestimmte Einzelvorgänge, wie mangelhafte Besetzung des Wahlbureaus, direkte Bedrohung eines Kaufmannes mit Boykott, Verhinderung bestimmter Personen an der Wahl durch List oder Gewalt. Das von den Zeitungen erwähnte Ankleben von Verurteilungsspalaten mit allgemeinen Aufforderungen an die Wähler hält man an der von uns besprochenen Stelle nicht für einen auslaggebenden Protestgrund. Wohl aber sind gerade diesmal schon bei den Urwahlen von einer großen Anzahl von Wahlvorstehern heillose Konfusionen angerichtet und infolgedessen Stich- und Ersatzwahlen in verschiedenen Fällen nicht vorgenommen worden, was das hätte geschehen müssen. Bei der Kürze der Zeit war es ein Ding der Unmöglichkeit, in sämtlichen Fällen noch einzugreifen, so eifrig auch alle Teile bestrebt waren, dem komplizierten Wahlreglement nach Möglichkeit Rechnung zu tragen.“

Es müssen also auch nach Ansicht des Magistratsbureaus genau substantiierte Tatsachen und bestimmte Einzelvorgänge erwiesen werden! Das Magistratsbureau läßt aber schließlich durchblicken, daß die Protestgründe schließlich nicht in dem sozialdemokratischen Terrorismus, sondern in der „heillosen Konfusion“ der vom Magistratsbureau genannten blockparteilichen Wahlvorsteher zu finden sein können! Diese heillosen Konfusionen sollen auf die Kürze der Zeit zurückzuführen sein. Wir glauben, daß nicht die Kürze der Zeit, sondern unverzeihliche Bummelleien der blockparteilichen Wahlvorsteher die heillosen Konfusionen angerichtet haben. Es wäre aber wirklich reizend, wenn die Wählerschaft die durch die Unfähigkeit und Konfusion der blockparteilichen Wahlvorsteher verursachten Sünden ausbaden sollte! Man brauchte da nur möglichst unfähige Personen zu Wahlvorstehern zu machen, um jede Wahl ungültig machen zu können!

Im Landtagswahlkreis Berlin XII sollte zu der kleinen Gruppe konservativer Wahlmänner, die keine Lust hatten, in der Stichwahl für den Freisinnskandidaten zu stimmen, auch der Wahlmann Rechtsanwalt Ulrich gehört haben, derselbe Ulrich, der in der Hauptwahl der Durchfallskandidat der Konservativen gewesen war. In Nr. 145 teilten wir mit, Herr Ulrich habe am Tage der Stichwahl vor dem Wahllokal „Brauerei Pagenhofer“ dem Treiben im Garten zugehört, sei dann aber davon gegangen, ohne seine Stimme abzugeben zu haben. Diese Angabe war uns gemacht worden von Genossen, die den Tag über im Garten verweilt hatten und Herrn Ulrich genau zu sehen versicherten. Jetzt stellt sich heraus, daß unsere Gewährspersonen Herrn Ulrich verwechselt haben mit einem anderen Herrn, der dieselbe Kaffeefigur wie Herr Ulrich hatte. Feststeht, daß Herr Ulrich an der Stichwahl nicht teilgenommen hat.

Bürgerliche Blätter melden aber, er sei am Stichwahltag gar nicht in Berlin gewesen. Die „Freisinnige Zeitung“ will wissen, Herr Ulrich habe sein Ausbleiben entschuldigt mit Verufsgeschäften, durch die er von Berlin ferngehalten werde, er habe aber hinzugesagt, daß er anderenfalls unbedingt für den Freisinnskandidaten eintreten würde. Die „Vossische Zeitung“ erzählt, Herr Ulrich habe auf Reisen gehen müssen, weil er durch die Aufregungen des Wahlkampfes körperlich sehr heruntergekommen war und der sofortigen Erholung bedürfte; er habe das selber angegeben in einem bedauernden Briefe, den er vor der Abreise an seinen Gegenkandidaten schrieb. Wenn es wahr ist, daß Herr Ulrich ausdrücklich bedauert hat, an der Wetätigung seiner blockbrüderlichen Gefühle verhindert zu sein, so stehen wir nicht an, ihm hier zu bescheinigen, daß wir ihn falsch taxiert hatten. Es ist übrigens noch ein Glück für ihn, daß nicht er in die Stichwahl gelangt war. Der durch Verufsgeschäfte verhinderte oder durch Aufregungen körperlich heruntergekommen und zu schleuniger Abreise genötigte konservative Wahlmann Ulrich hätte sonst, bedauernd und bedauerndwert, den konservativen Durchfallskandidaten Ulrich hilflos im Stich lassen müssen.

Wahlherrschaften.

Die nationalliberalen Herrschaften im rheinisch-westfälischen Industriegebiete scheint die Degenerierung ihrer dortigen Dreiklassenmandate bis verschlimpft zu haben, so daß sie sich neben den vielfach injenierten Gestaltungen nun auch noch den Luxus von Wahlprotesten erlauben wollen. Und zwar ist es neben Dortmund-Land das Reich der Industrieelöge Thyssen und Stinnes, der neue Wahlkreis Rülheim-Überhausen, in dem der Liebe Wähler vergeblich war trotz aller Kräfteanstrengungen. Um den Wahlprotest zu begründen, stützt man sich auf einen Majoritätsbescheid der Zentrumswahlmänner, die, entgegen der Ansicht des Wahlkommissars, in Gemeinschaft mit sozialdemokratischen Wahlmännern einen Antrag auf Ungültigkeitserklärung von etwa einem Duzend Wahlmännernwahlen zu stell brachten, obwohl nach Ansicht der nationalliberalen Zeitung formale Verstöße vorgekommen sein sollen. Das Seltsamste an diesem dem Wortlaut nach bereits öffentlich bekannt gegebenen Proteste ist, daß die angeblich formalen Verstöße gegen die Wahlvorschriften von nationalliberalen Wahl-

leitungen geschehen sein sollen, während die beantragten Ungültigkeitserklärungen nur Oppositionswahlmänner getrieben haben würden! Der Protest wird natürlich im Saale verlaufen, aber was ihn besonders charakterisiert, das ist der Umstand, daß man gerade in diesem Wahlkreise nationalliberalerseits eine ganz beispiellose Agitation entfaltet hat und speziell bei der Stichwahl selbst vor Bestechungsversuchen nicht zurückgeschreckt ist. Davon sagt aber auffallenderweise der Wahlprotest nichts! Als die „Rheinische Arbeiter-Zeitung“ nach der Wahl dem Scharfmachertum seine wüste Agitation unter die Nase rieb und dabei auch die Bestechungsversuche mit Bier, Wein, Zigarren und Geld erwähnte, da zeterete die „Rhein- und Ruhrzeitung“, das in Duisburg erscheinende nationalliberale Organ, über „Verleumdung und böswillige Verdächtigung“ und forderte die Kennung von Namen. Unsere Duisburger Genossen sahen sich durch die Probation des genannten nationalliberalen Organs nun zu folgenden Angaben veranlaßt:

„Aus Rücksicht auf die Personen haben wir keine Namen genannt, aber da das Sprachrohr der Nationalliberalen unseres Wahlkreises so frechdäsig den Zungenbold herauskehrt, so sind wir es uns selbst schuldig, wenigstens einige Namen zu nennen. Wir nennen z. B. nach Angabe einiger Wählermänner Gewährsmänner als solche, die da wohl geglaubt haben mögen, mit Bier, Zigarren oder Geld könne man alles machen, auch unter Umständen einem Kommernzentrat in den Landtag verhelfen, den Kaufmann Otto Kods und den Kolonialwarenhandlender Herrn Falkenburg, beide in Rülheim. Diese versuchten es mit Bier und 10 Pf. Zigarren. Der nationalliberale Wahlmann Albert Kutz aus dem 44. Wahlbezirk (Speldorf) trat kurz nach dem ersten Wahlgange an den Tisch, wo unsere Wahlmänner saßen, stellte sich dem sozialdemokratischen Wahlmann B. vor und begann mit demselben ein Gespräch und lud ihn zu einem Glase Bier ein. Auf dem Wege zum Bissett gesellte sich dann so ganz „zufällig“ ein „besserer Herr“ zu ihnen, und nun bot Kutz unserem Wahlmann B. 100 Mark an, wenn er dafür Sorge, daß sechs Wahlmänner von uns zur nationalliberalen Partei herüberkämen. Weiter wurden dem Wahlmann B. B. von einem älteren Herrn (wünscht die Wasserleitung auch diesen Namen zu wissen?) Anerbietungen gemacht in der Hinsicht, daß es „auf den Preis überhaupt nicht ankomme“, wenn er noch sechs Wahlmänner mit herüberziehe. Einem anderen Wahlmann wurden vor Beginn der Stichwahl in der Wirtschaft Seuthe, die in der Nähe des Wahllokals liegt, 500 Mark angeboten, wenn dafür gesorgt werde, daß Käden durchkomme. Und zwar diente hier als Mittelmann ein Maschinenbauer der — königlichen Eisenbahnwerkstätte in Breich! Will das nationalliberale Reichsblatt noch einige Proben haben? Wir stehen zu Diensten.“

Verwundlich, hiervon erwähnt der nationalliberale Wahlprotest nichts. Hoffentlich sendet man ihn aber nichtbestoweniger doch ab.

Disziplinlosigkeit bei der Stichwahl.

Man schreibt uns aus dem Parteibureau: In Nr. 145 des „Vorwärts“ wurde unzweideutig festgestellt, daß das Eintreten eines Teils der Diegnitzer Wahlmänner für den konservativen Gegenkandidaten Fischbecks gegen den Willen des Berliner Zentralwahlkomitees erfolgt ist. Das Zentralwahlkomitee erhielt erst nach der Wahl von den Diegnitzer Vorgängen Kenntnis und rigte sie entschieden. — Zu dieser offiziellen Erklärung wagt die „Freis. Ztg.“ zu schreiben:

Wir haben niemals geglaubt, daß das Verhalten der Diegnitzer sozialdemokratischen Wahlmänner auf einen offiziellen Auftrag der sozialdemokratischen Parteileitung zurückzuführen sei. Es gibt auch andere Wege, auf denen das gleiche Ziel erreicht werden kann. Die sozialdemokratischen Parteifunktionäre haben sich ja auch in Diegnitz selbst von der Wahl ferngehalten. Alle übrigen sozialdemokratischen Wahlmänner waren aber zur Stelle. Wer nur eine Ahnung hat von der sozialdemokratischen Organisation, dem wird niemand einreden, daß die übrigen Diegnitzer Wahlmänner aus freier Entscheidung zu ihrem Verhalten gekommen seien. Ein energisches Dazwischentreten der Herren Funktionäre hätte ohne weiteres zur Folge gehabt, daß die in Frage kommenden sozialdemokratischen Wahlmänner samt und sonders von der Wahl ferngehalten wären. Die Erklärung aus dem sozialdemokratischen Parteibureau ist eine Gaukelei. Wer an die Wahrheit ihres sachlichen Inhalts glaubt, zahlt einen Taler.“

Gibt es wirklich noch Parteigenossen, die uns zumuten, mit solchem Lumpengefindel zu paktieren?

Christliche Arbeiter über die Zentrumspartei.

Die Stadtverordnetenversammlung in Kachen hat den Antrag des sozialdemokratischen Vereins, den Gemeindevorstand von 6 auf 4 Mark herabzusetzen, abgelehnt. Unter den Stadtverordneten, die dagegen stimmten, befanden sich zwei Zentrumsmenute, ein Zentrumsmann enthielt sich der Abstimmung, fünf Ultramontane waren der Sitzung ferngeblieben. Der Antrag fiel mit 17 gegen 15 Stimmen. Da Kachen eine ultramontane Rathausmehrheit hat, so ist dem Zentrum zu danken, daß der Antrag abgelehnt wurde!

Am Dienstag abend beschäftigte eine Sitzung der Vertrauensleute und Vorsitzenden der christlichen Arbeiterorganisationen sich mit dem Verhalten der Zentrum- und Stadtverordneten, die bei dieser Gelegenheit ihre Arbeiterfeindlichkeit bekundet hatten. Der Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, so führte der Hauptredner des Abends aus, habe nicht nur in der Kachener Arbeiterschaft, sondern weit über die Grenzen der Stadt hinaus berechtigtes Aufsehen erregt. Die Stadtverordnetenmehrheit habe durch diesen Beschluß bekundet, daß sie nicht willens sei, die Forderungen des Arbeiterhandes zu erfüllen. Der Redner schloß:

Wir denken natürlich nicht daran, die Fahne des Zentrums zu verlassen (!), aber es kann nicht ausbleiben, daß uns unsere Mitarbeit in der Partei verleidet wird. Die christliche Arbeiterschaft würde mit viel mehr Feuer und Energie für die Partei eintreten, wenn sie überzeugt sein könnten, daß man auch Verständnis für soziale Angelegenheiten habe, anstatt daß sie, wie es jetzt geschieht, ist sich von der eigenen Partei Ohrfeigen versehen lassen muß. Nach der Aussprache eines Geistlichen muß man sich heute schämen, Mitglied der Zentrumspartei in Kachen zu sein.“

Die Rede wurde allseitig mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der Diskussion warnte ein Redner die Arbeiterschaft davor, sich als Stimmvieh mißbrauchen zu lassen; sie möge einen eisernen Besen nehmen und damit Wandel schaffen; hoffentlich werde bald das Reichstagswahlrecht auch auf die Gemeinden ausgedehnt. In seinem Schlußwort gab der Referent seiner Verriedigung Ausdruck, daß die Kachener Arbeiterschaft zum ersten Male gerade habe, offen ihre Meinung zu äußern; man müsse verbinden, daß der Arbeiter als Stimmvieh gebraucht werde.

Es spricht nicht zugunsten der katholischen Arbeiterschaft Kachens, daß sie nach eigenem Bekenntnis heute erst wagt, einmal offen ihre Meinung zu sagen, trotzdem dazu in den langen Jahrzehnten der Zentrumsherrschaft tausendfach Grund und Anlaß gewesen wäre. Es scheint aber, daß die christlichen Arbeiter der frommen Stadt noch mande „Ohrfeigen von der eigenen Partei“ erhalten müssen, ehe sie einsehen lernen, daß sie als Arbeiter nichts zu tun haben in einer Partei, die sie nur als Stimmvieh

zu schämen weis. Im übrigen darf man das Gesandnis des katholischen Geistlichen, daß man sich in Sachen schämen muß, Mitglied der Zentrumsparlei zu sein, als schätzenswerten Beitrag zur Kenntnis des Zentrums der Erinnerung einzeichnen!

Der soziale Kannibalismus auf der Ferdinandsgrube.

Zur Weidung von den Arbeiterentlassungen auf der Ferdinandsgrube wegen der Landtagswahl berichtet die Germania ihre Angabe, daß die Grube sozialistisch ist. Sie ist im Besitz einer privaten Bergverlegetgesellschaft, die in Rattowitz ihren Sitz hat. An der Entlohnung der Arbeiter wegen der Abstimmung für den Zentrumslandkandidaten ändert das natürlich nichts. Nur sind hier die sozialen Kannibalen nicht königlich preussische, sondern Privatgrubenbeamte.

Die politische Maßregelung bleibt bestehen. Und ebenso unser Appell an das Wählerorgan, das sich so gesinnungstreu über den Terrorismus des „sozialen Kannibalismus“ der Sozialdemokratie entäußerte. Wir wiederholen:

„Norddeutsche Allgemeine“, heraus! Auf die Kannibalen der Ferdinandsgrube!
„Norddeutsche Allgemeine“, heraus!

An dem Gehül über sozialdemokratischen Terrorismus.

der angeblich bei den Landtagswahlen in Berlin verübt worden ist, beteiligt sich auch die Zentrumspreffe. Den vorlauten Leuten sei zur Selbstkenntnis entgegengesetzt, was die Rheinisch-Westfälische Zeitung aus Gelsenkirchen zu berichten weis. Dort vergaß ein katholischer Bürger bei den Wahlmännertwahlen das Wählen. Zur Strafe wurden ihm sofort die Zigarrenlieferungen für das katholische Gesellenhaus gekündigt. Die Geistlichen haben das Geschäft boykottiert, und kein Geselle darf seine Zigarren im Geschäft des säumigen Wählers kaufen. Wollen also die Zentrumsleute, die andere des Terrorismus geizen, gefälligst mal bei sich selber Einkehr halten!

Lehrfreiheit.

In dem gleichnamigen Artikel unserer Mittwochnummer hatten wir uns auch mit der Auflösung der Freien Studentenschaft beschäftigt und uns über die Gebuld gewundert, mit der die Studenten alle Verbarmungsversuche über sich ergehen lassen. Dazu wird uns von einem Mitglied der Freien Studentenschaft geschrieben:

Es ist zweifellos richtig, daß sich der deutsche Student in solchen Fällen häufig etwas indifferent verhält, was an seinem ruhigen Temperament, an seiner Objektivität und an seinem Mangel an Gemeinschaftsgefühl liegen mag. Wenn man ihn auch wegen dieser Gleichgültigkeit tadeln muß, so darf man doch auch nicht übersehen, daß bei den ausländischen Studenten, den Italienern, Franzosen und auch den Oesterreichern zweifellos sehr viele sich an den Demonstrationen und Umzügen der akademische Freiheit beteiligen, denen es nicht in erster Linie um dieses Ideal, sondern um Kabau und Skandal zu tun ist. Und wenn unter den deutschen Studenten die Ständemacher nicht die Oberhand haben, so darf man dies nur mit Freuden begrüßen.

Auch im vorliegenden Falle, der Auflösung der Berliner Freien Studentenschaft, hätte eine Ständemacherei um des Skandalens willen gar keinen Zweck. Daß die Freie Studentenschaft alles ruhig über sich ergehen lassen wird, ist aber keineswegs zu befürchten. Daß wir nicht zusammenkommen, wenn der Polizeistat bezug der Stadt des Unversitätspräsidenten droht, haben wir, meine ich, hinlänglich dadurch bewiesen, daß wir auf unserer allgemeinen Versammlung vom 19. Juni die Senatsbeschlüsse vom 17. Mai, die uns zu einem Verein machen wollten, nicht angenommen haben.

Daß Fernstehende mit uns unzufrieden sind, ist wohl begreiflich. Aber die Verhältnisse nicht näher kennt, wird uns der Schwächlichkeit zeihen. Aber die Zukunft wird lehren, daß wir dies nicht sind. Wenn wir uns bisher ruhig verhalten haben, so geschah dies um der Sache willen, nicht aus Feigheit und Rücksichtslosigkeit, das mag uns der „Vorwärts“ glauben.

Eines allerdings hätte betont werden müssen: daß die Art, wie der Rektor nach der allgemeinen Versammlung gegen uns vorging, unerhört ist. Er hat sich ausdrücklich verlangt, daß ihm das Protokoll dieser Versammlung vorgelegt werde. Aus diesem Protokoll hätte er sehen müssen, wie fast jeder Redner betonte: Hellen Sie am Vertretungsprinzip, d. h. dem Anspruch der Vertretung allgemeinstudientlicher Interessen und der Interessen der Nichtinkorporierten fest. Er hätte erkennen müssen, daß die freistudentische Bewegung, die wahrhaftig schon viel Gutes und Großes hervorgebracht hat, unloslich verknüpft ist mit diesem Prinzip. Er aber sah das verlangte Protokoll nicht einmal ein und löste auf Grund der gefassten Resolution, die den Ausschuss beauftragte, in neue Verhandlungen mit dem Senat einzutreten und erforderlichenfalls den Beschwerdeweg einzuschlagen, die Berliner Freie Studentenschaft“ auf. Gegen dieses Verfahren muß nachdrücklich protestiert werden.

Wir haben zu den Ausführungen zu bemerken, daß unsere Vorwürfe sich ausdrücklich gegen das Gros der Studenten richten und die Freie Studentenschaft, die ja nur eine Minorität umfaßt, die allein wenig ausrichten kann, nicht traf. Das Urteil, das der Einsender über die Studenten fällt, stimmt ja mit dem unseren völlig überein. Nur ist es ein Irrtum, zu meinen, daß der mutige Kampf der österreichischen Studenten irgendwas mit Stambul zu tun gehabt hat. Vielmehr haben sie vollaus die Anerkennung, die ihnen Direktoren der Universitäten einerseits, die sozialdemokratische Presse andererseits aussprach, durchaus verdient. Daß es beim Kampf ohne Kampfeslärm nicht abgeht, kann nur verborgen bleiben, wer noch nicht Kämpfe geführt hat. Und daß politische Demonstrationen wirksame Waffen sind, weiß man seit den Januartagen dieses Jahres auch in Preußen. Im übrigen können wir dem Einsender nur zustimmen, wenn er das Vorgehen des Herrn Stumpf unerschütet findet. Wir sind auf die Antwort der Studenten begierig.

Frankreich.

Die Verstaatlichung der Westbahn.

Paris, 25. Juni. Heute fällt im Senat die Entscheidung über die Verstaatlichung der Westbahn. Im Senat macht sich starke Opposition geltend, deren Führung der frühere Finanzminister Rouvier, der alte Anwalt der Bankiersinteressen, übernommen hat. Clemenceau hat die Vertrauensfrage gestellt.

Paris, 25. Juni. P. V. P. der Berichterstatter der Eisenbahnkommission, forderte die Regierung auf, alle politischen Fragen auszuhalten, wie es auch die Wahlkommission im Interesse des Landes tue, und schlug im Namen der Kommission vor, für die Dringlichkeit zugunsten des Rücklaufprojektes zu stimmen, die Abstimmung über den Artikel 1 dagegen bis zum Wiederauftreten des Senats im Oktober zu vertagen, um der Regierung die Möglichkeit zu geben, neue Verhandlungen mit den Gesellschaften zu führen.

Ministerpräsident Clemenceau erklärte, die Regierung habe die Rücklauffrage in voller Kenntnis der Sachlage aufgestellt, sie könne den Antrag P. V. P. nicht annehmen, sonst würde sie ihrer Würde und damit auch ihrer Daseinsberechtigung verlustig gehen. Clemenceau sagte hinzu, daß die Regierung keinen Druck gegen den Senat ausüben, wenn sie ihm eine Reform unterbreite, die einen ihrer Programmpunkte bilde. Wenn die Regierung ihr Programm nicht verwirkliche, habe sie kein Recht, am Ruder zu bleiben; die Vertrauensfrage ergebe sich von selbst. Der Ministerpräsident be-

stehende schließlich, er und seine Kollegen seien bestrebt, Frankreich im Frieden stark zu machen, und sie akzeptierten die Möglichkeit eines Krieges nur, um seine Verteidigung sicher zu stellen! (Beifall.) P. V. P. erwiderte mit dem Hinweis, den Kredit Frankreichs verteidigen, heiße auch Frankreich groß und stark machen; das Regierungsprogramm heiße nicht zur Debatte. Clemenceau nahm schließlich den Antrag auf Dringlichkeit an, lehnte jedoch den zweiten Teil des Antrages P. V. P., der die Vertagung forderte, ab. Bei der Abstimmung wurde sodann durch Handaufheben die Dringlichkeit angenommen und die Vertagung mit 125 gegen 128 Stimmen abgelehnt. (Beifall links.) Nachdem mit 157 gegen 116 Stimmen der Artikel 1 des Rücklaufprojektes angenommen worden war, wurde die Sitzung aufgehoben.

Italien.

Der Streik in Parma.

Rom, 25. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Fünf Tage hat der Generalstreik in Parma gedauert. Seine Einstellung wurde erst dann beschlossen, als die Regierung der Arbeitskammer wieder ihre Lokale zur Verfügung gestellt und die Mäher und die Kasse zurückgegeben hatte. Der Agrarstreik dauert fort. Die Sympathiestreiks in Bologna, Spezia, Salso Maggiore und an anderen Orten wurden auf Wunsch der Organisation von Parma eingestellt.

England.

Der Sozialismus und die englischen Genossenschaften.

Aus Manchester wird uns geschrieben: Auch in den mächtigen englischen Genossenschaften bricht sich die Idee des Sozialismus immer mehr Bahn. Das trat auch auf dem dieser Tage in Remport abgehaltenen Kongress der Genossenschaften hervor. Der Präsident Mr. T. W. Allen bemerkte, daß er in den letzten Jahren einen marantien Fortschritt der sozialistischen Ideen in den Reihen der Genossenschaftler bemerkt habe; besonders wäre dies unter den jüngeren Elementen der Fall; die Gefahr (sic) wäre nur, daß diese zu schnell vorwärts wollten. Es unterliege aber keinem Zweifel, daß die Genossenschaftsbewegung als eine Vorbereitung für den kommenden Sozialismus betrachtet würde. Er hätte auch viele Fälle bemerkt, wo das Mitglied erst durch die sozialistische Bewegung der Genossenschaft gewonnen wurde, weil sie in ihr einen Schritt vorwärts zum Ziele erblickte.

Auch an dem Dogma der politischen Neutralität wurden Zweifel laut. Ein eigener Punkt der Tagesordnung behandelte die Frage einer eigenen Parlamentsvertretung. Die Vertreter dieser Forderung hoben hervor, daß die Genossenschaften wohl eine Anzahl Freunde im Parlament hätten, aber es wäre unnötig und erniedrigend, daß sie um Beistand bitten sollten, wo sie doch die Macht hätten, sich ihn selbst zu verschaffen. Der liberale Abgeordnete Radisson trat dem mit den hinlänglichen Argumenten entgegen, daß es im Unterhause keine Frage gäbe, die nur das Genossenschaftswesen behandle; es gäbe im Unterhause keine Partei, die ein Feind der Genossenschaften sei. Hier wurde er aber mit Oho-Rufen unterbrochen. Der Antrag wurde mit großer Majorität abgelehnt. Jedoch die Idee wird zweifellos schnell Fortschritte machen. Nach Lage der Dinge in England aber muß ein Beschluß zugunsten eigener Vertretung im Parlament, sollte er einmal von den Genossenschaften gefordert sein, diese nicht nur mit der Labour Party in eine Linie bringen, sondern sie auch zu deren materieller Unterstützung heranziehen. Und das will bei den hohen Ausgaben, die der Wahlkampf in England erfordert, außerordentlich viel für die Arbeiterbewegung bedeuten.

Der Kongress nahm auch eine Resolution zugunsten der Achtstundentag für Vergleute an, und forderte damit die Freunde der Genossenschaften im Parlament auf, die Bill zu unterstützen. Das englische Schanzgesetz billigte er voll und ganz, nur eine Stimme war dagegen. Der Bericht der Kommission zur Festsetzung eines einheitlichen Minimallohnes, der 24 Sh. für Männer und 17 Sh. für Frauen vorsah, wurde, nachdem viele Redner den Satz als unzureichend erklärt hatten, mit großer Mehrheit angenommen.

Stadtverordneten-Versammlung.

25. Sitzung vom Donnerstag, den 25. Juni, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Michelot eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. In den Ausschuss für die Vorlage wegen Durchlegung der Lindenstraße bis zum Spittelmarkt sind u. a. auch die Stadtverordneten Borgmann, Ewald, Pfannkuch (Soz.) deputiert worden.

Zur heutigen Tagesordnung sind am 22. und 24. d. M. zwei Nachträge erschienen, die auch den dringlichen Antrag Rosenow-Deutsch enthalten: Die Versammlung beschließt, den Magistrat um Auskunft zu ersuchen:

1. weshalb der Beschluß der Versammlung wegen der Speisung von Schullindern während des Sommers nicht zur Ausführung gekommen ist?
 2. ob es richtig ist, daß diese Speisung für die Zukunft der Armenverwaltung übertragen werden soll?
- Es soll zunächst die Berichterstattung des Ausschusses für die Vorlage betr. die Zulassung einer ködlichen Beihilfe von jährlich 25 000 M. bis auf 40 Jahre für ein neues Aquarium erfolgen.

Der Gegenstand fällt für heute aus, da der Ausschuss seine Beratungen noch nicht abgeschlossen hat.

Die Vorlage betr. den Ankauf der Grundstücke Alte Jakobstraße 36-42 und Küstlerstr. 10-20 zur Vergrößerung des Waisenhauses Berlin und zur Verbreiterung der Alten Jakobstraße ist von dem eingekleideten Ausschusse mit einigen Modifikationen gutgeheißen worden.

Die Ausschusstränge werden nach dem Referat des Stadtverordneten Haberland (A. L.) ohne weitere Debatte genehmigt.

Die Vorbereitung der Neuwahl eines Stadtbaurats für den Stadtbaurat Krause, dessen Wahlzeit am 1. Juni 1909 abläuft, wird einem Ausschuss überwiesen.

Für den Empfang der Union interparlementaire pour l'arbitrage international in den Besträumen des Rathauses im September dieses Jahres werden 8000 M. bewilligt.

Die Stadtverordneten Stadthagen und Genossen haben am 17. Juni den Antrag eingebracht:

Den Magistrat zu ersuchen, mit der Staatsregierung in Verhandlung zwecks Uebernahme der Sicherheitspolizei zu treten.

Auf Antrag des Stadtverordneten Cassel (A. L.) der dafür hält, daß der Gegenstand bei seiner Wichtigkeit eine umfassende Diskussion herbeiführen müßte, wofür aber heute, so kurz vor den Ferien, nicht die Zeit sei, wird die Beratung des Antrages vertagt.

Im Anschluß an den Beschluß der Versammlung vom 4. Juni: Den Magistrat zu ersuchen, alsbald eine Vorlage einzubringen zwecks Verwendung der in den Stat eingestellten 1 1/2 Millionen für die höhere Besoldung der ködlichen Beamten und Lehrer. schlägt der Magistrat vor, alsbald einmalige Zulagen an die Gemeindefunktionäre zu gewähren, und zwar je 100 M. an die Beamten mit einem pensionsfähigen Dienstverdienst von nicht mehr als 2000 M. und 150 M. bei einem Dienstverdienst über 2000 bis 4500 M. Diese Zulagen sollen bei späterer Abänderung der Besoldungsordnungen in Anrechnung gebracht werden.

Stadtl. Barth (A. L.) bemängelt, daß die Zeit zur kommissarischen Beratung fehlt. Die Vorlage lasse die Lehrer und die Diakone unberücksichtigt. Das sei eine Härte. Der Magistrat müsse entgegenkommende Erklärungen abgeben, sonst ginge es nicht ohne Ausschuss, und dann beläme einseitigen niemand etwas.

Stadtl. Ledermann: Die Lehrer sind nur weggefallen, weil unser Staatsgesetz die einmalige Zulage an die Lehrer auf unsere Kosten bereits regelt. Eine definitive Aufrechterhaltung der Lehrer ist natürlich damit nicht gegeben. Was die Diakone betrifft, so steht der Magistrat diesen nicht mit geringeren Wohlwollen gegenüber als die Versammlung. Der Magistrat ist nur bei den Beamten gezwungen, sie um ihre Zustimmung zu den Zulagen zu bitten. Den Diakonen Zulagen zu bewilligen, ist der Magistrat aus den Diakonenfonds ohne weiteres berechtigt. Die neuen Diakonenzulagen werden wahrscheinlich sehr bald festgesetzt werden, allerdings könnte es sich noch einige Wochen oder Monate hingehen, aber übergangen werden sollen sie nicht bei der zukünftigen Regelung.

Stadtl. Rosenow (A. L.): Diese Erklärung kann ja teilweise befriedigen, obwohl hier der Vorbehalt eingeschaltet wurde, daß es noch einige Monate dauern kann. Die Berliner Diakone stehen schlechter als z. B. diejenigen Charlottenburgs; also die Zulagen sollten in kürzester Zeit aufgehoben werden, besonders wenn der Magistrat der Zustimmung der Versammlung gar nicht bedarf. Ueber die Erklärung bezüglich der Lehrer bin ich etwas überzucht. Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde erklärt, die Lehrer in Stadtgemeinden mit über 25 Schulklassen seien in die staatliche Vorlage nicht aufgenommen worden, weil angenommen werde, diese Stadtgemeinden würden schon von selbst zu Teuerungszulagen schreiten. Jetzt ist hier in der Vorlage davon keine Rede. Mit der guten Stellung der Berliner Lehrer ist diese Unterlassung nicht zu entschuldigen.

Stadtl. Borgmann (Soz.): Wir befinden uns wieder einmal in einer Kollage, wir müssen die Vorlage trotz ihrer Unzulänglichkeit schlucken, da sonst die Beamten für die Dauer der Ferien überhaupt nichts bekommen würden. Wenn der Stadtrat ausführt, daß auch die übrigen Angestellten mit berücksichtigt werden sollen, so war diese Ankündigung in sehr dunkle Formen gehüllt; man hörte bloß von einer Neuregelung, die sich noch einige Monate ausdehnen sollte. Das wäre eine völlig unzulängliche Regelung. Von den Angestellten auf Privatdienstvertrag und von den Hilfskräften ohne eigentlichen Beamtencharakter ist nirgends die Rede, wenigstens kann man nicht erkennen, ob sie auch der Zulage teilhaftig werden sollen; und an diesen Leuten kann man doch angehtigt der Teuerung, die gerade diese schlecht besoldeten Angestellten ganz besonders hart trifft, nicht vorübergehen. Der Magistrat muß also heute noch bestimmte Erklärungen abgeben, die die betreffenden Kreise beruhigen. Im übrigen hat die Vorlage den Eindruck gemacht, als ob der Magistrat der Sache wenig freundlich gegenübersteht und sich nur dem Druck der Verhältnisse fügt. Dazu liegt keine Veranlassung vor und auch nicht dazu, sich schamlos an das Verfahren in Reich und Staat anzulehnen. (Der Vorsitzende rügt diesen Ausdruck.) Der Ausdruck soll durchaus keine Beleidigung des Magistrats enthalten und enthält auch keine. Auch die Lehrer sind ausgeschlossen, während man in Charlottenburg damit vorgegangen ist und auch schließlich die Zustimmung der Regierung dazu erlangt hat. Es fehlt dem Magistrat anscheinend an dem guten Willen, hier entsprechend vorzugehen. Sollten die 1 1/2 Millionen nicht ausreichen, so würde die Versammlung gewiß das Fehlende zur Verfügung stellen. Der Magistrat soll in diesen Dingen weiser sein und nicht ganze Klassen von Angestellten auf ungewisse Zeit verdrängen. Die Vorlage ist doch offenbar unter dem Eindruck der Not der Zeit geschaffen worden, die die Gewährung der Zulagen als dringend notwendig erscheinen läßt.

Stadtl. Dr. Bruch (Soz.-fortsch.): Tatsächlich haben unsere Lehrer bis jetzt nichts bekommen, auch nicht vom Staat. Da ist es mir unverständlich, wie man folgern kann; weil sie vom Staat nichts bekommen haben, bekommen sie von uns auch nichts. (Weiterlekt.) Das geht doch nicht. Wir können die Lehrer darunter nicht leiden lassen, daß der Staat den Begriff der Selbstbewältigung meistens dahin versteht, daß die Städte die Kosten tragen können. Die Lehrer können nicht einfach übergangen werden und ebenso wenig die diakonalen Beschäftigten, die noch schlechter stehen als festangestellte Beamte gleichen Gehalts. Persönlich hätte ich große Lust zu dem Vorschlag, die Vorlage angebrachtermaßen abzulehnen. (Weiterlekt.) Ich schließe mich dem Antrag an, die Petitionen der Lehrer und der Diakone dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen.

Stadtl. Cassel (A. L.): Ich schließe mich ebenfalls diesem Antrag an. Ausschussberatung ist bei der Geschäftslage nicht möglich. Nach Lage der Sache wird uns nichts übrig bleiben, als die Vorlage anzunehmen, dabei aber gleichzeitig die Petition der Diakone dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überreichen. Ganz unberücksichtigt war die Erklärung betreffs der Lehrer. Die Minister von Rheinbaben und Holle haben in den Gemeinden mit mehr als 25 Schulklassen ausdrücklich den Kommunen die Initiative überlassen. Dem entspricht aber die Vorlage durchaus nicht. Es gibt auch hier zunächst keinen anderen Weg, als die Petition der Lehrer dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen.

Oberbürgermeister Riefner: Die Vorlage ist 1/2 Wochen nach dem Beschluß der Versammlung an dieselbe gebracht. Was gemacht werden konnte, ist gemacht worden. Daß die heutige Sitzung die letzte vor den Ferien ist, ist doch nicht Schuld des Magistrats. Die Angestelltenkategorien sind so verschiedenartig und ihre Rechtsverhältnisse so mannigfaltig, daß da eine Regelung, die nicht mechanisch vorgekommen werden darf, nicht so leicht ist. Ich gebe das Versprechen ab, daß die Regelung für die Diakone so schnell wie möglich erfolgen soll. (Beifall.) Bei den Lehrern hat der Staat die Zahlung eines Vorzuschusses übernommen, soweit die Lehrereinsoldungen nicht ausreichen. Das gilt auch für Berlin. Wir zahlen aber unseren Lehrern schon so hohe Gehälter, daß die meisten Lehrer einen Zuschuß von dem Staat nicht erhalten mit einziger Ausnahme der technischen Lehrerinnen, die einen solchen von 25 M. erhalten. Materieell kommen also die Lehrer ungewisslich schlechter weg als die Beamten. Aber wir glauben auch mit der Tatsache rechnen zu müssen, daß auch der Staat unter solchen Umständen Zulagen seitens der Gemeinden nicht für zulässig erachtet. Wenn in Charlottenburg schließlich doch der Staat die Zulagen genehmigt hat, so ist das für mich ein Novum. Es fehlt uns nicht an Wohlwollen, es fehlt an Geld.

Es läuft ein Antrag Borgmann ein, die Teuerungszulagen auch den Diakonen und Hilfskräften zu zahlen.

Stadtl. Kimmisen (Fr. Fr.) bebauert auch, daß die Möglichkeit einer Ausschussberatung nicht gegeben ist. Seine Freunde würden der Vorlage zustimmen. Der Antrag Borgmann sei schon wegen seiner technischen Unausführbarkeit abzulehnen. (Widerpruch.) Ein Beschluß, die Lehrergehälter zu erhöhen, müßte doch erst einmal gefaßt werden; bisher sei er noch nicht einmal zur Debatte gestellt worden.

Die Stadtl. Rosenow, Cassel und Barth bleiben bei ihren Ausführungen stehen. Stadtl. Cassel spricht sich ebenfalls gegen den Antrag Borgmann aus; es genüge die Ueberweisung der Petition der Bureauablätere an den Magistrat zur Berücksichtigung.

Stadtl. Borgmann: Die 1 1/2 Millionen M. sind doch eine ganz willkürlich herausgegriffene Summe, für die keine bestimmte Unterlage vorhanden war. Reichen sie bei der definitiven Regelung nicht so muß der Magistrat natürlich von der Versammlung eine Resolution verlangen. Das es genügt, wenn die Petitionen dem Magistrat übermiesen werden, steht keineswegs fest; denn diese Petitionen umfassen keineswegs alle hier in Betracht kommenden Kategorien. Der Magistrat wird sich immer an die bestimmten Beschlüsse der Versammlung halten und nicht darüber hinausgehen. Bei der Staatsberatung hatten wir beantragt, eine einheitliche Regelung der Beamtengehälter ohne Rücksicht auf den Staat vorzunehmen, und Herr Rosenow hat damals da gegen gesprochen und genehmigt, er trägt also mit die Schuld an dem heute von ihm besprochenen Zustand. Nehmen Sie unseren Antrag an!

Stadtl. Cassel: Das geht nicht. Der Antrag zum Etat war auch unannehmbar, weil noch kein Besoldungsverbesserungsgesetz ergangen war.

Die Vorlage wird darauf angenommen.
Der Magistrat sucht das Einverständnis der Versammlung nach dafür, daß die Stadt die Kosten der freien ärztlichen Behandlung geschlechtskranker Prostituirter einschließlich der Kosten der verordneten Heilmittel vom 1. Juli ab auf 1 Jahr übernimmt; es sollen 5000 M. dafür zur Verfügung gestellt werden.
Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Die Vorlage muß von allen Menschenfreunden mit Genugthuung begrüßt werden. Da es sich um einen Versuch handelt, der ein Jahr dauern und schon am 1. Juli in Kraft treten soll, wollen wir unsere weitere gehenden Wünsche für heute zurückstellen. Ich bitte aber um Auskunft darüber, was es heißt, daß die Stadt Berlin die Kosten der freien ärztlichen Behandlung einschließlich der Heilmittel übernimmt; während in der Begründung gesagt ist, daß diese letzteren nur in seltenen Fällen verschrieben werden, wenn die Erkrankten außerstande sind, die Kosten zu tragen. Hier sollte man nicht so kleinlich und engherzig sein, zumal da es sich im ganzen bloß um 5000 M. handelt.

Stadtrat Fischbeck: Auch wir meinen, die 5000 M. werden allen Ansprüchen genügen, die daraus entstehen könnten. Die Bemerkung, daß nur in Ausnahmefällen diese Bewilligung eintreten soll, deckt sich mit dem, was die Ärzte und mitgeteilt haben; der Magistrat denkt aber nicht daran, den guten Zweck der Sache dadurch illusorisch zu machen, daß hier gekaufert wird.

Die Vorlage wird angenommen.
Die Versammlung wendet sich nun zu dem oben mitgeteilten dringlichen Antrag.

Stadtv. Rosenow: Dem letzten Beschlusse der Versammlung bezüglich der

Sommerspeisung bedürftiger Schulkinder

ist der Magistrat zu unserer großen Ueberraschung nicht nachgekommen, und noch größer ist das Erstaunen über die Nachricht, daß der Magistrat beabsichtigt, die Angelegenheit — im Widerspruch mit der Anschauung und den Wünschen der Versammlung — nicht von der Schul-, sondern von der Armenverwaltung wahrnehmen zu lassen! Das muß aus den verschiedensten Gründen für unstatthaft erklärt werden, vor allem mit Rücksicht darauf, daß die Speisung nicht etwa als Armenunterstützung betrachtet werden darf. In aller Eile und Heimlichkeit hat bereits eine von der Armenverwaltung eingeschickte Subkommission getagt, zu der Kollege Ewald und ich gar nicht eingeladen worden sind, obwohl wir auch dazu gehören, natürlich nur infolge eines Lapsus des Bureau. Unsere Schule ist doch glücklich aus dem Stadium der Armenschule heraus, man soll ihr nicht auf solchem Wege jenen Kavalier in irgendeiner Form wieder ausdrücken. Man muß mehr als erstaunt sein, wie der Magistrat hier über die Versammlung hinweg eine so anfechtbare Maßnahme getroffen hat. Auch ist die Schulspeisung nach dem 1. April nicht fortgesetzt worden. Daß die Kindervollstücken im Sommer geschlossen sind, kann doch kein Grund dafür sein. Hier liegt eine flagrante Nichtachtung der Versammlung vor.

Stadtv. Dr. Freuß: In der Schuldeputation ist uns mitgeteilt worden — den noch bestehenden Ausschuß hat man nicht bemüht —, daß die Sache sich verzögere, weil der Magistrat durch die Armenverwaltung erst Nachprüfungen über die Notwendigkeit der Darreichung der Speisung anstellen ließ und in 36 Fällen eine Verantwortung erfolgt sei. Diese ganzen 36 Fälle würden doch nur beweisen, wie exakt die Organe der Schulverwaltung gearbeitet haben. Tatsächlich hat man so für die erste Hälfte des Sommers die Speisung unmöglich gemacht. Und ist die erwähnte Maßnahme des Magistrats eine Tatsache, so wird doch damit alles rückgängig gemacht, was in der Sache bisher vor uns beschlossene ist. (Zustimmung.) Diese Speisung fällt gar nicht in den Bereich der Armenverwaltung, die nicht direkt mit den Kindern, sondern mit den Familienhäuptern zu tun hat. Darum hat sich denn früher die Armenverwaltung nicht der 5000 hungernden Schulkinder angenommen?

Stadtrat Münsterberg: Stadtschulrat Fischer ist in der Angelegenheit auf Reisen gegangen, ich beantworte an seiner Statt die Interpellation: Die Frage ist noch gar nicht geklärt. Trotzdem hat der Magistrat sich der Angelegenheit nicht entziehen zu sollen geglaubt; es ist versucht worden, zunächst für die Winterperiode dem behaupteten. (1) Kostend abzuhelfen. Dann tritt die Angelegenheit in das Stadium der organisativen Erwägung. (2), wie diese Sonderangelegenheit dauernd in den Organismus der Stadtverwaltung einzufügen ist. Die Sommerspeisung, für die 15 000 Mark bewilligt sind, hat bisher nicht eingerichtet werden können. Die Schulverwaltung hat in so kurzer Zeit Organe nicht aufzutreiben vermocht, um die Sache durchzuführen. Mit dem einzigen Verein, der vorhanden war, hat sie sich nicht verständigen können, weil der für den Sommer die Kräfte dazu nicht zur Verfügung hat. In diesem Sommer wird nach Beginn der Schule nach den Ferien mit der Speisung fortgefahren werden, und zwar durch die Schuldeputation. Was aber die organisative endgültige Regelung anlangt, so habe ich mich zu dieser fürhiesigen Arbeit nicht gedrängt, bin aber doch der Haupt Urheber des Beschlusses, die Sache der Armenverwaltung zu unterstellen, und der Magistrat hat sich meinen Gründen angeschlossen. In München ist die Suppentispeisung ausschließlich Sache der Armenverwaltung. In Hamburg hat sie der „wohlthätige Schulverein“ in die Hand genommen, soweit es Kinder betrifft, die noch nicht unterstützten Familien angehören. Die Schulkommissionen sind für die Führung der Angelegenheit nicht die geeigneten Organe; dem Verein für Kindervollstücken kann die Sache auch nicht bedingungslos ausgetrautet werden. Es gibt daneben ja noch andere Vereine, so den evangelisch-lutherischen Hilfsverein, der vorzüglich arbeitet! Die Versammlung war seinerzeit von der Abrahamischen Einrichtung so fasziniert (Widerspruch), daß sie a. B. auch die Armenspeisung ganz überließ. Sind Sie denn in der Lage, alle in den Umständen, die von der Schule wahrgenommen werden müssen, abzuhelfen? Können Sie den Kindern, die schlecht untergebracht sind, eine bessere Wohnung verschaffen? Die Armenverwaltung darf aber auch aus anderen Gründen nicht ausgeschaltet werden. In Berlin unterstützen wir jetzt nicht weniger als 3000 bis 4000 eheverlassene Frauen mit 6000 bis 7000 Kindern; dieses Elend wird nur gelindert, wenn die Väter wissen, die Stadt ist bereit, für die Kinder zu sorgen, wenn sie es nicht tun. Schulte, die mit Dienen das Ihrige versprochen und die Familie darben lassen, sind in Berlin gar nicht so selten. Die angestellte Enquete hat gezeigt, daß auch eine außerordentlich große Zahl von Pflegegeheimnisskindern und andere Personen darunter sind, denen diese Speisung als Armenunterstützung keinen Stein aus ihrer Krone bringt! Werden uns Kinder bekannt, die Mangel leiden, dann ist die Sache nicht mit der Speisung erledigt. Es kommen auch ganz ungeheuer elende Verhältnisse in Frage, wo es besser wäre, die Kinder in die Waisenhäuser zu übernehmen.

Was machen Sie ferner mit den hungernden Kindern, die noch nicht schulpflichtig sind? Ist es nicht wünschenswerter, die Familien als Ganzes zu behandeln? Die Armenverwaltung ist doch dazu eingesetzt, denen, die es nicht haben, das Notwendige zu geben. Wer seine Kinder nicht vor Hunger schützen kann, ist doch an der äußersten Grenze der Armut angelangt. Auf das Wahlrecht ist praktisch ein Einfluß davon nicht zu befürchten, weil wir ein solches Heer von Beamten, wie dazu nötig wäre, gar nicht anstellen könnten. (Unruhe.) Wir sehen auch heute noch auf dem Standpunkt, daß in der Sache außerordentlich übertrieben worden ist und daß man solchen Notleidern über die hungernden Kinder nicht in die Welt hätte sehen dürfen. (Ironisches Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Borgmann: Die Mehrheit des Magistrats ist also in dieser Frage ganz anderer Anschauung als alle Fachleute, die sich damit beschäftigen haben. Alle literarischen Erzeugnisse über diese Frage weisen unausgesetzt darauf hin, daß diese Frage eine Schul- und keine Armenfrage sein kann. Der Staat hat in dieser Frage immer noch Schiffbruch gelitten. In Paris ist die Kinderspeisung in großer Maßstab unter Mitwirkung einer Vereinsorganisation durchgeführt worden; alle Kinder, die kostenlos gespeist werden, bekommen dieselben Speisemarken wie die, die sie bezahlen; das Kind soll nicht fühlen, daß es unterstützt wird, sondern, daß es sich

quasi um eine öffentliche Einrichtung handelt. Wie weit sind wir in Berlin davon entfernt!

Wenn die Versammlung beschlossen hat, in dieser Frage Erörterungen zu pflegen, und einen Ausschuß dafür eingesetzt hat, dann verstehe ich nicht und sehe es als eine Bräufierung der Versammlung an, wenn der Magistrat so verfährt, wie es Stadtrat Münsterberg eben dargelegt hat. (Sechste Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Magistrat hat ja auch gar nicht die Mittel zur Verfügung, um seine Pläne durchzuführen, und wird doch an uns kommen müssen; denn die „bereiten“ Mittel der Armenverwaltung reichen dazu nicht aus.

Der Magistratsvertreter sprach von einer gewissen „Agitation“. Soweit wir dabei in Frage kommen, ist davon nicht die Rede. Der betreffende Verein hat ja beim Magistrat mit seiner Bitte um erhöhte Zuwendung eine Ablehnung erfahren; er mußte also an die Öffentlichkeit gehen, und die Verantwortung dafür trifft den Magistrat und die Armenverwaltung. (Sechste Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Früher hat Stadtrat Münsterberg direkt zugestimmt, daß er die Verhältnisse auf diesem Gebiete nicht kennt und daß die Armenverwaltung gar nicht weiß, wie viel hungernde Schulkinder in Berlin sind. Sehr merkwürdig ist auch, daß — ebenso wenig wie Rosenow — mein Freund Ewald zu der Ausschussung der Armenverwaltung eingeladen worden ist.

Die Speisung der Kinder muß getrennt gehalten werden von der Speisung der Erwachsenen; darüber sind sich alle Sachverständigen einig. Um so merkwürdiger ist jetzt das Bestreben, alles in einen Topf zu werfen. Wenn Sie die Kinderspeisung so behandeln wollen, verlernen Sie die Lage der Verhältnisse vollständig. Der Magistrat hat uns den Versuch seiner Untersuchungen nicht vor Augen geführt. Was ist denn festgestellt worden? In allen Fällen, wo trotz der Armenunterstützung die Speisung in Anspruch genommen worden ist, hat wirklich eine außerordentliche Notlage vorgelegen; der größere Teil der Kinder hat aber allerdings keine öffentliche Armenunterstützung erhalten. Hat einmal ein Pflegegeheimniskind den Weg zum Armenvorsteher gefunden, so findet er ihn nur zu leicht wieder. Auch die jegliche wirtschaftliche Depression führt die Kinder der Speisung zu; wollen Sie diese Eltern um ihre bürgerlichen Ehrenrechte bringen? Dann werden diese Eltern die Kinder lieber hungern lassen! Alle Arbeiter, die heute arbeitslos sind, werfen Ihnen diesen Wettelbroden ohne weiteres vor die Füße! Auch hier wird vom Magistrat eine schwerfällige, widerwillige, wenig wohlwollende Haltung gezeigt. Soll durch die Durauftritte ein so schön angebahnter sozialer Fortschritt wieder rückgängig gemacht werden? Der Armenverwaltung wird eine Aufgabe gestellt, welche sie nicht zweckentsprechend erfüllen kann, und der daß gegen die Armenverwaltung wird in der Arbeiterkassen darüber nur noch zunehmen. (Großer Lärm.) Ich verliere die Hoffnung nicht, daß die notwendige Einsicht eintreten wird, da unser Stadtschulrat von seiner Informationsreise noch nicht zurückgekehrt ist, er hat sich entschieden gegen eine solche Ordnung gewendet und sich die größte Mühe gegeben, die Sache in den Händen der Schulverwaltung zu erhalten und es ist eine ganz falsche Auffassung, daß die Schulkommissionen nicht die geeignete Instanz wären. Ein Viertel der Armenkommissionsmitglieder sind auch Schulkommissionsmitglieder. Sie wünschen aber eben nicht, daß die Wahrheit in ihrem vollen Umfange zum Ausdruck kommt, Sie möchten sie nach bürokratischem Muster zu vertuschen suchen, aber die Verhältnisse sind stärker als Sie, Sie werden sie nicht unterdrücken können. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vorsteher Nischeff weist diesen Angriff zurück.

Es geht ein Antrag Deutsch-Milstein ein:
Die Versammlung bedauert die Unterbrechung der Speisung während der ersten Hälfte des Sommers und ersucht den Magistrat, die definitive Regelung keineswegs zu einer Angelegenheit der Armenverwaltung zu machen.

Stadtv. Cassel hält diesen Antrag für geschäftsordnungsmäßig nicht zulässig. Zur Sache selbst scheint ihm die Erregung über die Maßnahme des Magistrats nicht begründet; prinzipiell habe sich die Versammlung niemals dafür ausgesprochen, daß die Sache für alle Zukunft von der Schulverwaltung wahrgenommen werden solle. Das Recht der Versammlung sei durch das Verhalten des Magistrats nicht verletzt worden. Die Einrichtung bliebe nicht zu einem sozialen Uebel werden, indem sie zur Verheilung der Familienbande führe.

Oberbürgermeister Nischeff: Wer da meint, der Ruhm der Stadt ist desto höher, je mehr Kinder gespeist werden, der bleibt an der Oberfläche und bringt nicht in die Tiefe. Das ist die beste Verwaltung, wo man in e i n e solche Unternehmung gegeben werden! Wenn ich ein hungerndes Kind sehe, tue ich im Augenblick eine Wohlthat, aber wenn ich diese Wohlthat Kindern erweise, die sie nicht brauchen, dann tue ich ein bitteres Unrecht. (Sehr richtig!) Es ist behauptet worden, man wolle die Wahrheit vertuschen. Soweit das den Magistrat betrifft, weise ich das auf entschiedenste zurück. Wer hat hier mit Redensarten und Phrasen gedient, und wer hat sachlich gesprochen, wer hat gedroht mit dem Ozean der Arbeiter?

Was die Rechtsfrage betrifft, so verstehe ich die Widersprüche nicht. Der Magistrat ist berechtigt, die Beschlüsse der Versammlung anzunehmen oder nicht, und wie er sie ausführt, ist auch seine Sache!

An der weiteren Debatte beteiligten sich abermals die Stadtv. Dr. Freuß, Cassel und Rosenow sowie der Stadtv. Dr. Nathan (soz. fortjhr.).

Darauf erhält Stadtv. Borgmann das Wort. Stadtv. Barth bezweifelt die Beschlußfähigkeit und der Vorsteher läßt durch das Bureau die Zahl der Anwesenden feststellen. Während der Zählung erschallen unausgesetzte Proteste von den Plätzen der Sozialdemokraten, da Borgmann bereits das Wort erteilt war.

Es wird festgestellt, daß die Versammlung noch beschlußfähig ist.

Stadtv. Borgmann: Wenn der Herr Oberbürgermeister Verwaltung einlegt gegen die Angriffe, die ich gegen den Stadtrat Münsterberg machen mußte, so ist das ja nur die Konsequenz seines früheren Verhaltens, wo er auch eingriff, wenn seitens der Magistratskommission die Versammlung schwer beleidigt worden ist. Ich erinnere an den Fall Fischbeck. (Unruhe.) Ob Herr Münsterberg oder ich recht behalten werden, wird die Zukunft erweisen, aber die Tatsache ist nicht aus der Welt geschafft worden, daß Herr Münsterberg vor fünf Monaten gesagt hat, er kenne in dieser Hinsicht die Verhältnisse Berlins nicht. Zuletzt bedauere ich, daß der Herr Oberbürgermeister mich bei der Unruhe im Saale nicht verstanden hat; ich habe gesagt, es müsse vermieden werden, daß neuer Ozean in der Arbeiterbevölkerung entsteht.

Nach weiterer Debatte wird in namentlicher Abstimmung die Resolution Deutsch-Milstein mit 48 gegen 30 Stimmen abgelehnt.

Stadtv. Rosenow zieht darauf seinen Antrag zurück.
Damit schließt die letzte Sitzung vor den Ferien um 9,10 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Rohrleger und Helfer!

Die Unternehmer im Rohrlegergewerbe haben den für diesen Beruf bestehenden Tarif, welcher am 1. September d. J. abläuft, gekündigt. Die Absicht der Unternehmer ist nicht zu verkennen. Sie glauben die Zeit für gekommen, eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchsetzen zu können.

Es kommt zu der Krise, als günstige Position für die Unternehmer, hinzu die Abspaltung der Rohrleger und Helfer vor zwei Jahren und die Vertvorenheit im Allgemeinen Deutschen Metall-

arbeiterverband, das alles hat bei den Unternehmern ohne Zweifel den Glauben erweckt, jetzt blühe ihr Weizen. Diese Meinung haben wir schon vor einiger Zeit öffentlich zum Ausdruck gebracht, fanden aber damit bei verschiedenen Rohrlegern und Helfern keinen Glauben, insbesondere bei denen nicht, die einer anderen Organisation angehören.

Waren doch sogar verschiedene Leute der Meinung, es sei ganz an der Zeit, daß die Arbeitgeber den Tarif kündigten, denn sie würden zweifellos die Notwendigkeit einer Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eingesehen haben. In einer Versammlung der Rohrleger und Helfer, welche von der anderen Richtung einberufen war, hat der Referent (Wiesenthal selbst) bekanntgegeben, daß sein Verband den Arbeitgebern auf die Tarifkündigung u. a. folgendes geantwortet habe: Mit Genugthuung haben wir von Ihrer Kündigung des Lohnvertrages Kenntnis genommen. Wir setzen recht bald den Wünschen der Herren Arbeitgeber entgegen, damit dieselben von unseren Vertretern in der Schlichtungskommission sachlich geprüft werden, um, wenn möglich, einem neuen Tarif unsere Zustimmung geben zu können.

Gleichzeitig teilte dieser Verband den Arbeitgebern mit, daß er die Wünsche seiner Mitglieder dem Obmann der Arbeitgeber mitteilen werde und empfehle er diese Wünsche den sachlichen Erwägungen der Arbeitgeberorganisation.

Inwiefern die Herren Arbeitgeber die Wünsche der Arbeiter „sachlich erwägen“, davon kann man sich einen kleinen Begriff machen, wenn man folgendes Zirkular liest, das in den Betrieben der Unterneher für das Rohrlegergewerbe seit Donnerstag mittag angeschlagen ist:

Arbeitgeberverband im Rohrlegergewerbe.

Rohrleger, Schlosser, Helfer, Arbeiter, welche weder dem Deutschen Metallarbeiterverband, noch dem Allgemeinen Metallarbeiterverband angehören, werden in ihrem Interesse ersucht, dies brieflich dem Inhaber der Firma mitzuteilen.
(Name der Firma.)

Rum ist es wohl jedem Kollegen klar, was die Unternehmer im Schilde führen. Sie wollen sich eine Hilfstruppe verschaffen, um bei einem eventuellen Streik genügend Ersatz zu haben.

Das ist die Antwort auf das vorerwähnte Anerbieten von der anderen Seite, mit den Unternehmern verhandeln zu wollen. Das sind die Folgen des Vorgehens derjenigen, die lieber in dieser Tarifbewegung mit der christlichen Organisation zusammengehen als den Kollegen im Deutschen Metallarbeiterverband sich anschließen.

Von unseren Kollegen erwarten wir, daß sie alles daransetzen, am den Plan der Unternehmer zu vereiteln, indem sie die indifferenten Rohrleger und Helfer veranlassen, sich dem Metallarbeiterverbande anzuschließen.

Den noch in anderen Verbänden organisierten Kollegen muß es klargemacht werden, daß sie gegen das Interesse der Arbeiterschaft handeln, wenn sie die Uneinigkeit durch ihre Abseitsstellung noch weiterbestehen lassen.

Der Aufforderung der Unternehmer darf niemand Folge leisten, dann wird der Erfolg auch auf unserer Seite sein.

Deutscher Metallarbeiterverband.
Ortsverwaltung Berlin.

Die Gips- und Zementarbeiter, Sektion des Zentralverbandes der Maurer, nahmen in einer Versammlung, die am Mittwoch in den „Arminhallen“ stattfand, Stellung zu der Frage der Kündigung des Tarifvertrages. Der Vorsitzende Haese unterbreitete der Generalversammlung den Beschluß der erweiterten Vorstandssitzung, die Kündigung des Vertrages den Kollegen nicht zu empfehlen. Der Vertrag würde dann, vorausgesetzt, daß er von den Unternehmern ebenfalls nicht gekündigt wird, bis zum 1. Oktober 1909 fort dauern. Der Tarif wurde im Jahre 1905 abgeschlossen. Nach längerer Diskussion beschloß die Versammlung gegen wenige Stimmen dem Antrage des Vorstandes gemäß.

Die Kautenkontrolle, die für die Gips- und Zementarbeiter am 17. Juni vorgenommen wurde, ergab das folgende Bild: Die Kontrolle erstreckte sich auf 3051 Berufsangehörigen. In Arbeit standen 2616 auf 342 Baustellen. Arbeitslos 261, in anderen Berufen beschäftigt sind 123, krank gemeldet sind 511, zusammen 3051 Berufsangehörigen.

Im Afford arbeiten 268, im Lohn arbeiten 2348, zusammen 2616 Berufsangehörigen.

Die Bestimmungen des Tarifs werden im allgemeinen eingehalten. Etwa 100 Berufsangehörigen arbeiten unter dem Tariflohn, und in einigen Fällen wird die Arbeitszeit ungebührlich verlängert. Als Delegierte zum 10. Verbandstag wählte die Versammlung Grundmann und Haese.

Deutsches Reich.

Metallarbeiteransperrung in Königsberg.

Das einmütige Vorgehen der Arbeiter in der Eisendreherei der „Union“ in Königsberg hatte die Direktion veranlaßt, in die zunächst abgelehnten Verhandlungen mit den Arbeitern einzutreten. Dabei wurde denn auch eine Verständigung erzielt, Grund deren am Donnerstag die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

Die Lohnbewegung im Breslauer Tischlergewerbe läßt ihren schließlichen Ausgang vorläufig noch nicht absehen, obgleich der bestehende Tarif bereits am 1. Juli abläuft und die dem Reichardtischen Schupverbande angehörende Freie Vereinigung der Meister den Tarif schon am 30. Juni v. J. gekündigt hatte. Den Unternehmern war es mit ihrer Kündigung offenbar darum zu tun, freie Bahn für eine Verschlechterung der Tarifpositionen zu bekommen. Als ihnen die organisierten Gesellen durch den Holzarbeiterverband einen neuen Tarif vorlegen ließen, der einige unbedingt notwendige, aber nur geringfügige Aufbesserungen in bezug auf Arbeitszeit und Löhne bringen sollte, erklärten sie, die schlechte Konjunktur mache ihnen jedes Zugeständnis völlig unmöglich. Daraufhin beschlossen die Gesellen, jede Verschlechterung ihrer Lage unter allen Umständen zurückzuweisen und an ihren aufgestellten Forderungen festzuhalten. Um Zeit zu weiteren Verhandlungen zu gewinnen, wird es voraussichtlich zu einer auch von der Freien Vereinigung gewünschten vorläufigen Verlängerung des alten Tarifs kommen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein Preisgekrönter, der sich nicht photographieren läßt.

Gannstadt, 25. Juni. (B. Z. B.) Der von der Deutschen Landwirtschaftsgenossenschaft engagierte Photograph Herr-Berlin wurde heute mittag bei der Aufnahme eines mit einem Preise ausgezeichneten Tieres von einem Bullen so unglücklich in das Kreuz gestochen, daß er eine gefährliche Rückenverletzung erlitt und in das Krankenhaus gebracht werden mußte.

Explosion.

Chicago, 25. Juni. (B. Z. B.) In den Lagerräumen einer Chemikalienhandlung, die sich im Parterre eines Hauses befindet, dessen Obergeschloß als Logierhaus benutzt wird, fand heute eine Explosion statt, infolge deren Feuer ausbrach. 5 Personen wurden getötet, 20 verletzt.

Paul Singer & Co., Berlin SW, Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

6. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

Hamburg, 25. Juni 1908.

Vierter Verhandlungstag. Vormittagsitzung.

Um 8 Uhr eröffnet Bismarck die Sitzung. Auf der Tagesordnung steht die Debatte über die Grenzstreitigkeiten

und die von der Redaktionskommission vorgeschlagene Resolution samt den Abänderungsanträgen. Die Resolution ist bereits mitgeteilt. In der Debatte werden zunächst die Anträge begründet.

Göttele-Wilhelmshaven begründet den Antrag des Schneiderverbandes, Jahrestelle Wilhelmshaven: „Angeht die Zahl der Unternehmerverbände, durch probierte Massenstreiks und Aussperrungen die Organisationen der Arbeiter in ihrer Wirksamkeit lähmzulegen, wird die Unmöglichkeit dargetan, in kleinen Branchenorganisationen dem Unternehmertum auf die Dauer wirksam entgegenzutreten. Die Branchen-Zentralverbände werden darum aufgefordert, zu Industrieverbänden sich zu verschmelzen oder sich an solche anzuschließen. Die Generalkommission wird beauftragt, solche Verschmelzungen und Anschlüsse anzuregen, vorzubereiten und durchzuführen.“ Er weist auf die große Vergendung von Kraft und Geld hin, die durch die kleinen Branchenorganisationen entsteht und dringt auf die Einwirkung der Generalkommission, um die Verschmelzung zu beschleunigen.

Schlegel-Dreslau (Metallarbeiter) erklärt den Antrag seiner Jahrestelle, alle Maschinenarbeiter dem Metallarbeiterverband zuzuwenden, für selbstverständlich, zieht ihn aber bis zur nächsten Vorstandskonferenz zurück, da ihn Transportarbeiter und Fabrikarbeiter prinzipiell ablehnen. (Weisfall.)

Sauer-Berlin (Bureauangestellter) wünscht die Schaffung von Schiedsgerichten zur Entscheidung von Grenzstreitigkeiten.

Kroll-Berlin (Steinseher) begründet seinen Antrag, der gegenüber den Expansionsgelüsten einiger Funktionäre des Gemeindearbeiter-Verbandes den Begriff Gemeindebetrieb abgrenzen solle.

Träger-Berlin (Brauereiarbeiter) befürwortet seinen Zusatzantrag zu Punkt 4 der Kommissionsresolution, wonach bei Lohnbewegungen in den Kommissionen nur die Verbände vertreten sein sollen, die im bestreitenden Betrieb eine größere Mitgliedschaft haben und nur soweit, als dadurch die Bewegung nicht gefährdet wird. Gerade die kleinen Verbände sollten für diese größere Bewegungsfreiheit stimmen, denn sie könnten ja auch einmal groß werden. (Heiterkeit.)

Josephsohn-Hamburg begründet den Antrag des Handlungsgeschäftsverbandes:

„Die Gründung von Sonderorganisationen für Angestellte oder Arbeiter in Konsumvereinen und Genossenschaftsbetrieben ist prinzipiell zu verwerfen. Die Angestellten und Arbeiter in solchen Betrieben sind vielmehr verpflichtet, dem für ihren Beruf bestehenden Zentralverband sich anzuschließen und dort an dem gewerkschaftlichen Kampfe gegen das privatkapitalistische Unternehmertum zur Verbesserung der Lage der gesamten Berufsgenossen teilzunehmen.“

Der Beschluß ist bereits einstimmig von der Vorstandskonferenz angenommen worden. Redner bittet den Gewerkschafts-Vorstand, den Beschluß zu wiederholen, um den immer wiederholten Versuchen entgegen zu treten, einen Sonderklub der Konsumvereins-Angestellten und Arbeiter zu gründen. Gegen den bestehenden Verband der Lagerhalter werden wir nichts unternehmen.

Hoffmann-Ilmenau (Porzellanarbeiter): Ohne die Einführung von Schiedsgerichten bleiben alle Resolutionen nur ein frommer Wunsch. Die Transportarbeiter und Fabrikarbeiter fischen sonst weiter in allen Gewässern und die unteren Funktionäre appellieren unter stillschweigender Billigung der oberen Funktionäre der Verbände an die niederen Instanzen. Gegen dieses System der ungleichen Konkurrenz kann die Annahme des Antrages Sauer helfen.

Mohs-Berlin (Gemeindearbeiter): Wir haben jetzt durch unsere Kartellverträge so gut wie keine Grenzstreitigkeiten mehr. Gleichwohl will man für uns in Absatz 4 ein Sonderrecht schaffen. Erst erklärt man, die Beseitigung der Grenzstreitigkeiten durch Vor-

schriften sei unmöglich und dann schafft man doch Reglements für uns. Aber auf die kommt es nicht an, sondern auf den guten Willen, Grenzstreitigkeiten zu vermeiden, und den haben wir alle gezeigt. Stören Sie nicht unsere ganze Agitation und Organisation und auch nicht den guten Frieden, den wir mühsam hergestellt haben.

Zillmann-Hamburg (Gastwirtsgehilfe) fordert für die die Haupt- und Nebenberuf haben Doppelorganisation, wie sie bisher vorgeschrieben war und nach dem Antrage der Kommission jetzt aufgehoben werden solle. Dadurch würde jedoch jede Kontrollmöglichkeit fortfallen. Organisiert solle im Nebenberuf nur werden, wer im Hauptberuf organisiert sei. In Lohnstreitigkeiten müsse aber jeder den Vorschriften des Berufes folgen, in dem er gerade arbeitet.

Behrend-Hamburg (Bauarbeiter): Grenzstreitigkeiten werden vermieden werden, wenn diese Vorschriften der Resolution allen Mitgliedern und Funktionären in Fleisch und Blut übergegangen sind. Gerade die Verbände mit vielen Grenzstreitigkeiten sind vielfach am meisten auf die Hilfe der anderen angewiesen. Deshalb sollten sie recht streng und gewissenhaft die Vorschriften der Resolution ihren Angestellten und Mitgliedern einschärfen.

Börsch-Berlin (Gastwirtsgehilfe) tritt für den Antrag seines Verbandes ein. Die Doppelorganisation der in zwei Berufen Erwerbstätigen sei durchaus notwendig, damit sie nicht in beiden Berufen Lohnbrüder würden. Außerdem sei diese doppelte Organisation nicht mehr obligatorisch, sondern nur fakultativ gefordert.

Döllinger-Hamburg (Brauereiarbeiter) protestiert gegen die Zulassung der Organisationszersetzung, wie sie im Absatz 4 der Resolution gegeben sei. Wenn 10 oder 12 Organisationen in einer Brauerei vertreten sind, ist eine erfolgreiche Lohnbewegung unmöglich. „Es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt.“ (Heiterkeit.)

Witting-Frankfurt a. M. (Brauereiarbeiter): Prinzipiell ist für uns nur die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse durch den Klassenkampf. Die Grenzstreitigkeiten sind nur Zweckmäßigkeitsfragen. Aber gerade deshalb muß in einem Betriebe Einheitlichkeit der Organisation und der Streikfähigkeit sein. Immer mehr schaltet das Unternehmertum den geleerten Arbeiter aus und Handel und Industrie gehen ineinander über. Da weiß man oft beim besten Willen nicht, in welchen Beruf der Arbeiter gehört. Hauptsache bleibt nur die kampfwirksame Organisation. Nehmen Sie deshalb den Antrag Träger an.

Winkelmann-Bremen (Böttcher): Der Antrag Träger bedeutet den Umsturz aller unserer bisherigen Organisationsgrundsätze: er will den Betriebsverband an Stelle des Industrieverbandes. Die Brauereiarbeiter sind ungeeignet, meine Berufskollegen zu vertreten, weil sie vielfach auf irgendwelche Vorrechte neidisch sind. Die Brauereiarbeiter leben nur von der Unterstützung der Partei und der übrigen Gewerkschaften. (Sehr wahr!) Gerade deshalb sollten sie den Besitzstand unserer um zehn Jahre älteren Organisation achten, die soviel für die Verbesserung der Lage der Arbeiter getan hat. Lehnen Sie den Antrag Träger ab.

Bürger-Hamburg (Gemeindearbeiter): Durch scharfe, polemische Behandlung schafft man die Grenzstreitigkeiten nicht aus der Welt. Die Betriebsorganisation ist gegenüber dem Branchenverband die höhere Organisationsform und dafür z. B. in Desterreich anerkannt und weicht von dem Industrieverband im Gedanken nicht sehr ab. Technisch sind die Arbeiter in den Gemeindebetrieben verschieden, sozial aber ganz gleichgestellt. Wir wollen nur, was die anderen Verbände in der Privatindustrie durchgesetzt haben, auf die Gemeinden übertragen und Staats- und Gemeindebetriebe vorbildlich sozialisieren. Darum lehnen wir das Ausnahmerecht des Absatz 4 der Resolution entschieden ab.

Schumann-Berlin (Transportarbeiter): Die Porzellanarbeiter haben sich nie bei uns befehligt, die Brauer selbst zuerst den Vertrag mit uns gebrochen. Die Brauer als Organisation der Nahrungsmittel- und Genussmittelindustrie lassen sich vertraglich das Recht zubilligen, Maurer, Sattler und Schlosser für die Brauereien zu vermitteln. Im übrigen will ich diese unangenehmen Dinge nicht weiter erörtern. Wenn aber die Angestellten einer Organisation wie Goldschreiber des Kapitals uns beschuldigt haben, daß wir uns in einer Lohnbewegung hätten schmieren lassen und dann vom Hauptvorstand Rechtschutz bekommen, so ist das keine moderne Organisation mehr. (Zurufe.) Die Transportarbeiter sind durch die Verbandsabteilungen und Warenhäuser so tief in die industrielle Produktion eingedrungen, daß sie Grenzstreitigkeiten nicht ganz vermeiden können. Lassen Sie also der Entwicklung ihren Lauf und nehmen Sie die Resolution der Kommission an.

Cyell-Hannover (Brauereiarbeiter) verteidigt die Forderungen

seines Verbandes. Als vierter Redner der Brauereiarbeiter wird er nur unruhig angehört.

Scheffel-Berlin (Maschinist): Wir stimmen der Resolution zu, aber es heißt der deutschen Gewerkschaftsbewegung einen schlechten Dienst erweisen, wollte man die alten Berufsverbände zwingen, sich aufzulösen. Mancher Streik ist in der Vergangenheit dadurch verloren gegangen, daß man nicht alle Beteiligten zu den Beratungen hinzugezogen hat. Öffentlich wird das in Zukunft nach Annahme der Resolution besser werden. Die maßlosen Forderungen der Brauereiarbeiter lehnen wir ab.

Lange-Hamburg (Schmied) klagt darüber, daß auch andere Organisationen Schmiede aufnehmen. Auch ganze Jahrestellen hätten sich aufgelöst und seien zum Metallarbeiterverband übergetreten. Das sollte doch bei einem Zentralverband nicht vorkommen. Aber der Metallarbeiterverband nimmt sie geschnur und gebreut. Jedenfalls sollte man versuchen, aus der gegenseitigen Konkurrenz und aus der überflüssigen doppelten Agitation herauszukommen. (Sehr wahr!) Bei den Metallarbeitern.) Bei Lohnbewegungen haben wir auch als Mitglieder des Schmiedeverbandes uns stets verständigt und unsere Pflicht getan. Aber sonst will sich der Metallarbeiterverband nicht verständigen und daher die Streitigkeiten. Für die Schmiede sollen wir allein zuständig sein, Schneider und Schuster wollen wir gar nicht. (Zuruf bei den Metallarbeitern: „Wer Schloffer!“) Das ist nebenbei, das kommt überall vor. (Große Heiterkeit.) Wir lassen dem Metallarbeiterverband alle Schlosser, wenn er uns nur alle Schmiede läßt.

Schneider-Hannover (Fabrikarbeiter): Liebergriffe kommen natürlich überall vor, aber die Zentralverbände sind daran nicht schuld, sondern isolierter Liebergriffe. Sehr erfreut sind wir über die neue Bestimmung, daß ebenso wenig wie mit niedrigen Beiträgen mit hohen Unterstützungen agitiert werden soll. Wir werden für die Resolution stimmen und sind bereit, sie loyal auszuführen; aber wir erwarten auch von allen anderen Seiten Loyalität. Wenn auch die Grenzstreitigkeiten bleiben werden, die Formen können sich ändern und sachliche statt persönliche Argumente vorgebracht werden. Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Vander-Eibfeld (Transportarbeiter): Die Frage der zweckmäßigsten Organisation und der Entwicklungsmöglichkeiten der Gewerkschaftsbewegung läßt sich eigentlich nicht unter dem Titel Grenzstreitigkeiten diskutieren. Aber ich glaube nicht, daß die Betriebsorganisation die höhere Organisationsform ist. Was sollen wir etwa mit den Buchdruckern aus den Verlagsgeschäften in unserer Organisation? Ich erbitte die höhere Entwicklungsform im engeren Zusammenhänge in der Generalkommission. Deshalb scheint mir der Antrag der Brauer, die gegen uns in der höchstschmerzlichen Weise agitieren, ganz unannehmbar zu sein.

Röske-Hamburg (Bauhilfsarbeiter): Die Resolution trägt allen Wünschen insofern Rechnung, als sie dem Zusammenschluß in Industrieverbänden die Bahn frei macht. Die Betriebsorganisation würde zu unabsehbaren Streitigkeiten führen. Deshalb lehnen wir die Anträge der Gemeindearbeiter und Brauereiarbeiter ab. Die Kartellverträge sollten nicht nur zahlreicher abgeschlossen, sondern auch strenger gehalten werden. Arbeiten wir einig daran, die Macht der Arbeiter durch Organisation der Indifferenzen zu stärken. (Weisfall.)

Steinhausen-Stuttgart (Brauereiarbeiter): Der Transportarbeiterverband greift uns schief an. Lesen Sie nur den Artikel im „Courier“ unter der Überschrift: „Das gewerkschaftliche Stachel-schwein.“ (Heiterkeit.)

Raith-München (Holzarbeiter): Wenn alle Verbandsvorstände so streng die Verabredungen einhalten wie wir, brauchen wir heute nicht so lange über Grenzstreitigkeiten zu reden. (Sehr wahr!) Um so mehr ist es ein öffentlicher Skandal, daß der Fabrikarbeiterverband 2500 Holzarbeiter organisiert hat. Die Brauereiarbeiter treiben eine nach den gefassten Beschlüssen ganz unzulässige Agitation für den Betriebsverband. Dabei kommen doch die Zimmerer usw. in Brauereien für den Brauereibetrieb nur als Konsumenten in Betracht. (Heiterkeit.)

Scheffel-Dresden (Metallarbeiter): Guten Willen kann man auch durch Resolutionen nicht erzwingen. Wir legen es nicht darauf an, daß wir dem Schmiedeverband die Mitglieder abtreiben, wir haben um des lieben Friedens willen sogar ansichtslose Bewegungen mitgemacht, aber die Schmiede haben uns stets stiefbrüderlich behandelt.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Das Schlußwort erhält der Referent.

Simon-Münster: Niemand hat eine Formulierung vorgeschlagen, die besser als die Resolution der Kommission den Inter-

Kleines feuilleton.

Der Skandal des Birchow-Denkmal. Das von Künisch entworfene und von dem allein berufenen Preisgerichte ausgewählte Birchow-Denkmal darf bekanntlich nicht auf dem dafür in Aussicht genommenen Plage aufgestellt werden. Weil der Berliner Magistrat sich in Demut, ohne überhaupt die prinzipielle Frage, wer in Berlin Herr der öffentlichen Plätze ist, zum eruchten Austrag zu bringen, dem Kunstgeschmack Wilhelm II. fügt, das Bürgeramt hat kein Recht, sich über Vergewaltigung zu beklagen, weil es selber es nicht anders haben will. Die so schon blamable Angelegenheit wird aber noch skandalöser durch das Vorgehen von Ärzten. Nicht genug, daß Ärzte öffentlich gegen Künischs Entwurf Stellung nahmen, was schließlich ihr Recht war, sie haben sich nicht geschert, die kaiserliche Kunstautorität ausdrücklich anzuerkennen, indem sie insgeheim mit Petitionen an den Kaiser herantraten. Die „Frank. Zig.“, die dies bisher gehütete Geheimnis aufdeckt, fügt spöttisch hinzu: „Und das nur, um einen Birchow in Hofen und Stiefeln, nicht bloß im Redaktions zu enthüllen.“

Also während eine bürgerliche Stadtverwaltung ein in anderen Ländern nicht mehr diskutables Recht der Selbstverwaltung zu wahren sucht, nachdem ein freigelegtes Preisgericht entschieden hat und Künstler von Bedeutung für das Denkmal gegen die kaiserliche durchaus private Kunstanschauung ihr Urteil abgegeben haben, fallen ihnen allen Berliner Ärzte in den Rücken. So wahren Bürger Bürgerrechte und stützen den Absolutismus. Sogar in Kunstfragen.

Eine moderne Volkerversammlung in einem antiken Theater. Der Versuch, erhaltene Theaterbauten des Altertums zu dramatischen Aufführungen zu benutzen, ist in den letzten Jahren namentlich in Frankreich wiederholt gemacht worden. Dagegen ist der Gedanke, eine politische Versammlung in einem solchen Bauwerk abzuhalten, wohl ganz neu. Am letzten Sonntag war das antike Theater der südfranzösischen Stadt Orange der Schauplatz eines Meetings, das zudem eine ganz moderne Frage auf der Tagesordnung hatte. Einberufen war nämlich die aus den Deputierten der verschiedensten Parteien zusammengesetzte parlamentarische Vereinigung für die Einführung der Proportionalvertretung. Trotz des schlechten Wetters waren über 4000 Personen anwesend. Von den Deputierten der gemäßigten sozialistischen Partei sprachen die Genossen Plane und Willm. Einem nachstimmenden Betrachter der geschichtlichen Wandlungen mag das Schauspiel anregend erscheinen, das dort, wo einst die untergehende römische Welt ihre Ertragungen suchte, Vorkämpfer des modernen revolutionären Proletariats an neuen Kultur- und Gerechtigkeitsideen schaffend zeigt.

Theater.

Kammerspiele des Deutschen Theaters. (Sommer-Gastspiel): „Goldstern“, Große von J. Burg und Walter

Zur Zinski. Das Stück der Herren Burg und Zinski steht von den Saisonartikeln, die auf Sommerbühnen offeriert zu werden pflegen, in seiner Art beträchtlich ab. Keine Schwantrinken und Verwechslungen, keine Aufzüge und Couplets — Goldstern und ihr Anhang erscheinen gründlich abgeschliffen, in höflich bitterer Simplicität dem Leben nachgezeichnet. Der Eindruck karrierender Liebertreibung, den die Bezeichnung des Stückes als Groteske erwarten ließ, gründete sich weniger auf Einzelzüge und den allgemeinen Ablauf der Handlung als auf die abfärbende Zusammenziehung der verschiedenen Momente in der dramatischen Form. Die bestgelungene Figur war die des jungen Erwin Löwenherz, der in seiner zynisch witzigen Unverschämtheit, seiner aufdringlichen Schwärmerei, es zum allgemein bewunderten Don Juan in dem Geschäft gebracht hat und sich mit seiner komisch-Bohagener-Philosophie als überlegenen Menschenkenner aufspielt. Der Typ erinnerte in mancher Hinsicht an den Handlungsreisenden Reher in Sudermanns „Schmetterlingsflucht“, mit dem er sich freilich in Fülle und Feinheit der Ausgestaltung bei weitem nicht vergleichen kann. Herr Warg war ausgezeichnet in der Rolle. Ein reich aus Rawitsch importierter jüdischer Lehrling, der sich nach diesem glänzenden Vorbilde zu modernisieren strebt, fand durch Herrn Gottow, ein alter, gleichfalls jüdischer Agent, eine eifrige, aber von ewigen Mißerfolgen eingeschüchterte Seele, durch Schildkraut höchst charakteristische Verkörperung. Die Geldsternmariette Franz Schott kam trotz des klug nuancierten Spiels von Marietta Dilly weniger lebendig heraus. Bei den hier besonders stark hervortretenden Abszügen, dem Sprunghaften der Stimmungübergänge, konnte vieles nur schematisch angedeutet werden. Von dem Produzenten, ihrem früheren Geliebten, verabschiedet, der die kompromittierte Tochter des Chefs heiraten will, geht sie in Löwenherz, des Unwidertestlichen Hände über, preßt dem Chef, mit dem sie ein Verhältnis hatte, dreihunderttausend Mark ab und avanciert nun selbst zu einem begehrten Heiratsobjekt. Unter Löwenherz herbeder Assistent wird der bei seiner Werbung abgewiesene Produzent von ihr als Gatte und Löwenherz als Kompagnon der neuen Konkurrenzfirma angenommen, die mit dem Gelde Franzes gegründet werden soll.

Musik.

Sunt genug ist das Publikum wie das Interesse, das die ständigen Orgelkonzerte in der Berliner Marienkirche finden. Neben dem frommen Kirchmann ist der sezejonistische Musik- oder Bildungsfreund; und vermutlich sitzt neben dem, der hier die höchste religiöse Weihe spürt, ein anderer, der eine solche Weltfremdheit für ganz verdröhlt hält und vielleicht sogar von Kirchenvariétés und Himmelsüberbrett sprechen möchte. Nichten wir unser Urteil nach den tatsächlichen Erfolgen, so kann es günstig lauten. Die „Dresdener Volks-Sing-Akademie“, die unserem „Berliner Volkshor“ entspricht, hat selbst bereits ein paar Konzerte in einer Kirche gegeben. Etwas Halbes oder Widerspruchsvolles scheint uns da immer zu bleiben — am fähigsten dann, wenn das Durcheinander von allerlei kleinen Sünden und gar von herausgerissenen Stücken aufmarschiert.

Die Orgel der Marienkirche gilt als „eines der grandiossten Orgelwerke unseres Vaterlandes“ und entfaltet durch ihren in anmutigstem Kololo gehaltenen Prospekt auch architektonische Schönheit. 1723 war sie, an Stelle eines uralten Werkes, fertig; mehrmals und noch jüngst wurde sie gründlich restauriert. Des Organisten Otto Diemel, der sie 36 Jahre lang spielte, und seiner virtuoson, übervirtuoson Orgelkonzerte erinnern sich gewiß noch viele. 1905 folgte ihm Bernhard Frgang. Er hatte seine Kirchenkonzerte 1896 in der Kreuzkirche begonnen und hatte uns nun am Mittwoch zu seinem 500. Orgelkonzert eingeladen. Bericht fast unmöglich: denn auch ein solches Programm ist bunt wie die Menge. Neu war von Paul Cretel, dessen moderner Meisterhaft wir seit einiger Zeit häufig begegnen, eine lange Reihe kürzester Variationen, die aus einer bloßen Tonleiter als Unterlage die geistreichsten Spiele herauswachsen läßt. Des vielberufenen Max Reges Kompositionskünste flogen wie Sturmesswellen und Rebellenschwaben vorbei. Eine Allision von so ausserordentlichem Sangeskunst, wie sie L. Keller-Wolter besitzt, die überdies noch zuletzt eine Abgefakult ausfüllte, kann allein schon in ein solches Konzert hineinladen. Am 19. August werden diese Veranstaltungen wieder fortgesetzt; und wer sich nicht mit der Frage nach ihrer ästhetischen Berechtigung quält, findet wohl immer wieder einen Genuß — gratis!

Humor und Satire.

Der Terror.

Da ist der Freisinnswahlmann Müller, Den Sieg des Blutgedankens will er Auch bei den Landtagswahlen. Schade! Am Wahltag kriegt er Bauchweh grade. Da schwänzt er.

Da ist der Freisinnswahlmann Meier, Er kam von Knopps Geburtstagsfeier. Zu spät nach Haus. Mit strengem Blick hält ihn sein hohes Weid zurück. Drum schwänzt er.

Da ist der Freisinnswahlmann Schulze, Der spricht zum Schlepper: „Man Geduld, Sei! Se fehn, ich bin beim Hundesiß'n; Ich kann erst morgen wählen geh'n.“ Da schwänzt er.

Und als die drei nun muhien lesen, Daß, weil sie nicht dabei gewesen, Der Sozi siegte, da war's klar, Daß Schuld allein der Terror war Der Noter.

Fridolin.

Notizen.

— Die Leibl-Ausstellung in der Sezejon ist um ein Bildnis des Rahmenmachers Nahrung aus dem Jahre 1868 bereichert worden.

essen und Bedürfnissen aller Verbände gerecht wird. Nach den Wünschen einer einzelnen Organisation können wir uns aber nicht richten. Sie müssen unsere Resolution annehmen, wollen Sie nicht die deutsche Gewerkschaftsbewegung schwerer schädigen. Der Antrag der Brauer wird durch Absatz 2 der Resolution erledigt. Wo nur vereinzelte Angehörige anderer Berufe in einen einheitlichen Betrieb eingegliedert sind, wird der Verband ihres Berufes nicht darauf bestehen, sie zu organisieren. Die Einzelheiten müssen der Verständigung unter den Verbänden überlassen bleiben. Was den Antrag angeht, die Generalkommission zum Schiedsrichter von Grenzstreitigkeiten zu machen, so bitte ich, ihn abzulehnen. Die Generalkommission kann nur freundschaftlichen Rat erteilen, aber nicht einen Frieden unter streitenden Verbänden durch Zwang herbeiführen. Einen gerechten Verteilungsmodus der Prozesskosten und Maßregelungsunterstützung bei gemeinsamer Agitation mehrerer Verbände soll die Generalkommission weiter suchen. Ihr wollen wir die Nachtragresolution der Redaktionskommission überweisen. Den Antrag Zillmann über die fakultative Doppelorganisation nehmen wir auf. In diesem Sinne nehmen Sie unsere Resolution zum Besten der gesamten Arbeiterbewegung an. (Beifall.)

Auf eine Anfrage erklärt der Referent, daß z. B. in Bezug auf die Schmiede und Metallarbeiter alles beim Alten bleiben sollte. Beide Organisationen, Schmiedeverband und Metallarbeiterverband könnten weiter Schmiede aufnehmen.

Mit Rücksicht auf diese neue Erklärung beschließt der Kongreß auf Antrag Cohens, die Abstimmung auf nachmittag zu vertragen. Die Redaktionskommission soll eine neue schriftliche Erklärung vorlegen.

Es folgt die Frage der

Gewerkschaften und Genossenschaften.

Die Generalkommission legt folgenden Antrag vor:

„Der fünfte ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine vom 22. bis 24. Juni 1908 in Eisenach erklärt, daß der Beschluß des Düsseldorf Genossenschaftstages, wonach genossenschaftliche Lohn- und Arbeitstarife nicht auf solchen Prinzipien aufzubauen sind, deren Durchführung bei den konkurrierenden Privatbetrieben noch in weiter ferne liegt, nicht dahin aufzufassen ist, daß nunmehr den Forderungen der Gewerkschaften die Anerkennung seitens der Genossenschaften verweigert werden soll, so lange sie nicht in dem größten Teil der Privatbetriebe zur Durchführung gelangt sind.“

Der Genossenschaftstag sieht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß es die Pflicht der Genossenschaften ist, soweit es in ihren Kräften steht, in Bezug auf die Ausgestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Angestellten und Arbeiter vorbildlich zu sein.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine ist bereit, bezüglich des Abschusses allgemeiner Lohn- und Arbeitstarife mit den Gewerkschaften und Berufsorganisationen der beteiligten Angestellten und Arbeiter in Verhandlung zu treten.

Erweist sich der Abschluß eines Gesamtarifes für eine Branche der genossenschaftlichen Angestellten oder Arbeiter als verfrüht oder unmöglich, so steht dem Abschluß solcher Verträge an einzelnen Orten oder in einzelnen Bezirken nichts im Wege, wenn die bezüglichen örtlichen Tarifordnungen an die Genossenschaften nicht wesentlich über das hinausgehen, was in den betreffenden Orten in der Gesamtbranche seitens der Gewerkschaften durchgeführt werden kann. Aus der etwaigen Ablehnung weitergehender Forderungen kann den Konsumvereinsverwaltungen kein Vorwurf gemacht werden.“

Der Gewerkschaftskongreß nimmt Kenntnis von dem Beschluß des Eisenacher Genossenschaftstages des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und verweist die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter erneut auf den Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses (1905), nach welchem die Konsumgenossenschaften durch Beitritt und Propagierung der genossenschaftlichen Bestrebungen aufs tatkräftigste zu sind.“

Legien teilt mit, daß die letzten Sätze der Resolution des Eisenacher Genossenschaftstages:

„wenn die bezüglichen örtlichen Tarifordnungen an die Genossenschaften nicht wesentlich über das hinausgehen, was an den betreffenden Orten in der Gesamtbranche seitens der Gewerkschaften durchgeführt werden kann. Aus der etwaigen Ablehnung weitergehender Forderungen kann den Konsumvereinsverwaltungen kein Vorwurf gemacht werden.“

nicht in der Erklärung enthalten waren, die zwischen der Generalkommission und dem Vorstand des Zentralverbandes der deutschen Konsumvereine vereinbart war. Gegen ihren Inhalt wäre vielleicht nichts einzuwenden, aber man wisse nicht, wie diese Sätze begründet worden seien. Deshalb müsse erklärt werden, daß die vom Genossenschaftstag in Eisenach angefügten Sätze für den Gewerkschaftskongreß nicht bindend seien, daß die Gewerkschaften sich in einzelnen Fällen das Recht vorbehalten, zu prüfen, ob eine Genossenschaft mit Recht oder Anrecht Gewerkschaftsforderungen abgelehnt habe. Mit dieser Einschränkung sei dann die Kölner Sympathieerklärung zu wiederholen.

Dreher - Berlin (Transportarbeiter): v. Ein hat in Eisenach ausdrücklich erklärt, daß der neue Beschluß an der Düsseldorf Resolution nichts ändere. (Hört! hört!) Tatsächlich ist sie in Eisenach noch verabschiedet worden. Das ist der verhängnisvolle Einfluß der Sachse, die das reaktionärste Element in der Konsumvereinsbewegung sind und die Dividendenjucht mit aller Macht züchten. (Sehr wahr!)

Josephson - Hamburg: Solche Unterschiede zwischen den Genossenschaften der einzelnen Vaterländer brauchen wir nicht zu machen, die Genossenschaften sind sich in allem gleich. Der Genossenschaftstag ist von v. Ein über den Inhalt der Vereinbarungen mit der Generalkommission getäuscht worden. Lassen wir uns nicht über den Sinn des Eisenacher Beschlusses täuschen. Dadurch sollte die Düsseldorf Erklärung nicht relativiert und die Abstimmung der Gewerkschaften nicht beeinträchtigt werden. Wir müssen also auf dem Standpunkt stehen bleiben, den wir nach dem Düsseldorf Genossenschaftstag als Gewerkschaftler einstimmig angenommen haben. Jetzt wollen einige Bezirkskonsumvereine gar noch mit den christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften Tarifverträge abschließen. Da dürfen wir nicht ohne Gegenleistung die zwei Millionen freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter auf die Unterstützung der Genossenschaften verpflichten. Wir haben keine Veranlassung, den Kölner Beschluß aufzuheben, aber noch weniger, ihn zu bestätigen. Ich beantrage, über den Antrag der Generalkommission zur Tagesordnung überzugehen.

Deichmann - Bremen (Tabakarbeiter): Ich halte es prinzipiell für wünschenswert, die Genossenschaften mit aller Kraft zu unterstützen, aber dem Eisenacher Beschluß zustimmen, ließe für uns Tabakarbeiter große Schwindelereien funktionieren. Dagegen müssen wir auf das Entschiedenste protestieren.

Sachse - Bochum (Vergarbeiter): Ich muß Sie bitten, die Schwarzseherei nicht zu weit zu treiben. Gewiß hat man in Eisenach den Düsseldorf Beschluß nicht verschärfen wollen. Manchmal werden ja auch von den Gewerkschaften unerfüllbare Forderungen aufgestellt, die in der betreffenden Gegend den Ruin des Konsumvereins zur Folge haben müßten. Zerplittern wir die wirtschaftliche Arbeiterbewegung nicht, sondern erhalten wir uns die Genossenschaften als eine Stütze gegenüber dem Privatkapitalismus. Ich bitte Sie, den Antrag Legien anzunehmen und die Generalkommission zu beauftragen, über die einheitliche Auslegung des Eisenacher Beschlusses mit dem Zentralverband der Konsumvereine zu verhandeln.

Der Antrag Sachse wird genügend unterstützt, der Antrag Josephson nicht.

Umhreit - Berlin: Die ganzen Schwierigkeiten kommen daher, daß die Genossenschaften in Düsseldorf die Arbeiterverhältnisse einseitig regeln wollten, ohne uns zu fragen. Das hätte schon in Düsseldorf zur Demission des ganzen Tarifamtes. Gleichwohl hat sich der Vorgang jetzt wiederholt. Nun verkennt niemand, daß die Konsumvereine Rücksicht auf die Konkurrenz zu nehmen haben und vielfach vorbild-

liche Arbeitsbedingungen einführen. Aber diese Konsumvereine sind auch rückständig und denen wird durch so zweifelhafte Beschlüsse das Rückgrat gestärkt. Suchen wir also eine gütliche Verständigung, die den Schwierigkeiten der Konsumvereine Rechnung trägt, aber solchen Mißbrauch ausschließt. Der ganze Vorkall aber sollte Sie dazu veranlassen, mehr als bisher in den Konsumvereinen tätig zu sein. Alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter müssen die Pflicht begreifen, Mitglieder der Konsumvereine zu werden und dort genossenschaftlich und für die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Grundzüge zu arbeiten. Das heißt, als Gewerkschaftler in der Genossenschaft im Sinne der modernen Arbeiterbewegung erzieherisch tätig zu sein. (Beifall.)

Die Fortsetzung der Diskussion wird auf Nachmittag verlagert.

Nachmittags-sitzung.

Hamburg, den 25. Juni.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird die Debatte über das Verhältnis von Gewerkschaften und Genossenschaften fortgesetzt.

Legien: Ich kann die Darstellung Josephsons nicht als richtig anerkennen, als hätten die Konsumvereine eine besondere Verpflichtung gegen uns. Wir unterstützen sie, weil wir sie für nützlich halten, eine besondere Pflicht daraus haben sie nicht. Bisher bestand zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften ein freundschaftliches Verhältnis. Da erweckte der Düsseldorf Genossenschaftstag in Gewerkschaftskreisen die Befürchtung, als sollte es mit der vorbildlichen Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse plötzlich anders werden. Daß diese Auffassung falsch ist, hat nun der Eisenacher Genossenschaftstag erklärt. Der Zusatz ist von geringer Bedeutung. Wir protestieren nur dagegen, daß man überhaupt einseitig Zusätze macht. Praktisch halte ich das für unwichtig, so lange noch die Genossenschaften allgemein bessere Arbeitsverhältnisse haben als die Privatbetriebe und so lange sie noch wie in Eisenach den Willen zum Ausdruck bringen, vorbildlich zu sein. Eigentlich sollte das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften so sein, daß eine besondere Sympathieerklärung eigentlich gar nicht nötig wäre. Die Konsumvereine sind der Arbeiterchaft nützlich und deshalb müssen wir sie unterstützen. Die Verhandlungen werden wir natürlich weiterführen, dazu bedarf es keines besonderen Antrages. Zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften sind keine Gegensätze vorhanden. Beide dienen gleichmäßig der Arbeiterbewegung. (Beifall.)

Stühmer - Berlin (Schneider): Wenn die Gewerkschafts-genossen vollständig in die Genossenschaften eintreten und dort mitarbeiten, hätten sie nach der demokratischen Organisation der Konsumvereine einen viel wirksameren Einfluß als irgend welche Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses. Denn nicht nur die Beamten der Konsumvereine widerlegen sich den Gewerkschaftsforderungen, sondern auch die unbesoldeten Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder. Die Gewerkschaften haben die Macht und die Pflicht, das zu ändern.

Giesel - Berlin (Bureauangestellter) bittet, bei der Beschlußfassung nach außen hin keinesfalls den Schein der Animosität gegen die Genossenschaften zu erwecken. Nachdem die Genossenschaften jahrelang gerade durch die Gewerkschaften propagiert worden sind, würde das einen peinlichen Zwiespalt hervorrufen. Die Beschlüsse des Genossenschaftstages haben unserer Erfahrung nach keinen großen praktischen Wert. Gleichwohl müssen wir natürlich die einseitige Beschlußfassung und willkürliche Aenderung des Genossenschaftstages entschieden zurückweisen.

Arndt - Hamburg (Zigarrensortierer): Die Zusätze des Genossenschaftstages sind natürlich auch für uns unannehmbar; im übrigen aber freue ich mich mit Legien, daß die Mißverständnisse beseitigt worden sind.

Doehnel - Leipzig: Der Konsumvereinstag ist ganz allein schuld daran, daß diese ausführliche Debatte hier wiederum entfocht worden ist, die ihm gewiß nicht nützt. Aber der engstirnige Dividendenstandpunkt ging nicht von den sächsischen Konsumvereinen aus, sondern vom Zentralvorstand der Konsumvereine in Hamburg. Wir wollen der Genossenschaft deshalb keine Knüppel zwischen die Beine werfen, müssen aber auf das entschiedenste die einseitige Hinzufügung verurteilen.

Josephson - Hamburg: Ich habe nicht verlangt, daß wir gegen die Genossenschaft Stellung nehmen sollen. Aber wenn die Genossenschaften nach Legiens Wort zu nichts verpflichtet sind, so sind auch wir frei. Unsere Gewerkschaft hält sich durch den Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses nicht für gebunden, solange nicht die Genossenschaften die darin enthaltenen Verpflichtungen gegen ihre Angestellten erfüllen.

Damit schließt die Debatte.

Die Abmachungen zwischen der Generalkommission und dem Zentralvorstand der Genossenschaften wird mit allen gegen fünf Stimmen angenommen.

Abgelehnt wird folgender Antrag Jbel: „Der Gewerkschaftskongreß nimmt Kenntnis von dem Beschluß des Genossenschaftstages in Eisenach und lehnt die örtliche tarifliche Regelung der für die Arbeitsbedingungen gestellten Grundbedingungen als mit den gewerkschaftlichen Grundzügen unvereinbar ab.“ Dagegen wird die Sympathieerklärung der Generalkommission und der Antrag Sachse mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt nunmehr die Fortsetzung der Debatte über die Grenzstreitigkeiten.

Die Redaktionskommission legt folgende Erklärung vor:

„In Ziffer 1 der Resolution ist festgelegt, daß die Entwicklung sich in der Richtung des Zusammenschlusses der Organisationen zu großen Verbänden vollzieht und daß diese Entwicklung von außen her nicht durch Beschlüsse irgendwelcher Art bestimmend beeinflusst werden soll. Dieser Entwicklung darf aber ebensowenig hindernd in den Weg getreten werden. Wenn in einem Industriezweig für die gleichen Berufe mehrere Organisationen vorhanden sind, die der Generalkommission der Gewerkschaften angeschlossen sind, so gelten dieselben in Bezug auf die Gewinnung von Mitgliedern und auf die Führung von Lohnbewegungen als gleichberechtigt. Es empfiehlt sich jedoch, um allen bei solch gemeinsamen Tätigkeitsgebiet leicht entstehenden Reibungen vorzubeugen, für solche Konkurrenzverbände besonders dringend, sich über alle in Betracht kommenden Maßnahmen zu verständigen.“

Der Referent Simon - Nürnberg fügt hinzu, daß die Kommission der Ansicht sei, die Entwicklung bewege sich in der Richtung des Zusammenschlusses zu großen Berufsverbänden, nicht zu Betriebsorganisationen.

Rassatich - Stuttgart vom Metallarbeiterverband: Die Deklaration hat unsere Befürchtungen, die der Absatz 4 der Resolution in uns wachgerufen hat, zerstreut und wir können für die Resolution stimmen, wenn die Deklaration angenommen wird.

Kupferschmied Saube - Berlin findet, daß die Deklaration den Grenzstreitigkeiten wieder Tor und Tür öffne und bittet die Resolution unter Ablehnung der Deklaration anzunehmen.

Mohs, Gemeindegewerkschaft: So ist denn herausgekommen, was wir von vornherein erwartet haben: Alle einigen sich, um den Gemeindegewerkschaften den Streik zu drehen. Für die Gemeindegewerkschaft soll wohl nichts weiter übrig bleiben als die Organisation des Personals der Krankenhäuser. Zwei Jahre lang haben wir in diesem Einvernehmen mit allen anderen Organisationen unsere Schuldbüße getan und nun soll das schöne Werk zerstört werden. Legen Sie doch nicht unsere Organisation in Ketten.

Anoll - Berlin, Steinarbeiter: Die Befürchtung, daß solche Pläne bestehen, ist ganz unbegründet.

Damit schließt die Diskussion. Brauerarbeiter Träger zieht seinen Antrag zurück.

Die Resolution der Kommission wird in ihren Absätzen 1 und 2 unverändert angenommen, ebenso Absatz 3, nachdem auf Antrag Zillmann die letzten zwei Sätze folgendermaßen verändert worden sind:

„Arbeiter, die dauernd in zwei Berufen tätig sind, dürfen im Nebenberuf nur dann organisiert werden, wenn sie der Organisation ihres Hauptberufs angehören. Diese Arbeiter haben sich in ihrem Nebenberuf, soweit die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Betracht kommen, den Beschlüssen der in Frage kommenden Organisation zu fügen.“

Die Deklaration der Kommission zu Absatz 4 wird mit starker Mehrheit angenommen. Ebenso der Antrag 4 mit dem Zusatzantrag Anoll. Dagegen wird die in einem Antrag geforderte Einführung obligatorischer Schiedsgerichte für den Fall, daß zwei streitende Organisationen sich nicht einigen können, mit 176 gegen 119 Stimmen abgelehnt. Die Absätze 5 und 6 werden debattelos angenommen. Der von der Redaktionskommission nachträglich beantragte Zusatz:

„Wird ein Mitglied einer Organisation, welches im Auftrage einer anderen Organisationsleitung agitatorisch oder gewerkschaftlich tätig war, wegen dieser Tätigkeit gemahnt oder in ein Strafverfahren verwickelt, so hat die Organisation die Kosten zu tragen, in deren Ausmaß er gewirkt hatte.“

Wird auf Antrag Cohen der Vorstandskonferenz überwiesen. Mit großer Mehrheit wird schließlich die von der Vorstandskonferenz bereits angenommene Resolution der Handlungsgehilfen bestätigt.

Die Gründung von Sonderorganisationen für Angestellte oder Arbeiter in Konsumvereinen und Genossenschaftsbetrieben ist prinzipiell zu verwerfen. Die Angestellten und Arbeiter in solchen Betrieben sind vielmehr verpflichtet, dem für ihren Betrieb bestehenden Zentralverband anzugehören und dort am gewerkschaftlichen Kampf gegen das privatkapitalistische Unternehmertum zur Verbesserung der Lage der besagten Berufs-genossen teilzunehmen.

Die so umgestaltete Resolution soll von der Redaktionskommission zusammengestellt und dann zur Gesamtstimmung gebracht werden. Alle übrigen Anträge werden durch die gestellten Beschlüsse für erledigt erklärt.

Verichtigung. Die Angabe im gestrigen Bericht, daß Schülke (Transportarbeiter) den Antrag Kohls auf Streichung des Absatzes 4 dieser Resolution mit unterstützt habe, ist unrichtig.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland.

Dierzu liegt folgende Resolution vor:

Die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland.

Durch die technische und kapitalistische Entwicklung wird die Produktivität der Arbeit gesteigert. Um alle Vorteile der Entwicklung auszunutzen zu können, vereinigen sich die Unternehmer in Kartellen, Arbeitgeberverbänden und ähnlichen Organisationen. Die Unternehmerverbände sind Nachfaktoren im wirtschaftlichen und politischen Leben, die den Kapitalprofit steigern, den politischen Einfluß der Unternehmer haben, aber die Arbeiter oft zu modernen Leibeigenen des Kapitals herabdrücken.

Die Abhängigkeit der Arbeiter vom einzelnen Unternehmer wird gesteigert durch Mietsverträge bei Überlassung von Wohnungen, durch Pensionskassen und andere sogenante Wohlfahrts-einrichtungen, die aus den für Arbeitslohn bestimmten Summen unterhalten werden. Die staatsbürgerlichen Rechte der Arbeiter, Freizügigkeit, Koalitionsrecht usw. werden beschränkt und oft völlig vernichtet durch Verträge der in Unternehmerverbänden organisierten Kapitalisten.

Der große Einfluß der Unternehmerverbände (Zentralverband deutscher Industrieller usw.) auf Gesetzgebung und Verwaltung wird ausgenutzt, um die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter zu steigern. Jedes Gesetz sucht der Zentralverband so zu formen, wie es dem Ausbeuterinteresse entspricht.

Dem Beispiele der Unternehmerverbände müssen die organisierten Arbeiter folgen und alle Gesetzesvorlagen darauf prüfen, wie sie für die Arbeiter im allgemeinen und für die einzelnen Berufe im besonderen wirken. Alle Bedenken gegen ganze Gesetze oder einzelne Teile von Gesetzen sowie Verbesserungs-vorschläge der Arbeiter müssen in Resolutionen zusammengefaßt und den gesetzgebenden Körperschaften zur Kenntnisnahme unterbreitet werden.

Um bestehende Mißstände zu beseitigen und die Entstehung neuer Mißstände zu verhindern, fordert der Gewerkschaftskongreß für alle Personen, die für Lohn oder Gehalt körperliche oder geistige Arbeitskraft in Dienste anderer stellen, ein einheitliches Arbeiterrecht, wodurch das Vertragsverhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer so geregelt wird, daß die Arbeiter vor Ueberbeteilungen geschützt und die staatsbürgerlichen Rechte der Arbeiter sichergestellt sind; ferner fordert der Gewerkschaftskongreß den Erlaß von Gesetzen und Verordnungen zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter und Einrichtungen, die den Arbeiter vor Verfallen in Pauperismus soweit bewahren, als es in der kapitalistischen Gesellschaft möglich ist.

Insbepondere fordert der Kongreß:

I. Zur Sicherung der Rechtsverhältnisse:

1. Arbeiterkammern;
2. volle Koalitionsfreiheit für alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigte Personen;
3. zwingendes Recht für alle zum Schutze der Arbeiter erlassenen Gesetzbestimmungen, damit sie nicht durch Verträge aufgehoben werden können;
4. eine gefehliche Grundlage für kollektive Arbeitsverträge (Tarifverträge);
5. Verbot des Trudsystems in allen Formen.

II. Zum Schutze von Leben und Gesundheit:

1. Festsetzung eines höchstens 8 Stunden betragenden Normalarbeitstages;
2. Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren;
3. Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Arbeiten, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt des Nachts getan werden müssen;
4. eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 30 Stunden in der Woche für jeden Arbeiter;
5. durchgreifende gewerbliche Hygiene; Erlaß von wirksamen Krankheitsverhütungsvorschriften;
6. Unfallverhütung; unter Beteiligung der Arbeiter an der Kontrolle.

III. Zur Bewahrung vor Verfallen in Pauperismus.

Bereinstimmung und Ausdehnung der Arbeiterversicherung unter der Selbstverwaltung der Versicherten.

- a) Entschädigungsbeiträge bei den bestehenden Versicherungszweigen in der Höhe, daß die Kranken, Verunglückten und Invaliden vor Not geschützt sind;
- b) Schaffung einer Mutterschaftsversicherung;
- c) Schaffung einer Arbeitslosenversicherung;
- d) Witwen- und Waisenernährung.

Der Referent Rollenbührer führt aus: Es hat Zeiten gegeben, wo von einem Gegensatz zwischen der Tätigkeit der Sozialgesetzgebung und der Tätigkeit der Gewerkschaften gesprochen wurde. Aber immer mehr Leute haben anerkannt, daß es für die Gewerkschaften von Nutzen ist, wenn bestimmte erzielte Forderungen verallgemeinert und festgelegt werden. Die Gewerkschaften sind stets die

Pioniere der Sozialpolitik.

Sie beweisen, daß durchführbar ist, was man für schwierig oder undurchführbar gehalten hat. Die Hirsch-Dunderschen und christlichen Gewerkschaften haben sich neuerdings politische Programme gegeben, die allerdings von ihren politischen Vertretern im Freisinn und im Zentrum ohne weiteres verraten werden. Nicht darum handelt es sich bei meinem Antrage. Er nennt nur einzelne Forderungen und die Gesetzgebung hat der aufstrebenden Arbeiterchaft den Kampf erleichtern sollen. Unsere Forderungen sind ja nicht

willkürlich, sie sind bestimmt, durch die zahllosen und noch immer wachsenden Mißstände, die der Kapitalismus schafft. Wer konnte in seiner Jugendzeit die Beseitigung der Schranken der geistlichen wie der natürlichen Schranken der Produktion? Sich im Konkurrenzkampf stark zu machen, indem man seine Waren mit der Waffe der Billigkeit ausstattete, war das Ideal der Wanderschaftstheorie, die heute noch bei der Regierung und bei den Fabrikanten mehr Anhänger hat, als die Theoretiker glauben. Indessen, die niedrigen Löhne mit der Ausbeutung der Frauen und Kinder zeigten bald auch ihre Schattenseiten. Das Volk degenerierte rasch, und die Ausschleppungskommissionen waren die erste Behörde, die die

Anfänge des Kinderschutzes

forderten und durchsetzten. Aber während man dem Unternehmer alle Schranken der Ausbeutung weggeräumt hatte, hand man die Arbeiterschaft durch Koalitionsverbote aller Art. Eigentlich erst mit des Sozialdemokraten v. Schweiger Arbeiterschutzes-Entwurf zur Gewerbeordnung vom Jahre 1888 wurde ein umfassendes Sozialprogramm entworfen. Schweiger's Forderungen, die heute fast selbstverständlich sind, fanden damals nicht genug Unterschriften, um auch nur in die Druckfäden des Reichstages zu kommen. Als so utopisch wurden sie angesehen. (Hört! hört!) Damals wurde die Krankenversicherung eine Hauptaufgabe der Gewerkschaften. Erst das Hilfskassengesetz von 1876 schränkte dieses Tätigkeitsfeld der Gewerkschaften erheblich ein. Wiederrum war es die Sozialdemokratie, die Ende der 70er Jahre plötzlich in die Sozialpolitik eingriff. In ihren Anträgen aus diesen Jahren findet sich zuerst die Forderung der Arbeitskammern, eine Forderung, mit der jetzt Zentrum und Nationalliberale parodieren. Da geht es ihnen wie dem Vogelhund mit der goldenen Uhr. Er hat sie irgendwo gefunden und mitgenommen. (Große Heiterkeit.) Um dieselbe Zeit erscheint ja auch der Antrag des Grafen Galen, das Paradies der Zentrum. Kaum einer, der von diesem Antrag spricht, kennt seinen Inhalt. Er fordert die

Einschränkung der Freizügigkeit.

(Hört! hört!) 1876 kam der Umfassung von der liberalen Wirtschaftspolitik zum Schutz. Als Lohn für die schweren Kisten, die damals dem Proletariat auferlegt wurden, versprach man der Arbeiterschaft soziale Fürsorge und hielt das Versprechen nicht. Schon damals forderte der Vertreter des Kreises, in dem wir jetzt togen, August Bebel, im Reichstage ein großes Versicherungsgesetz zur allgemeinen Versicherung aller Arbeiter gegen Krankheit, Unfall und Alter. Der Gedanke verbreitete sich, vor allem auch unter der Einwirkung des Zentralverbandes deutscher Industrieller, um das alte Haftpflichtgesetz unangenehm war, in der Unfallversicherung am raschesten. In der Krankenversicherung (das man das Lunterbunte Durcheinander von acht verschiedenen Klassen und überlich einen Teil davon der Selbstverwaltung der Arbeiter, weil die Bureaucratie sich darin nicht zurechtfindet. Erst die Selbstverwaltung hat dann die Leistungsfähigkeit der Krankenkassen weit über das gesetzliche Maß hinaus gesteigert. Die Unternehmer und die Regierungen sind sehr stolz auf die

7 1/2 Milliarden.

die bisher das Versicherungswesen gelöst hat. Aber einmal wachen die Beiträge der Unternehmer dazu noch nicht 10 Pf. pro Arbeitstag und Kopf des industriellen und noch nicht 4 Pf. pro Arbeitstag und Kopf des Landarbeiters aus. So man findet sie, was wiederholt auch vom Regierungssitz erklärt wurde, nicht eigentlich Opfer der Unternehmer, sondern nur verauslagte feste Lohnbestandteile. Der internationale Sozialkongress zu Paris im Jahre 1889 mit seiner mächtigen Demonstration für die Sozialpolitik und den Achtstundentag leitete die letzte Periode der Sozialpolitik ein, die an die

Februarerlasse

anknüpft. Eine ganze Flut von einzelnen Sozialgesetzen und Verordnungen sollte der Arbeiterschaft der einzelnen Berufe den nötigen Schutz bringen. Aber alle diese Gesetze und Verordnungen blieben auf dem Papier. Sie wurden erst durchgeführt, als starke Arbeiterorganisationen ihre Durchführung erzwingen. Erst seitdem die Väter ihre Organisation ausgebaut haben, ist die Väterverordnung durchgeführt oder wenigstens teilweise durchgeführt worden. (Sehr wahr!) Während aller dieser Perioden hat die Regierung es an Grundgebungen ihrer

Arbeiterfeindlichkeit

niemals fehlen lassen. Von dem Kontraktbruchgesetz an, unmittelbar nach Gewährung der Koalitionsfreiheit, bis zum jüngsten Reichsvereinsgesetz hat die Regierung unter Bismarck, Hohenlohe, Adler, Reiche, Poladomsky und Wittmann-Hollweg nicht ein Jahrzehnt vorübergehen lassen, ohne ein gefährliches Attentat auf die Freiheit der Koalition. Am drastischsten zeigt sich die Arbeiterfeindlichkeit der Regierung in der Behandlung der Staatsarbeiter. Die Arbeiter der Post, der Eisenbahnen, der Reichswerken und der Gewerkschaften haben

überhaupt kein Koalitionsrecht.

Angewandt verlangt es ihnen der Staat im Interesse der Disziplin, in Wahrheit steht aber auch ein fiskalisches Interesse dahinter. Denn die Löhne der Staatsarbeiter steigen selbst in diesen Teuerungsjahren sehr wenig. Als im Reichstage im vorigen Jahre über die Teuerung verhandelt wurde, sagte der Finanzminister v. Rheinbaben, daß „sicherem Vernehmen nach“ auch die Löhne der Arbeiter um 10 Proz. gestiegen seien. Die Lohnlisten der 800 000 Staatsarbeiter führte er aber nicht als Beweis an. Dazu war er zu vorsichtig. (Heiterkeit.) Aber inzwischen hatte sich die deutsche Industrie mächtig entwickelt. 4918 Gesellschaften sind zurzeit in Deutschland tätig. Die elektrische, die chemische, die Eisenindustrie und der Bergbau stehen in der Weltproduktion technisch auf an erster Stelle, und die landwirtschaftliche Bevölkerung ist an Zahl längst von der industriellen übertrifft. Mit dieser Entwicklung gleichzeitig kamen die

Unternehmerverbände

in eine überaus rasche Entwicklung, nachdem das Reich ihnen durch die Organisation der Unternehmer in den Berufsvereinigungen vorgearbeiten hatte. Dadurch stieg auch der politische Einfluss der Unternehmerverbände ständig, und ihren Haupteinfluss verwenden sie darauf, den Arbeiterforderungen mit aller Gewalt entgegenzutreten. Was die Gesetzgebung den Arbeitern noch an Rechten ließ — und viel war das nicht —, das nahmen ihnen die Unternehmer durch ihre Wahrnehmungsbüros, durch ihre Wohlthaten und durch ihre

gelben Gewerkschaften,

die meist mit den Wohlthateneinrichtungen verbunden sind. Unbegrenzt wurde der Einfluss des Unternehmertums, als es sich zu Syndikaten und Trusts zusammenschloß. Da erfahrene selbst manche hützerliche Sozialpolitiker. Der Kapitalismus hatte sich ausgewachsen und machte sie schandern. Sie hatten das kleine Kästchen so nett gefunden und hatten jetzt den alten Kaiser. Aber die Trustbildung macht die energische Fortbildung der Sozialreform doppelt zu einer gebietenden Notwendigkeit. Denn jetzt steht der Arbeiter nicht mehr einem persönlichen Unternehmer gegenüber, sondern einer

fremden Großbank,

die nur den Profit steigern will. Durch sie ist es so weit gekommen, daß der relative Reichtum in den letzten zehn Jahren rapide gestiegen ist. In der rheinisch-westfälischen Groß-Eisenindustrie ist der Unternehmergewinn heute höher als der Arbeitslohn. (Hört! hört!) Redner beweist dies durch ausführliche statistische Darlegungen. Als Lohn für das friedliche Ertragen des letzten Zollwunders hat die Regierung der Arbeiterschaft die Witwen- und Waisenversicherung versprochen. Sie wird einen Betrag von 2 Pf. pro Woche und Kopf der Erwerbstätigen kosten. Aber diese Kosten dürfen und nicht scheuen. Wir müssen darüber hinaus, die Arbeitslosenversicherung und

die Mutterschaftsversicherung

fordern. Versichert werden müssen alle Arbeiter, d. h. alle ohne Ausnahme, die gegen Lohn oder Gehalt bei der Herstellung von Waren beschäftigt sind. An die Spitze unserer Forderungen habe ich

aber die volle Koalitionsfreiheit, die Begründung von Arbeitskammern, die Schaffung einer gesetzlichen Unterlage für die Kollektivverträge und ein einheitliches Arbeiterrecht gestellt. Zur Erfüllung dieser und anderer Forderungen muß die Arbeiterschaft selbst unermüdet vorwärtsdrängen. Die Wadsamkeit des Unternehmertums für seine Interessen kann ihr ein Vorbild sein. Was erit nur Klame war, das soll jetzt Ernst werden. Die Arbeiterschaft soll ihre ganze Kraft einsehen, um sich selbst ein Stück ernstlicher staatlicher Fürsorge zu erobern. (Lebhafte Beifall.)

Die Diskussion über diesen Punkt wurde auf Freitag vertagt.

5. Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

Im weiteren Verlauf der Dienstags-Sitzung ergänzte Rade-Stock-Dresden den Vorstandsbericht. Es wurde eine eigene Druckerei errichtet und die Abteilung für Versicherungswesen ausgebaut. Der Abschluß von Tarifverträgen gelang nicht mit allen Gewerkschaften, von denen Mitglieder in größerem Umfange in den Konsumvereinen tätig sind. Mit den Verbänden der Lagerhalter und der Handlungsgehilfen kam es zu keiner endgültigen Verständigung. Zum Schluß gedachte er der Tätigkeit des Sekretärs Kaufmann, der fürderhin als Dank für seine Dienste den Titel — „Generalsekretär“ bekommen soll.

Der zweite Vorsitzende, Herr Barth-München, legt dar, wie im Kampf gegen die Konsumvereine die Gegner die Staatsgewalt mobil zu machen suchen. Barth polemisiert dann gegen den Allgemeinen Verband, auf dessen Genossenschaftstag in Leipzig 1907 behauptet worden sei, die dem Zentralverbande angeschlossenen Konsumvereine unterstützten materiell die Sozialdemokratie. Redner schlägt dem Genossenschaftstag eine Resolution vor, die gegen diese Verdächtigungen in entschiedener Weise protestiert.

In der Diskussion ergreift nur Schmidt-Eberfeld das Wort, der sich gegen die Dekorierung Kaufmanns mit dem Titel „Generalsekretär“ wendet. Die von Barth vorgeschlagene Resolution, die auch schon auf den Unterverbandstagen zur Annahme kam, wird einstimmig angenommen.

Sekretär Kaufmann-Hamburg berichtet dann über die Entwicklung des Zentralverbandes im Jahre 1907 und begründet eine Resolution zur Versicherungsfrage, in der den Verbänden dringend empfohlen wird, alle Versicherungen gegen Unfall, Haftpflicht, Feuerschaden, Einbruch-Diebstahl, Glaschaden, Wasserleitungsschaden und dergl. durch die Verlagsanstalt bei den durch dieselbe empfohlenen Versicherungsgesellschaften abzuschließen. Ferner schlägt die Resolution vor, der Genossenschaftstag solle den Vorstand und Sekretär, als die Firmeninhaber der Verlagsanstalt, beauftragen, durch die Versicherungsabteilung der Verlagsanstalt eine organisatorische Behandlung der Versicherungen der Mitglieder der Konsumvereine gegen Feuergefahr in die Wege zu leiten. Den Verbänden wird dringend empfohlen, die dazu notwendige Beiträge zu leisten und mit Hilfe der von der Versicherungsabteilung der Verlagsanstalt zu schaffenden Organisation ihren Mitgliedern die Versicherung gegen Feuerschaden so bequem und billig wie möglich zu machen.

In der Diskussion meint Adam-Riel, die ewige Betonung der Neutralität sei höchst überflüssig.

Dann referierte Herr Ernst Scherling-Hamburg über:

„Das Bank- und Kassensystem der Konsumvereine.“

Zusammenschluß, Organisation und Konzentration seien die Kennzeichen des heutigen Wirtschaftslebens. Auf dem Gebiete der Warenproduktion seien genossenschaftliche Verbände geschaffen worden und auch auf dem Gebiete des Geldverkehrs dränge alles zur Konzentration. Redner geht dann auf die Geschichte der Genossenschaftsbewegung, die dieselbe Entwicklung mache, ein und bespricht dann ausführlich die Geschäftsverhältnisse bei der englischen Genossenschaftsbank. Dort würden die Gelder der Genossenschaftler wiederum für die Genossenschaften dienstbar gemacht und dies könne man auch in Deutschland zur Ausführung bringen. Die Großhandelsbank solle nun eine Bankabteilung gründen, der die englische Genossenschaftsbank Vorbildlich sein solle.

Es wird zu diesem Punkte eine Resolution angenommen, in der der Genossenschaftstag davon Kenntnis nimmt:

„daß die Großhandelsbank-Genossenschaft Deutscher Konsumvereine sich eine Bankabteilung anzugliedern beabsichtigt, um eine organisatorische Behandlung des Konsumgenossenschaftlichen Geldwesens herbeizuführen.“

Der Genossenschaftstag empfiehlt den Verbänden dringend, von dieser Einrichtung den ausgiebigsten Gebrauch zu machen, mit der Bankabteilung der Großhandelsbank-Genossenschaft in Konto-Korrentverkehr zu treten und überschüssige oder zeitweilig müßige Kassenbestände bei der Bankabteilung der G. E. G. zu hinterlegen. Das Ziel der Organisation des Bank- und Kassensystems der Konsumvereine muß die unbedingte Verzählung gegenüber den Lieferanten und die sichere und zugleich auch liquide Anlegung eines entsprechenden Teiles der von den Mitgliedern anvertrauten Spareinlagen sein.“

b. Elm-Hamburg erstattet nun den

Bericht über die Tätigkeit des Tarifamtes.

Er bespricht ausführlich die einzelnen Entscheidungen des Tarifamtes und geht dann auf die Diskussionen nach dem Düsseldorf Genossenschaftstag ein. Ueber die „schmutzigen, persönlichen Angriffe“ gegen ihn wolle er kein Wort verlieren, er müsse sich aber gegen die sachliche Polemik wenden. Die Bedenken gegen die Düsseldorf Resolution in den Tariffragen seien aus falschen Voraussetzungen entstanden; er könne heute noch nicht verstehen, daß man das alles aus der Resolution folgerte, wie es getan wurde. v. Elm polemisiert dann gegen den Vorstand der Handlungsgehilfen. Er erhebt gegen ihn den Vorwurf, daß seine Mitteilungen im Geschäftsbericht an die Generalversammlung über die Düsseldorf Verhandlungen nicht übereinstimmen, sie würden das Gegenteil bezeugen. Es sei nicht richtig, daß mit der Resolution eine Mauer gegen die Bestrebungen der Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufgerichtet worden sei. In einer ganzen Reihe Städte haben die Konsumvereine mit den Gewerkschaften Tarife abgeschlossen. 83 Proz. sämtlicher in Konsumvereinen beschäftigten Väter arbeiten bei tariffreien Vereinen; nämlich in 84 Konsumvereinen 1219 und in 68 nichttariffreien Vereinen nur 245 Arbeiter. Von 54 Konsumvereinen, die dem Zentralverbande nicht angehören, haben nur 6 mit 51 Arbeitern den Tarif anerkannt, während 48 mit 354 Arbeitern den Tarif nicht anerkennen. Man sehe also, wo der Zentralverband wirke, würden auch die Tarife durchgeführt werden. Deshalb müßten sie protestieren, daß die Konsumvereine die Absicht hätten, eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse der bei ihnen beschäftigten Arbeiter hintanzuhalten. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands habe nun gewünscht, daß der Genossenschaftstag eine Resolution in dieser Frage annehme, die die entsprechenden Mißverhältnisse beseitige. Der Zentralvorstand habe sich mit der Generalkommission auf folgende Resolution geeinigt:

„Daß der Beschluß des Düsseldorf Genossenschaftstages, wonach genossenschaftliche Lohn- und Arbeitstarife nicht auf solchen Prinzipien aufgebaut werden können, deren Durchführung bei den konkurrierenden Privatbetrieben noch in weiter Ferne liegt, nicht dahin aufzufassen ist, daß nunmehr den Forderungen der Gewerkschaften die Anerkennung seitens der Genossenschaften verweigert werden soll, solange sie nicht in dem größten Teil der Privatbetriebe zur Durchführung gelangt sind. Der Genossenschaftstag steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß es die Pflicht der Genossenschaften ist, soweit es in

ihren Kräften steht, in Bezug auf die Ausgestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Angestellten und Arbeiter vorbildlich zu sein.“

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine ist bereit, bezüglich des Abschlusses allgemeiner Lohn- und Arbeitstarife mit den Gewerkschaften und Berufsorganisationen der beteiligten Angestellten und Arbeiter in Verhandlungen zu treten.

Erweist sich der Abschluß eines Gesamtarifes für eine Branche der genossenschaftlichen Angestellten oder Arbeiter als verfrüht oder unmöglich, so steht dem Abschluß solcher Verträge an einzelnen Orten oder in einzelnen Bezirken nichts im Wege, wenn die bezüglichen örtlichen Tarifvorstellungen an die Genossenschaften nicht wesentlich über das hinausgehen, was an dem betreffenden Orte in der Gesamtbranche seitens der Gewerkschaften durchgeführt werden kann. Aus der etwaigen Ablehnung weitergehender Forderungen kann den Konsumvereinsverwaltungen kein Vorwurf gemacht werden.“

v. Elm empfiehlt die Annahme der Resolution; der Gewerkschaftskongress würde dann eine Resolution annehmen, die den Gewerkschaftlern zur Pflicht mache, mehr wie bisher für die Genossenschaftsbewegung einzutreten. Es läge im Interesse der Gewerkschaften als der Genossenschaften, daß zwischen beiden Teilen ein freundschaftliches Verhältnis herrsche. „Den Frieden um allen Preis wollen wir nicht, aber zu einem ehrlichen Frieden werden wir gerne die Hand reichen.“

Der Vertreter der Tabakarbeiter meint, die Annahme der Resolution in Düsseldorf sei unnötig gewesen. Die Konsumvereine müßten eine bessere Kontrolle über die Herstellung der Waren ausüben, damit diese nicht in Heimarbeit hergestellt würden.

Reinsdorf-Leipzig, Vertreter des Lagerhalterverbandes, gibt seiner Freude Ausdruck, daß die Düsseldorf Resolution heute rektifiziert werde. Er geht ausführlich auf die schwebenden Differenzen des Lagerhalterverbandes mit dem Zentralverbande ein.

Freitag-Leipzig spricht für den Bäckerverband. Die Genossenschaften müßten bezüglich der Arbeits- und Lohnverhältnisse vorbildlich sein. Der Passus, „soweit es in ihren Kräften steht“, in Absatz 2 der Resolution sei sehr dehnbar und man solle ihn streichen.

Elbert-Leipzig-Gutrich verteidigt das Verhalten seines Konsumvereins gegen den Bäckerverband. Die Genossenschaften hätten mit den Privatbetrieben zu rechnen.

Eberle-Barmen wendet sich gegen eine Entscheidung des Tarifamtes.

In seinem Schlussworte betont v. Elm gegenüber dem Vertreter des Lagerhalterverbandes, die Düsseldorf Resolution würde hochgehalten, sie solle durch die heutige Resolution nicht rektifiziert werden.

Die vorgeschlagene Resolution findet Annahme.

In der

Mittwoch-Sitzung

referierte Dr. A. Riehm-Wiesbaden über

„Die zunehmende Belastung der Konsumvereine durch Steuern aller Art.“

In einem längeren Referat begründete er folgende Resolution, die einstimmig Annahme fand:

„Die zum Fünften ordentlichen Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine am 22. bis 24. Juni 1908 in Eisenach versammelten Vertreter von 900 000 Genossenschaftlern erheben einmütigen lauten Protest gegen die steuerliche Ausnahmehandlung der Konsumvereine in fast allen deutschen Einzelstaaten.“

Die Gegner der Konsumvereine pflegen auf deren „Steuerfreiheit“ hinzuweisen, wenn sie Steuerlasten für dieselben begehren. Demgegenüber sei hier festzustellen, daß die 900 Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes im Jahre 1907 insgesamt 1,8 Millionen Mark Steuern zu zahlen hatten. Um solch hohe Summen werden alljährlich die Ersparnisse gemindert, die den fast durchweg unbemittelten Konsumvereinsmitgliedern aus der genossenschaftlichen Selbstversorgung ihres Bedarfs erwachsen.

Bedeutet schon die reguläre Besteuerung dieser Ersparnisse nach der Art des Geschäftsgewinnes der Erwerbsgenossenschaften eine Ausnahmebehandlung, so muß vollends ihre Konfiskation durch Sondersteuern wie diejenigen nach dem Warenumsatz als ein unerhörtes Unrecht gebremst werden. Vom Rechtsstandpunkt aus beurteilt, den der Staat auch gegenüber seinen armen Bürgern einnehmen muß, sind die Konsumvereinsfeindlichen Sondersteuern unvereinbar mit der bestehenden steuerlichen und gewerblichen Rechtsordnung. Sie sollen dem Konsumenten die Vorteile genossenschaftlicher Selbsthilfe schmälern und ihn dadurch veranlassen, sich wieder mehr der Hilfe entbehrlich gewordener Kleinhandlärer zu bedienen; also eine gewerbepolizeiliche Maßregel vieler Hunderttausender im Interesse einer kleinen Erwerbsgruppe, eine Bestrafung für sparsame Hauswirtschaft und friedliche Gegenwartsarbeit und eine Mißachtung des natürlichen Menschenrechts, der freien Konsumtion, das den Konsumenten selbst die Art und Weise seiner Bedarfsdeckung bestimmen läßt; doppelt verwerflich, weil gegen die genossenschaftlichen Anstrengungen gerade der wirtschaftlich Schwächste gerichtet zu einer Zeit, in der die auf Ausschaltung verzeuender Zwischenhändler abzielenden Genossenschaften der Landwirte, Handwerker und Kleinhandlärer vom Staate sogar mit Geldmitteln unterstützt werden.

Gegenüber so rücksichtsloser Konsumvereinsfeindlicher Macht- und Klassenpolitik appelliert der Genossenschaftstag an das Rechtsbewußtsein aller Volksgenossen. Sie mögen bedenken, daß beispielsweise notorisch armen Eulengebirgswebern in Preußen und jämmerlich entlohnten Heimarbeitern des sächsischen Erzgebirges durch Warenumsatzsteuern der 4. und 5. Teil ihrer sauer erparten Notgroschen fortgenommen worden ist, damit dem gewerbetreibenden Mittelstande davon Fachschulen errichtet, zinslose Darlehen gegeben oder, wie in Preußen, die Gewerbesteuern erlassen werden.

Den Opfern dieser Politik maßlosen Unrechts spricht der Genossenschaftstag seine tiefe Sympathie aus. Er bittet sie, die mit der teilweisen Enteignung genossenschaftlicher Ersparnisse verbundene niedrige Spekulation auf Untreue und Fahrlässigkeit durch gesteigerte Genossenschaftlichkeit und ausschließliche Inanspruchnahme des eigenen Unternehmens zu sühnen zu machen.

Angesichts der fortwährenden Verdröhung des Konsumvereinswesens durch die von seinen Gegnern stark beeinflusste Steuer-gesetzgebung der Einzelstaaten, hält der Genossenschaftstag die Konsumvereine im ganzen Reiche für verpflichtet, den auf-gewungenen Kampf um das Selbstverhältnis, aber ernstlich gefährdete Recht auf Existenz und Entwicklung mit aller Energie zu führen. Als geeignete Mittel dazu werden empfohlen die weitestgehende Verbreitung ausläsender Broschüren und Flugblätter, die Abhaltung öffentlicher Protestversammlungen, die Einreichung von Massenpetitionen an die Regierungen und Landtage sowie die Ueberwindungen orientierenden Materials an alle Landtagsabgeordneten, staatslichen und städtischen Behörden. Nur durch solidarischen, opferwilligen, rastlosen Abwehrkampf kann das Genossenschaftsrecht der wirtschaftlich Schwachen gegen die strapellosen Intrigen derer geschützt werden, die vom Staate zwar alle Freiheit für sich, aber Verdröhung für den Konsumenten heischen und sich nicht schämen, mit den konfiszierter Spargroschen meist armer Mitbürger „Sozialpolitik“ für den gewerblichen Mittelstand zu treiben.“

Den Bericht über die

Entwicklung der Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine

erstattete Sekretär Kaufmann-Hamburg. Die Unterstützungskasse gewährt den angeschlossenen Angestellten und Arbeitern der Konsumvereine im Falle der Erwerbsunfähigkeit, der Invalidität und des Alters Invaliden- und Alters- und deren Hinterbliebenen

Im Falle des Todes des Ernährers Witwen- und Waisenunterstützung. Im verfloffenen zweiten Geschäftsjahre der Unterstüßungsstelle hat sich die Mitgliederzahl nahezu verdoppelt, der Reibungsstand verdreifacht. Die Gesamtzahl der Mitglieder betrug Ende 1907 8114, der Vermögensbestand 404 448 M.

Hierauf gibt v. Elm den Ausschlußbericht; er beantragt Entlastung des Vorstandes. Der Genossenschaftstag stimmte dem Antrag zu.

Die Kassenabrechnung für 1907 wird genehmigt. Bei einem Kassenbestande von 4846,83 M. balanzieren die Einnahmen und Ausgaben mit 35 389,39 M. In Verbandsbeiträgen wurden 2541,56 M. vereinnahmt. Dem Voranschlag für 1908 und 1909 wird zugestimmt.

Dann werden die

Wahlen

vorgenommen. In den Vorstand werden Radestock - Dresden wiedergewählt und Lorenz - Hamburg gegen eine starke Minorität neugewählt. Die Minorität gab der Meinung Ausdruck, daß Hamburg zu stark im Vorstand vertreten sei. In den Ausschluß wurden wiedergewählt: Prof. Staudinger - Darmstadt, v. Elm - Hamburg und Pabbig - Juidau. In das Exekutivamt wurden Elm, Brinkmann - Harburg, Lorenz - Hamburg und Postel - Hamburg wiederum delegiert.

Zugestimmt wird noch ein Antrag des Vorstandes und Ausschusses: Zur Fortführung der Geschäfte des Internationalen Genossenschaftsbundes bis zum nächsten Internationalen Genossenschaftstages einen außerordentlichen jährlichen Beitrag von 1000 M. zu gewähren.

Damit sind die Arbeiten des fünften Genossenschaftstages erledigt. Vorsitzender Radestock schließt ihn mit einem kurzen Resümee.

Aus der Partei.

In händiger Mauerung.

Im Anschluß an die Bernstein'schen Schmerzen, die wir gestern aus den „Sozialistischen Monatsheften“ vor eine weitere Öffentlichkeit brachten, schreibt uns ein Parteigenosse:

Man könnte nachgerade eine Preisfrage daraus machen, was Bernstein eigentlich will? Ich glaube, niemand wird die Antwort darauf geben können, vielleicht nicht einmal er selber. Heute schreibt er, wie ich aus dem „Vorwärts“ ersehe:

„Wir mußten doch lange vorher, daß das Jahr 1908 eine Landtagswahl bringen würde. Und wir wußten auch, daß, wenn die plutokratische und die liberale Landtagsmehrheit gesprengt werden sollten, es beim Dreiklassenwahlrecht nur durch eine Verständigung mit dem Freisinn möglich war. Eine weitblickende Politik hätte danach ihre Sprache und Methoden einrichten müssen.“

Aber vor ganz kurzer Zeit hat er ja noch das gerade Gegenteil geschrieben! In Nr. 11 der „Soz. Monatshefte“, die das Datum des 28. Mai 1908 trägt, ist in einem Artikel von Bernstein über „Klassenpolitik und Gefühlsökonomie“ u. a. folgendes zu lesen:

„Parteilich richte der Bülbüchler jetzt seine Spitze in erster Linie gegen die Sozialdemokratie. . . . Wenn der Freisinn bisher in neun von zehn Fällen lieber einem Erzecktionär ins Parlament verhalf als einem Sozialdemokraten, so wird er das als Blatteil fortan in zehn von zehn Fällen tun. Das war als naturgemäße Folge seines Eintritts in den Bund vorauszu sehen, und die Antworten, die unsere Genossen in Breslau und anderwärts auf ihre Anfragen bezüglich gegenseitiger Unterstützung bei der Landtagswahl von den freisinnigen Wahlkomitees erhalten haben, haben es bis zum Ueberflusse bestätigt. . . . Auch im Parlament selbst ist eine qualitative Veränderung des Freisinn mit Notwendigkeit eingetreten. . . . Der Freisinn wird sich bei Wahlen noch bewilligungsfreudiger zeigen als bisher, und ebenso wird er der Regierung in Steuerfragen ein Stück weiter entgegenkommen, und zum guten Ende ihr selbst Verbrauchsteuern bewilligen. . . . Das ergibt sich mit ebenso großer Notwendigkeit aus seiner Stellung zur jetzigen Regierung, wie sein Verhalten in der Frage des Reichsvereinsgesetzes.“

Auf diese Weise werden der Bloß und der Freisinn im Bloß weiter arbeiten. . . . Nicht zum wenigsten wird sich das zeigen, wenn die Aenderung des Wahlrechts auf der Tagesordnung steht. Das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ist dabei außer Frage. Mit Ausnahme von etwa einem halben Dutzend Leuten ist den Bloßfreisinnigen das demokratische Wahlrecht bestenfalls ein theoretisches Ideal, das ihnen zu hoch steht, um sich feinetwegen in Anfohlen zu fügen. Es geht ihnen mit ihm, wie Faust mit den Sakramenten der Kirche. Sie ehren es — aber ohne Verlangen.“

Also vor drei bis vier Wochen noch wußte Bernstein ganz gut, daß in Sachen des Wahlrechts auf die Freisinnigen „mit Ausnahme von etwa einem halben Dutzend Leuten“ in keiner Weise Verlaß ist, und heute meint er, wir hätten unsere Politik zwecks Befestigung des Dreiklassenwahlrechts auf eine Verständigung mit dem Freisinn einrichten müssen! Vor drei Wochen noch wußte er, daß der Freisinn „in zehn von zehn Fällen“ lieber dem ärgsten Reaktionsar als einem Sozialdemokraten ins Parlament verhalfen würde, und heute sollen wir zwecks Sprengung der reaktionären Landtagsmehrheit Verständigung mit dem Freisinn suchen! Verständigung mit jemandem, der gerade das nicht will, was durch die Verständigung erreicht werden soll!

Kann ein Mann, der so innerhalb kürzester Frist seine eigene Ansicht hin und hermauert, im Ernste verlangen, daß die Partei diesen Wechsellager mitmachen soll?

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Könauer Justiz und Reichsverband.

Hamburg, 25. Juni.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Das Landgericht Könau als Berufungsinanz in einer Privatklage eines Vorstandsmitgliedes des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie verurteilte heute den Genossen Wabersky vom Hamburger „Echo“ zu drei Monaten Gefängnis und die Genossen Petersson und Rossigly zu je 300 Mark Geldstrafe. Die erste Instanz hatte auf je 50 M. Geldstrafe erkannt.

Soziales.

Welche Kündigungsfrist tritt in Kraft, wenn ein Handlungsgehilfe als Gewerbegehilfe angestellt worden ist?

In bezug auf diese Rechtsfrage traf am Mittwoch die erste Kammer des Kaufmannsgerichts eine nicht zutreffende Entscheidung. Bei der Zweispaltigkeit mancher Stellungen kommt es häufig vor, daß Prinzipale eine Arbeitskraft in gutem Glauben als Gewerbegehilfen einstellen, während ihn hernach die Kaufmannsgerichte als kaufmännischen Angestellten erachten. In diesen Fällen nehmen die Obliegenden mit Recht die sechs wöchentliche Kündigungsfrist vor dem Quartal für sich in Anspruch. Dies ist auch der Kläger H., der zuerst als Adressenschieber bei der Biocitinsfabrik eintrat, dessen Tätigkeit aber später dadurch erweitert wurde, daß er Formulare ausfüllte, Listen führte und andere Kontorarbeiten verrichten mußte. Er war mit einem Tageslohn von drei Mark eingestellt worden, auch wurde tägliche Kündigung vereinbart. Als die Firma von dieser Vereinbarung Gebrauch machte, nahm Kläger die Kündigung nicht an und erhob Anspruch auf Gehalt

bis Ablauf des Quartals, da er zuletzt nicht gewerblich, sondern kaufmännisch tätig gewesen sei.

Das Kaufmannsgericht erachtete den Kläger nach eingehender Prüfung seiner Tätigkeit für einen Handlungsgehilfen, machte sich aber dahin schlüssig, daß ihm nur das Gehalt für einen Monat zuzusprechen sei. Da der Kläger als Gewerbegehilfe mit der kürzesten Kündigungsfrist engagiert war, so war anzunehmen, daß ihn die Beklagte auch als Handlungsgehilfen mit keiner längeren Kündigungsfrist angestellt hätte, als der fürsten, die in diesem Fall gesetzlich zulässig ist; nämlich der monatlichen.

Diese Entscheidung des Kaufmannsgerichts ist ein bedauerlicher, zuungunsten der Handlungsgehilfen erfolgter Verstoß gegen das Gesetz. Jahrzehntlang hat die Sozialdemokratie gegen die Ausbeutung der wirtschaftlichen Abhängigkeit des Angestellten und Gewerbegehilfen gekämpft, daß der Prinzipal für sich das Recht in Anspruch nehme, jederzeit zu entlassen oder eine kurze Kündigungsfrist zu vereinbaren, dem Angestellten aber die Innehaltung einer längeren Kündigungsfrist vorzuschreiben. Endlich gelang es, zuerst in der Gewerbeordnung, dann im Handelsgesetzbuch, den Grundsatze durchzusetzen, daß von der gesetzlichen Kündigungsfrist abweichende Kündigungsfristen gleich sein müssen. Im Handelsgesetzbuch, § 67, ist außerdem vorgeschrieben, daß die Kündigungsfrist nicht weniger als einen Monat betragen darf, und ausdrücklich betont: „Eine Vereinbarung, die diesen Vorschriften zuwiderläuft, ist nichtig.“ Wühin war die auf tägliche Kündigung festgesetzte Vereinbarung nichtig, und an ihre Stelle trat die für den Mangel einer Abrede festgelegte sechs wöchentliche, zum Quartalsersten. Willkürlich und gegen das Gesetz legt die Entscheidung des Kaufmannsgerichts an Stelle der Richtigkeit eine nicht getroffene, an sich zulässige, dem Handlungsgehilfen ungünstige Vereinbarung einer Monatsfrist. Ein ähnlicher Verstoß eines gelehrten Gerichts gegen das klarliegende Recht der Handlungsgehilfen ist uns nicht bekannt.

In Lychen ist es immer so gewesen.

In Lychen entspricht die Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung nicht den Bestimmungen der Städteordnung. Die dortige Stadtverordnetenversammlung besteht aus zwölf Stadtverordneten. Von diesen entfallen aber nicht je vier auf jede der drei Abteilungen, sondern der ersten und dritten Abteilung gehören je drei, der zweiten sechs Stadtverordnete an. Als im Jahre 1907 zwei Stadtverordnete der zweiten Abteilung ausgeschieden, ließ der dortige Magistrat zwei Neuwahlen wiederum für die zweite Abteilung vornehmen. Unsere Genossen forderten die Wahl dieser Stadtverordneten an. In der Begründung wiesen sie darauf hin, daß Lychen nach der letzten Volkszählung 2660 Einwohner habe und infolgedessen achtzehn Stadtverordnete haben müsse, und daß nach der Städteordnung jede Abteilung ein Drittel der Stadtverordneten zu stellen hat, so daß nach dem Ausscheiden der zwei Mitglieder der zweiten Abteilung im Jahre 1907 die ergänzungsweise zu wählenden Mitglieder auf die erste und dritte Abteilung hätten verteilt werden müssen.

Die Stadtverordnetenversammlung in Lychen wies den Einspruch unserer Genossen zurück. Der Einspruch sei unbedeutend; denn „es sei in Lychen immer so gewesen“. Mit derselben Begründung stellten sie auch den Antrag auf lösenpflichtige Abweisung bei dem Bezirksausschuß zu Potsdam, bei dem unsere Genossen Klage erhoben hatten, über die dieser Tage entschieden wurde.

Der Bezirksausschuß vermochte sich der eigenartigen Rechtfertigung, die die Lychener Stadtverordnetenversammlung für ihre falsche Entscheidung anführten, nicht anzuschließen. Er hielt es vielmehr mit unseren Genossen dafür, daß es auch in Lychen nie so hätte sein sollen. Die unterlassene Erhöhung der Stadtverordnetenanzahl führe allerdings die Ungültigkeit der Wahlen nicht herbei, zumal nach § 12 Absatz 3 der Städteordnung eine Abweichung von der Regel des Absatz 1 desselben Paragraphen zulasse. Durchaus berechtigt sei aber nach §§ 13, 18 und 21 der Städteordnung der gegen den Mangel einer Dreiteilung erhobene Vorwurf. Die Klage sei daher berechtigt. Demgemäß erklärte der Bezirksausschuß die vollzogenen Wahlen für ungültig. Außerdem wurden der Stadt die sämtlichen Kosten des Verfahrens auferlegt.

Werkwürdig ist es immerhin, daß die Aufsichtsbehörde diese Art der Dreiteilung nie bemerkt oder doch nie bemängelt hat.

Aus Industrie und Handel.

Wo der Segen bleibt.

Der Bericht der Handelskammer für den Amtsbezirk Pforzheim für das Jahr 1907 enthält eine Tabelle über die Anzahl der Steuerpflichtigen im Handelskammerbezirk.

Wir geben nachstehend die Tabelle wieder und zwar mit noch einer kleinen Erweiterung, die die Zunahme resp. Abnahme in den einzelnen Steuerstufen nach Prozenten angibt.

Anzahl der Steuerpflichtigen mit Einkommen von	Zunahme + oder Abnahme — in 1907/08 gegen		
	1906/1905	1907/1906	1908/1907 in Proz.
M. 900—1000	1507	1580	13,82
1000—1500	4978	5319	10,67
1500—2000	2661	2993	11,21
2000—3000	2204	2517	11,42
3000—5000	1173	1296	11,05
5000—10000	688	776	11,28
10000—15000	159	172	10,70
15000—20000	88	101	11,48
20000—30000	49	81	16,53
30000—50000	41	49	11,95
50000—100000	16	27	168,75
100 000 u. mehr	11	13	18,18
Zusammen	13553	14904	11,00

Die unterste Steuerstufe zeigt eine Abnahme der Steuerpflichtigen. Demnach ist die Zahl derjenigen, die aus der Stufe von unter 900 M. in die höhere hinaufstiegen, geringer gewesen, als die der aus dieser in die noch höheren hinaufgestiegenen. Relativ am kräftigsten zugenommen haben die Stufen von über 2000 M., die allerkräftigste Steigerung sehen wir bei den Einkommen von über 10 000 M. Setzt man den Mittelweg als Durchschnitt ein (für die 2. Stufe von unten 1250 M., für die 2. Stufe von oben 75 000 M.), dann ergibt sich folgendes interessante Resultat: Die Steuerpflichtigen der zweitobersten Stufe erfreuen sich eines Wehereinkommens von 1 500 000 M., das Gesamteinkommen der Steuerpflichtigen der zweituntersten Stufe ist aber nur von 780 250 M. gestiegen. Dabei ist die Zahl der Steuerpflichtigen in der oberen Stufe nur um 20, in der unteren Stufe jedoch um 629 gestiegen. Bleibt man bei der Durchschnittsberechnung, dann ergibt sich weiter, daß die Steuerpflichtigen mit Einkommen von 900 bis 5000 M. sich um 200% vermehrt haben, was ein Einkommen von rund 5 Millionen Mark ausmacht; die oberen Steuerstufen von 5000 M. an aufwärts weisen eine Zunahme der Personen von nur 488 auf, aber das macht ein Einkommen von 4 1/2 Millionen Mark aus.

Der Krise macht. Der amerikanische Stahltrust, der größte der industriellen Welttriesten, hat nunmehr doch die Preise herabsetzen müssen. Er, der mit seiner Kartellorganisation den fünften Teil der

Eisen-Weltproduktion beherrscht und sich einbildete, das Gesetz von Angebot und Nachfrage dauernd umgehen zu können, mußte sich ihm nunmehr beugen. Die ökonomische Immatur der Kartellbildung, zumal im Moment einer rückläufigen Konjunkturbeuge, läßt sich nicht berechnen. Wenn auch diese mächtige Organisation fast zwei Drittel der amerikanischen Eisenerzeugung besorgt, so mußte sie doch — mit dem dritten Drittel, den Duffidern, rechnen, die nicht die Möglichkeit einer Produktionsbeschränkung haben und verlaßt werden müssen, um ihren Betrieb überhaupt aufrechtzuerhalten. Die Hochkonjunktur hat natürlich alle, auch die kleinen Unternehmungen, vorwärts getrieben; die Krise zwingt diese und damit schließlich auch die Riesen des Stahltrusts zur Kapitulation.

Gerichts-Zeitung.

Der Lustmord auf dem Tempelhofer Felde.

Wegen Mordes hatte sich gestern der Produzenthändler Max Sander vor dem Schwurgericht des Landgerichts II zu verantworten.

Am frühen Morgen des 7. Januar d. J. gegen 7 Uhr bemerkte ein Arbeiter etwa 300 Schritte von dem Steuerhause auf dem Tempelhofer Felde entfernt einen menschlichen Körper liegen. Als er näher trat, machte er eine grausige Entdeckung; eine ältere Frauensperson lag tot auf dem Erdboden. Alle Anzeichen deuteten auf einen Lustmord hin. Die Leiche lag auf dem Rücken mit einem starken Anhebel in dem Munde, entblößter Brust, an der Schwunden sichtbar waren, weit gespreizten Beinen und zerrissenen Strümpfen an den Füßen. Zwischen den Beinen lag die noch halbgefüllte Schnapsflasche. Die Kleider sowie die Wäsche waren der Toten vom Oberkörper gerissen und hingen in Fetzen herunter. Der ganze Oberkörper war entblößt und wies an verschiedenen Stellen Biss- und Kratzwunden auf. Der Arbeiter erstattete sofort Anzeige bei der Kriminalpolizei. Die Leiche wurde bald als eine in der dortigen Gegend sehr bekannte „Pennschweester“, die am 9. Juli 1867 zu Breslau geborene geschiedene Frau Antoinette Gläser, geb. Wilhelm, rekonnoziert. Die Ermordete gehörte zu jenen unglücklichen Geschöpfen, die ohne Erbtag, dem Blind und Welter preisgegeben, ihr elendes Dasein fristen. Die Gläser hatte, wie sich bald ergab, einmals bessere Tage gesehen, und eine furchtbare Tragik lag dem Schicksal der so tief Gesunkenen zugrunde. Eine frühere Gesellschafterin der Ermordeten brachte die Aufklärung; die Tote war einstmals sehr vermögend und hatte weite Reisen durch viele Länder unternommen. Sie hatte sehr reiche Verwandte, so u. a. einen katholischen Geistlichen in Schlesien, ferner einen Onkel, von dem sie beträchtliche Summen geerbt hatte. Schließlich hatte sie sich mit einem Ingenieur verheiratet, nachdem sie vorher schon mit einem bekannten Berliner Bankier verlobt gewesen war. Schwere Schicksalsschläge — u. a. war sie von ihrem Gatten verlassen worden — brachten die Ermordete schließlich so weit herunter, daß sie zur Pennschweester wurde. Die Ermittlungen lenkten schließlich den Verdacht der Täterschaft auf den Angeklagten, der damals in der Jahnstraße in Rixdorf wohnte. Er wurde am 29. Januar festgenommen. Er gibt, wie behauptet wird, als der gefürchtete Jubalier vom Tempelhofer Felde, er soll auch der Jubalier seiner eigenen Ehefrau gewesen sein. Eine jetzt als Jungfrau geladene Frauensperson traf ihn am Abend auf dem Felde, wohin ihr Bruder gefolgt war. Er sagte, er habe es draußen satt, er wolle wieder „hinein“ und wenn er ein schweres Verbrechen begehen müßte. Bei der Abdulktion der Leiche ergab sich u. a. ein sehr wichtiges Belastungsmoment gegen den Angeklagten: Wunden in der linken Brust, die zum Teil durch die Haut gehen, weisen auf ganz charakteristische Zahnwunden im Oberkiefer hin. Ganz gleiche Zahnwunden wies bei einer Untersuchung des Angeklagten dessen Oberkiefer auf. Hierzu kommen noch verschiedene andere Belastungsmomente.

Die Anklage lautet auf Mord, Notzucht in drei Fällen, schwere Zuhälterei (gegen die Ehefrau), wiederholten Rückfalldiebstahl, schweren Raub und gefährliche Körperverletzung.

Die Vernehmung des Angeklagten ergibt folgendes: Er ist am 12. Juli 1870 in Berlin geboren und verheiratet. Zuletzt war er in der Jahnstraße wohnhaft. Er ist wegen epileptischer Anfälle aus dem Heeresdienste entlassen worden, nachdem er 13 Monate bei dem 15. Infanterieregiment in Graudenz gedient hatte. Wegen seiner Epilepsie ist der Angeklagte auch schon in der Irrenanstalt Wuhlgarten interniert gewesen. Als 13jähriger Junge wurde Sander schon das erste Mal wegen Diebstahls bestraft. Sein Strafregister weist jetzt 14 verschiedene Vorstrafen wegen Diebstahls, Beleidigung, Bedrohung, Widerstandes und Körperverletzung auf. Insgesamt hat er über vier Jahre in den Strafanstalten zugebracht.

Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses stellt Staatsanwaltschaftsrat R u d r y den Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Sch u e i d e r, verhandelte darauf den Beschluß, die Öffentlichkeit auszuschließen, da in der Verhandlung die allergeringsten Dinge zur Sprache gebracht werden müßten, die man sich scheue, selbst hinter verschlossenen Türen in Erwähnung zu bringen.

Die Öffentlichkeit ist somit für die ganze Dauer des Prozesses ausgeschlossen, für welchen zwei Verhandlungstage angelegt worden sind.

Die blutige Ehestragödie

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I gegen den Pferdeshändler Georg Weder wegen Tötung seiner Ehefrau, Beschleissung und Konkursvergehen ist nach zweitägiger Dauer zu Ende geführt worden. Die Geschworenen verneinten die Schuldfragen nach Totschlag, bejahten aber die Schuldfragen nach Unterrückung und Konkursvergehen. Staatsanwaltschaftsrat P a n n i n g beantragte 1 Jahr und 3 Monate Zuchthaus. Der Gerichtshof erkannte auf 1 Jahr 6 Monate und 2 Wochen Zuchthaus und 2 Jahre Ehrverlust. Auf die erkannte Strafe wurden 6 Monate und 2 Wochen als durch die erlittene Untersuchungshaft verbüßt angesehen.

Übermals ein Mollitorprozeß.

Vor dem Karlsruher Landgericht gelangte gestern die Anklage gegen den Schriftsteller Dr. Paul Lindau wegen angeblicher Beleidigung der Schwägerin des wegen Mordes zum Tode verurteilten Rechtsanwalts Hau zur Verhandlung. Infrimiert sind Artikel in der „Wiener Neuen freien Presse“, in denen Lindau seiner Ansicht Ausdruck gab, Hau sei nicht schuldig und seine Schwägerin habe in einem Liebesverhältnis zu ihm gestanden, dies aber bei der Zeugenernehmung verweigert. Der Vertreter des Frankfurter Mollitor, Rechtsanwalt Dr. v. P a n n i n g, machte folgenden Vergleichsvorschlag:

„Durch einseitige und nicht genügend zuverlässige Informationen irrtgeleitet, war ich mir bei der Abfassung der infrimierten Artikel des beleidigenden Charakters derselben nicht bewußt. Durch die Kartellträger Oberstleutnant Padelin und Oberleutnant Mollitor, besonders aber auch durch das Beweisergebnis im Prozeß Herzog entsprechend aufgeklärt, nehme ich nunmehr die in den infrimierten Artikeln enthaltenen Beleidigungen gegen Fräulein Olga Mollitor unter dem Ausdruck des Bedauerns zurück und bitte Fräulein Olga Mollitor um Entschuldigung.“

Der Vergleichsvorschlag wurde angenommen.

Amlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Starke Zufuhr, schlappendes Geschäft, Preise für Schweinefleisch anziehend, für sonstige Fleischsorten unverändert. Wild: Bekleidende Zufuhr, ziemlich lebhaftes Geschäft, wenig veränderte Preise. Geflügel: Geringe Zufuhr, gedrücktes Geschäft, Preise nachgebend. Fische: Mäßige Zufuhr, ruhiges Geschäft, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Ruhiges Geschäft, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Lebhaftes Geschäft, besonders in Erdbeeren, lebhaftes Geschäft, Preise behauptet.

Werbt für den Ahtuhr-Ladenschluß?

Bis zum 30. Juni haben die Inhaber offener Geschäfte Gelegenheit, ihre Stimme für den Ahtuhr-Ladenschluß abzugeben. Die Parteigenossinnen und die Parteigenossen können zu der Erreichung dieses Zieles viel beitragen, indem sie die Ladeninhaber zu veranlassen suchen, für den Ahtuhr-Ladenschluß (Sonnabend ausgenommen) zu stimmen.

Genossinnen und Genossen! Tut, was in Euren Kräften steht, um einer großen Klasse der Bevölkerung eine Stunde Ruhe mehr zu schaffen! Werbt für den Ahtuhr-Ladenschluß!

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Sonntag, den 28. Juni, findet ein Ausflug mit Familie nach Richterhorn bei Grünau (Inhaber Mohr) statt. Treffpunkt daselbst von früh 10 Uhr an.

Das diesjährige Sommerfest findet am Montag, den 13. Juli, in der „Neuen Welt“ statt. Der Vorstand.

Achtung, 4. Wahlkreis! Am Montag, den 29. Juni, findet um 7 Uhr von den bekannten Stellen des Landshäger Viertels eine Handzettelverbreitung statt.

Des weiteren gehen wir noch bekannt, daß das Sommerfest auch in den auf den Plakaten und Billetern verzeichneten Lokalen auch noch bei Keller, Inhaber Freyer, Koppenstraße 29, im Garten und in den Sälen stattfindet. Die Art der Unterhaltung ist in diesem Lokal ähnlich der in den anderen Lokalen geboten.

Schöneberg. Parteigenossen! Am Sonntag, den 28. d. M., bezieht der Wahlverein sein 18. Stiftungsfest in den Sälen und Garten des Genossen L. Großer, Meiningen Straße 8. Die Musik unter der Leitung des Dirigenten F. Hoffelder, die Mitwirkung der Arbeitervereine rote Kette, der Radfahrer und Turner, sowie der Volkshumoristen Walze gewähren einige genutzreiche Stunden. Da voraussichtlich die Parteigenossen mit ihren Familien zahlreich erscheinen werden, so ist es angebracht, dies zeitig zu tun. Die Kasse zum Kaffeeloch ist von 2 Uhr ab geöffnet. Bei dem geringen Eintrittsgeld von 20 Pf. ist es jedem Genossen möglich gemacht, zu erscheinen. Darum, Arbeiter, besucht Euer Fest. Der Vorstand.

Wahlverein Vorhagen-Nummelsburg. Sonntag, den 28. Juni 1908, findet in Wm. Schönert's Lokal, „Neu-Seeland“, unser Sommerfest statt. Da das Programm reichhaltig und gut ist, erfordern wir um regen Besuch. (Siehe Sonntags-Annonce.)

Friedrichshagen. Den Genossen zur Kenntnis, daß die Ausgabe der Bücher am Sonntag, den 28. Juni, vormittags von 10 bis 11 Uhr stattfindet. Die Genossen, welche am Sonnabend keine Bücher erhielten, werden ersucht, am Sonntag zu erscheinen. Die Bibliothekskommission.

Mahlsdorf a. Ostbahn. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet am Sonnabend, den 27. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Linke, Grunowstraße, statt. Tagesordnung: 1. Berichte, 2. Wahl eines Kassierers und zweier Beisitzer, 3. Nachträge von den Landtagswahlen, 4. Verschiedenes. Die Parteigenossen werden aufmerksamer gemacht, daß besondere Einladungen nicht mehr ergehen. Der Vorstand.

Schenkendorf bei Königs-Wusterhausen. Der Wahlverein für Schenkendorf und Umgebung hält Sonnabend, den 27. Juni, abends 8 Uhr seine Mitgliederversammlung im Lokale von Otto Rätzsch ab. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Kurt Heinig über den Anfall der Landtagswahlen und das neue Vereinsgesetz, 2. Diskussion, 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Da die Versammlung der Parteigenossinnen ausfällt, werden dieselben ersucht, zahlreich zu erscheinen. Auch Gäste haben Zutritt.

Mahlsdorf (Bezirk Nieder-Schönhausen). Am Sonntag, den 28. Juni, nachmittags 4 Uhr, findet im Gasthof „Zur Sonne“ (Inh. A. Wärsch) die fällige Wahlvereinsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht der Gemeindevorsteher, 2. Vereinsangelegenheiten, 3. Verschiedenes.

Berliner Nachrichten.

Rechtzeitige Kündigung der Wohnungen!

Wann muß spätestens gekündigt werden? Ist in einem Mietvertrage als Kündigungsfrist drei Monate und drei Tage vereinbart, so muß die Kündigung spätestens am 27. Juni dem Wirt zugegangen sein, um rechtzeitig zu sein. Die Abfindung am 27. Juni genügt also nicht, wenn der Brief nicht auch am 27. dem Wirt zugegangen ist. Ist in dem Vertrage drei Monate als Frist vereinbart, so muß die Kündigung spätestens am 30. Juni dem Wirt zugegangen sein. Ist im Vertrage nichts über die Kündigungsfrist vereinbart, so ist eine am 3. Juli dem Wirt erklärte Kündigung rechtzeitig. Die angegebenen Fristen gelten auch dann als innegehalten, wenn der Wirt die Annahme an dem betreffenden Tage (27., 30. Juni, 3. Juli) ablehnt, zum Beispiel, weil auf dem Briefe der Absender nicht angegeben sei, oder weil er einen frankierten (eingeschriebenen oder nicht eingeschriebenen) Brief nicht annehmen will, oder weil er nur bis 6 Uhr abends Briefe annimmt, oder wenn der Brief rechtzeitig eingelaufen war, der Wirt aber erst an einem späteren Tage Kenntnis von dem Briefe genommen hat, oder wenn der Wirt verreist, ohne für einen Vertreter zu sorgen, dem der Brief abgegeben werden kann oder dergleichen, kurz: in allen Fällen, in denen durch Schuld des Vermieters die Kündigung überhaupt nicht oder verspätet zur Kenntnis des Vermieters gelangt, gilt die Frist als gewahrt, ist also die Kündigung rechtzeitig. Was gegenüber dem Wirt nach dieser Richtung hin rechtens ist, gilt auch gegenüber dem Mieter, dem gekündigt wird.

Lindenblüte. Längst verblüht sind die Fliedersträucher und Rosen, und in dem dunklen Laub dieser Bäume reifen die gelblichen, stachelbekleideten Früchte heran. Die weichen Blütentrauben der Azaleen und die aufgerichteten Schirmeltdolden des Hollarbusches sind im Verblühen, und nun ist die Zeit der Linden gekommen. Fast alle unsere Lindenbäume, soweit sie angepflanzt sind, gehören jener Art an, die den Namen „Sommerlinde“ führt. Die aus zwei bis fünf Blüten zusammengesetzten Blütensträußen hängen senkrecht herab. Am gemeinsamen langen Stiel ist bis zur Hälfte der Länge nach ein schmales, zungenförmiges Blatt angehängt. Reifen die kleinen Früchte, so reißt das ganze sich vom Aste los und die erwähnten Blätter dienen dann als Segel, mit deren Hilfe der Wind die Samen verstreut. Später, als die Sommerlinde, blüht die Winter-

linde, die trockeneren Boden vorzieht und deren Blüten etwas aufgerichtet sind. Allen Linden gemeinsam ist die schöne, oben gewölbte Krone, die ihnen auch im entblätterten Zustande im Winter die eigene, weithin kenntliche Tracht verleiht, solange die Bäume nicht im hohen Alter schon gelitten und ihre Form verändert haben. Denn die Linde erreicht unter allen unseren Bäumen das höchste Alter. Man zeigt in Deutschland Exemplare, die bis zu 1230 Jahre alt werden sollen, und im Dorfe Zühlendorf an der Berlin-Liebenwalder Bahn steht im Garten einer Gastwirtschaft ein Prachtexemplar, dem immerhin achthundert Jahre zugeschrieben werden. Daß die Linde so alt wird, hat sie ihrer ausgezeichneten inneren und äußeren Organisation zu verdanken. Ihre sehr starken Wurzeln greifen weit und tief aus und im Gegensaße zu vielen anderen Waldbäumen hat sie fast gar keine Feinde, die ihr ins Mark dringen. Dafür hat sie auf der anderen Seite dennoch weiches Holz, so daß sie in technischer Hinsicht nicht gerade geschätzt wird. Das hat unsere Vorfahren nicht abgehalten, sie heilig zu halten und stets im Schatten ihrer mächtigen Kronen ihre öffentlichen Angelegenheiten zu beraten. Wer die prächtigen Linden auf dem Leipziger Platz betrachtet, wird sich des Eindruckes dieser Baumgestalten, der sich aus Kraft und Geschmeidigkeit mischt, nicht erwehren können. Die vielbesungenen Dorflinden haben hier Schwestern stehen, die auch im atemlosen Betriebe der Großstadt noch mit Ehren bestehen und jedem Vorübergehenden bewundernde Blicke abnötigen.

Die Große Berliner wirt um die Gunst der Vororte. Während in früheren Jahren die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft die Verkehrsverhältnisse der Vororte nur wenig berücksichtigte, werden, seitdem der Gedanke des Zweiverbandes Groß-Berlin aufgetaucht ist, die einzelnen Gemeinden von der Straßenbahnverwaltung förmlich umworben. Die Gesellschaft entsendet in die kleinsten Grundbesitzervereine ihre Vertreter, um die Wünsche der Interessenten der verschiedenen Gegenden zu erfahren und beiseite zu bringen. Die Gemeindevorstände gegenüber der größten Zuversichtlichkeit. Das geschieht alles nur, um möglichst zahlreiche Vororte zu veranlassen, mit der Straßenbahn-Gesellschaft einen 99jährigen Vertrag zu schließen und das Projekt der Uebernahme der Straßenbahn durch die Stadt Berlin zu erschweren.

Recht bezeichnend für die gegenwärtigen Verhältnisse sind die Verhandlungen, welche zurzeit zwischen der Straßenbahn-Gesellschaft und den Vorortgemeinden Reinickendorf und Wittenau-Vorstadt stattfinden. Seit bald einem Jahrzehnt ist die Gemeinde Reinickendorf, räumlich der größte Vorort Berlins benachteiligt, die Große Berliner zu veranlassen, ihre Ostteile Ost und West durch eine Straßenbahnlinie zu verbinden, doch die Straßenbahn-Gesellschaft lehnt es immer wieder ab. Seitdem der Bürgermeister von Reinickendorf sich an den Verhandlungen wegen Schaffung des Verkehrsverbandes teilgenommen hat, ist dies anders geworden. Die „Große“ erklärte sich „im Prinzip“ nicht abgeneigt, eine Linie vom Rathaus Reinickendorf (Ostortsteil) nach dem Westen bis Wittenau zu bauen und forderte „nur“ 250 000 M. als einmalige Bau- und Betriebsbeihilfe. In den darauf eingeleiteten Verhandlungen mit den Gemeindevorständen beider Orte, ließ sich die Gesellschaft nicht allein von der Notwendigkeit der genannten Verbindung überzeugen, sondern ermächtigte ihre Forderung auch um nicht weniger als 100 000 M. Nur 150 000 verlangt sie jetzt von den beiden Gemeinden, wofür sie ihr die Konzession auf 90 Jahre erteilen. Da ein großer Teil der Gemeindevorsteher den Plan durchsahnte und nicht darauf einging, wurde die Große Berliner noch bescheidener und erklärte sich mit der Konzession bis 1950 begnügen zu wollen. Um diesen Punkt dreht sich augenblicklich die Verhandlung und da man in den Vororten noch nicht weiß, was aus dem geplanten Verkehrsverbände wird, so besteht die Gefahr, daß, falls der Berliner Magistrat die Frage nicht beschleunigt, die einzelnen Vorortgemeinden Sonderabmachungen mit der „Großen Berliner“ treffen. Hoffentlich sind die Gemeinden rechtzeitig genug, durch augenblickliche Gewährung einiger Vorteile durch die Große Berliner sich nicht in die Hände dieser tückischen Gewerdegewalt zu begeben.

Die Betriebsaufnahme der städtischen Straßenbahnen wird, wie nunmehr endgültig festgelegt worden ist, am Mittwoch, den 1. Juli erfolgen. Von diesem Tage ab werden die beiden Nordlinien, statt vom Wallenplatz, vorläufig von der Elbingerstraße Ecke der Landshäger Allee nach dem Rudolph-Virchow-Krankenhaus resp. Steinitzer Bahnhof verkehren. Inzwischen werden die bereits angefertigten Straßenbahnwagen zu täglichen Versuchs- und Übungsfahrten benutzt. Die städtischen Straßenbahnwagen haben eine gelbe Grundfarbe und ähneln in ihrer Bauart den Wagen der Siemens u. Halske-Bahn der Linie Mittelstraße-Rantow. An den Wagenkästen zieht sich die Aufschrift „Straßenbahn der Stadt Berlin“ entlang, über welcher das Stadtwappen, der Wirt im weichen Felde, angebracht ist. Die Krone des Wappens ist in roter Farbe ausgeführt. Die Motorwaggons haben acht zweifelhafte Querbänke mit Polsterfüßen zu je drei Personen. Es sind insgesamt vorhanden 24 Sitzplätze, 7 Stehplätze auf der Vorderplattform und 8 Stehplätze auf der Hinterplattform. Die Perrons sind abgerundet, die acht Fenster auf jeder Seite zweifelhafte, zum Öffnen eingerichtet, wie bei den sogenannten Salonwagen der Großen Berliner Straßenbahn. Die Pöge sind mit Luftdruckbremsen ausgerüstet und außerdem mit den in Gefahrfällen zu benutzenden elektrischen Bremsen versehen. Auf den Wagendächern befinden sich, wie bei der Großen Berliner Straßenbahn, vorn und hinten je zwei Laternen. Das linksseitige mit matten Scheiben versehene Licht dient als Signallaterne, die rechtsseitige Laterne besitzt geschliffene Scheiben, um die Lichtwirkung zu erhöhen. Die Uniformen des Betriebspersonals sind aus grauem Tuch, die Dienstmützen sind mit einem breiten blauen Band umsaumt. Das Abzeichen für das Aufsichtspersonal besteht aus weißen Ripen, die an den Rocklappen befestigt werden.

Ein Wettfahren zwischen einem Jüdergelpann, einem Fahrzeuge der Feuerwehr, einer herrschaftlichen Equipage, einem Automobil und einer Droschke fand am Mittwoch auf der Döberitzer Heerstraße statt. Es galt einmal in einer einwandfreien Weise die Schnelligkeit der einzelnen Wagenartungen festzustellen, um in erster Linie die Grenzen für die höchste zulässige Schnelligkeit für Feuerwehrautomobile usw. festlegen zu können. Dem Konkurrenzfahren wohnten Sachverständige vom öffentlichen Fuhrwesen bei. Es fanden zwei Rennen auf 500 Meter Distanz statt, welche vorher gefahren war. Die mit je zwei Pferden bespannten Wagen wurden von geübten Fahrern gefahren und durften die Pferde nur traben. Bei dem ersten Rennen legte das besetzte Fahrzeug der Feuerwehr 23 Kilometer und beim zweiten Rennen 25 Kilometer zurück. Die Equipage erzielte 28 und dann 30 Kilometer. Am besten schnitt das japanische Jüdergelpann ab. Obgleich die braunen Pferde am Tage vorher acht Stunden gegangen und nicht vorbereitet waren, brachten sie beim ersten Rennen spielend 30 und beim zweiten 34 Kilometer hinter sich und überholten das Automobil. Die Droschke kam nicht in Betracht, denn sie folgte dem Fahrzeuge der Feuerwehr in weitem Abstände. Bei der Bewertung der Zeiten ist zu berücksichtigen, daß die Bahn nicht die beste war, indem das Asphalt von der Sonne durchglüht, bedenklich weich geworden war.

Vom Herzschlag betroffen wurde am Montag abend unser Genosse, der Klempner Paul Pelzel, als er sich in seine Wohnung, Oppelner Straße 3, begeben wollte. An seiner Wohnung angelangt, war es ihm noch möglich, seine Ehefrau zur Hilfe zu rufen. Diese

eilte sofort herbei, konnte aber nicht mehr helfen; unter ihren Händen starb er.

Genosse Pelzel war Bezirksführer und gehörte mit zu denjenigen, die mit ganzer Liebe und Hingebung an dem Ausbau unserer Organisation mitarbeiteten.

Der vierte Kreis verliert in ihm einen tüchtigen und braven Genossen. Gestern nachmittags 6 Uhr wurde der Verstorbene von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichshagen aus zur letzten Ruhe bestattet. An 300 Genossen und Bekannte hatten sich mit zahlreichen Kränzen eingefunden und gaben dem treuen Freunde das Geleit.

Mit dem Bau des neuen Bahnhofes im Zuge des Hohenzollerndammes an der Kreuzung der Berliner Ringbahn soll demnächst begonnen werden. Wie die „Verkehrstechn. Woche“ meldet, hat nämlich der Minister der öffentlichen Arbeiten den Vertrag, den die Königl. Eisenbahndirektion Berlin mit der Handelsgesellschaft für Grundbesitz abgeschlossen hat, genehmigt. Der neue Ringbahnhof wird am Berliner Platz (Wilmersdorf) zwischen den Stationen Schmargendorf und Halensee liegen.

Kleinliche Konkurrenzsucht. Die in Berlin seit einigen Jahren bestehende Produktiv- und Einkaufsgenossenschaft des Berliner Arbeiter-Radfahrervereins eröffnete am 1. Januar d. J. in der Brunnenstraße 35 die erste Verkaufsstelle und bewirkte die Eintragung der Firma: „Solidarität-Fahrrad-Industrie“ ins Handelsregister. Nachdem die Genossenschaft bereits mehrere Monate ihre Geschäfte unter diesem Titel betrieben und ihre Fahrräder unter der Marke „Frisch auf“ in großer Zahl verkauft hatte, fiel es einer kleinen Konkurrenzfirma ein, daß sie sich für ihre Räder die Marke „Solidaria“ hatte eintragen lassen, und sie beantragte nunmehr, der Genossenschaft die Führung des Wortes „Solidarität“ für sich allein und in jeglicher Verbindung zu verbieten. Man beachte: die Fahrräder der klägerischen Firma tragen die Schutzmarke „Solidaria“, die der beklagten Firma Solidarität-Fahrrad-Industrie die Bezeichnung: „Frisch auf“ und trotzdem entschied der Registerrichter in Anlehnung an eine Entscheidung des Patentamtes, daß die beantragte handelsgerichtliche Eintragung abzulehnen sei, weil das Wort „Solidaria“ begrifflich, klanglich und figürlich dem Wort „Solidarität“ sehr ähnlich und verwandelbar sei und sonach mit ihm übereinstimme. Infolge dieser Entscheidung blieb dem genannten Unternehmen nichts anderes übrig, als die Firma zu ändern in: Fahrrad-Haus „Frisch auf“ Walter Wittig u. Co.

Daran hatte die Konkurrenz aber noch nicht genug, ein Prozeß wegen unlauteren Wettbewerbes wurde angehängt, dessen Resultat noch abzuwarten ist.

Ein Ehedrama spielte sich gestern nachmittags in der Prenzlauer Allee 6 ab. Dort tödete der 36-jährige Schlosser Hermann Feder seine 35-jährige Ehefrau Jenny, geborene Rohm, durch zwei Revolver-schüsse und entlebte sich dann selbst durch einen dritten Schuß. Wir erhalten über den aufregenden Vorgang die folgenden Mitteilungen: Das fester Ehepaar bewohnte seit Anfang dieses Jahres eine kleine Wohnung in dem Hause Wilsstraße 57. Vor kurzem kam es zwischen den Eheleuten zu scharfen Auseinandersetzungen, die zur Folge hatten, daß Frau Feder ihren Mann verließ und zu einer bekannten Kaufmannsfamilie in der Prenzlauer Allee zog. Der Mann hatte aber bald den Aufenthaltort ermittelt. Gestern nachmittags begab er sich nach dem bezeichneten Hause und läutete an der Korridortür des Kaufmanns. Als ihm geöffnet wurde, verlangte er nach seiner Frau, da er mit ihr etwas Wichtiges zu sprechen habe. Frau Feder kam auch und beide gingen auf die Treppe. Raum hatten die Eheleute ein paar Worte gewechselt, als der Mann plötzlich einen Revolver zog und ihn auf seine Frau abfeuerte. Die Unglückliche stürzte die Treppe hinab und eilte auf die Straße, wo sie bewußtlos zusammenbrach. Ihr Mann hatte noch einen zweiten Schuß nachgeschandt und sie tödlich getroffen. Ehe ärztliche Hilfe zur Stelle war, starb die Frau. Als man dann nach dem Mörder suchte, fand man diesen auf der Treppe ebenfalls als Leiche vor. Er hatte sich eine Kugel in die Schläfe gejagt. Die Kriminalpolizei war bald unter Führung des Oberregierungsrats Hoppe zur Stelle und nahm den Leichnam auf. Die beiden Leichen wurden im Laufe des Abends nach dem Schauhaufe geschafft.

Bei einem Rettungswort schwer verunglückt ist gestern nachmittags gegen 1/2 Uhr in der Müllerstraße der Schneider Karl Friede, Tischler, 30 wohnhaft. Zur genannten Zeit war in der Nähe der Schulstraße das Pferd eines Geschäftswagens schon geworden und raste den Strahenzug hinunter. Der Aufsitzer hatte die Herrschaft über das Tier verloren und vermochte sich nur mühsam auf dem Bod des Gefährtes zu halten. Besonders gefährdend gestaltete sich die Lage für die Passanten, als das Pferd sich zur Seite wandte und nach dem Bürgersteig herauf jagen wollte. In diesem Augenblick warf sich Friede dem schäumenden Ross entgegen; er wurde jedoch zur Seite geschleudert, prallte gegen einen Laternenpfahl und fiel dann so unglücklich auf den Fahrbahn, daß er mit den Weinen unter die Räder eines in demselben Augenblick vorbeifahrenden Arbeitswagens geriet. Er wurde überfahren und erlitt einen komplizierten Bruch des rechten Unterschenkels. Durch den Anprall an den Laternenpfahl hatte er außerdem eine erhebliche Verletzung am Kopfe davongetragen. Der Verunglückte erhielt auf der Unfallstation in der Lindowstraße die erste Hilfe und wurde von dort nach der Charité übergeführt.

Ein Mißbrauch in den Gemeindefchulen.

Ein Mißbrauch, der vor einiger Zeit schon fast abgestellt schien, nistet sich gegenwärtig in den Berliner Gemeindefchulen mehr und mehr wieder ein, der nämlich, daß die Kinder gezwungen werden, in Reihen stief auf dem Schulhof einherwandernd die Pausen zu verbringen.

In der ersten Pause mag das angehen, da die Kinder während derselben mit dem Verzehren ihres Frühstückes — soweit vorhanden — beschäftigt sind. In den späteren Pausen aber sollte man durchaus dem natürlichen Verlangen des kindlichen Körpers nach intensiverer Bewegung, nach einem lustigen Spiel nachgeben.

Ausnahmen wären nur dort berechtigt, wo die Schulhöfe — leider gibt es solche traurigen Exemplare dieser Gattung in Berlin eine ganze Anzahl — so eng sind, daß ein Spielen unmöglich wird, weil die größeren Kinder die kleineren durch Unreinen gefährden würden. Ist aber Raum genug da, um gefonderte Spielplätze für Größere und Kleinere abzutheilen, die im Notfall von den einzelnen Klassen abwechselnd benützt werden könnten, so wäre es eine Verfüngung an unseren Kindern, dies aus Pedanterie oder Kenglichkeit nicht zu tun. Die Pforten, zur Postung für etwa eintretende Unfälle herangezogen zu werden, deren sich einzelne Lehrkräfte nach und bekannt gewordenen Neugierungen hinzugeben scheinen, ist nicht begründet. Es ist richtig, daß niemand, wenn die Kinder sich selbstständig bewegen, die Vermeldung jedes Unfalls garantieren kann; ist der aufsichtführende Lehrer aber an seinem Plage, so ist er dadurch rechtlich gegen alle üblen Folgen gedeckt.

Die städtische Schulbehörde verüme ihre Pflicht, wenn sie nicht für eine hygienische vollkommene Ausnutzung der Pausen sorgt. Die Kinderleiche in der verhegerten Allee. Ein geheimnisvoller Leichentum beschäftigt die hiesige Polizeibehörde. In der Wohnung

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in der Kassenkammer Nr. 3, zweites Hof, zweiter Eingang, vier Treppen, **Wochentags** abends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr statt. **Wochentags** 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Gütige Fragen frage man in der Sprechstunde vor.

100. B. 1. Ja. 2. und 3. Nein. 4. Sie würden mit Aussicht auf Erfolg auf Schadenersatz klagen können. — R. 100. Grundsätzlich müssen wir es ablehnen, bestimmte Bezüge, Firmen, Rechtsansätze usw. zu empfehlen. — R. 101. 1. Wahrscheinlich. 2. Ja. 3. Wenden Sie sich direkt an das Patentamt; dort erhalten Sie zuverlässige Auskunft. — R. 102. Die Klage hat Aussicht auf Erfolg. — W. R. 81. Die Klageansprüche müssen Sie einhalten, die Sie unterschreiben haben. Ist keine Frist im Vertrag ausgemacht, so würden Sie frühestens zum 1. Januar 1909 kündigen können. — C. 2. 100. 1. und 2. Ein Gesetz verbietet die Naturalisation nicht. 3. Die Naturalisation eines Ausländers hängt von dem Gemeindefrat der Behörde ab; ein Recht auf Naturalisation hat ein Ausländer nicht. — E. 6. 27. 1. Circa 25 R. monatlich. 2. Ja.

— B. 7. 228. 1. und 3. Ja. 2. Nein. — 120 G. 3. Am 22. Juni. — G. 6. 38. Leider können Sie ohne Zustimmung des Vaters vom Besuche nicht freikommen. — A. 2. 13.60. Wenn aus Ihren Beiträgen nichts Gegenseitiges hervorgeht, hat der Väter zu zahlen. — P. 35. So viel uns bekannt, 20 Prozent. — G. 25. Sie vermögen den Kurios nicht zu empfehlen. — S. 6. 500. Leider ist eine Umschreibung in Ihrem Falle unmöglich. — P. 2. 100. Von Baar, Wilmersdorf, Kaiserplatz 17. — W. R. 40.41. Der 20. Juni 1884 hat auf einen Donnerstag. — Müggelsee. Neun Quadratkilometer. — Richter 225. Durch die Postgel erhalten Sie den Namen des Autoführers, gegen den Sie dann klagen können. — R. 2. 46. Geburtsurkunde Ihrer selbst und Ihrer Frau ist erforderlich. Außerdem müssen Sie sich von Ihrer örtlichen Heimbildungsbehörde beschreiben lassen, daß nach den dortigen Gesetzen ein Hindernis Ihrer Eheschließung nicht entgegensteht. Wenden Sie sich zwecks Erlangung des Zeugnisses an Ihre Postamt. — J. 6. 134. Zuständig für Ihre Klage ist das Amtsgericht am Wohnsitz Ihres Schuldners. Das ist das Amtsgericht Berlin-Mitte. — H. R. 28. Sie müssen zunächst bei dem Amtsgericht einen Schiedsrichter beauftragen. Kauft dieser fruchtlos aus, so müssen Sie das Armenrecht erwirken und beim Landgericht dann durch einen Anwalt die Scheidungsklage anbringen. Wird der Mann für schuldig erklärt, so würde die Erziehung des Kindes Ihnen zufallen und er verpflichtet er-

achtet werden, den nötigen Unterhalt für Sie und das Kind zu zahlen.

— **Chauffeur 95.** Beantragen Sie bei der Berufsvereinschaft Unfallsrente und stellen Sie ferner bei der Krankenkasse den Antrag, Sie als Mitglied zu betrauten und dementsprechend Ihnen Auskosten und Krankengeld zu gewähren. Wird in den letzten Instanzen angenommen, ein Arbeitsverhältnis liegt auf Grund des von Ihnen angenommenen Verlustes des Vertrages nicht vor, so würde freilich Ihre Ansprüche abzuweisen sein. Zeilen Sie uns den Erfolg Ihrer Bemühungen mit, damit wir Ihnen eventuell weiteren Rat erteilen können. — **M. G. Hans 1.** Beantragen Sie von dem Zahnarzt innerhalb einer angemessenen, von Ihnen zu legenden Frist das Gehalt in Ordnung zu bringen, teilen Sie ihm gleichzeitig mit, daß Sie nach fruchtlosem Ablauf der Frist die Umkehrung auf seine Kosten vornehmen lassen würden und führen Sie Ihre Drohung aus. — **R. 101. J. J. Dr. Silberstein, Niddorf, Berliner Straße 93.** — **J. 6.** Von dem Beitritt zu der Kaffe „Esterballe für ehemalige Krieger und Waffengeführten im Königreich Preußen, Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit in Spandau“ können wir nur dringend abraten.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 26. Juni.
Anfang 8 Uhr.

Deutsches. Die Brediggrün. Kammerstücke. Schötern. Leising. Der Raub der Sabine. rinnen.

Neues. Nächte im Hampton-Hub. Schöps.

Neues Schauspielhaus. Die Dollarsprinzessin.

Kleines. 2 mal 2 = 5.

Berliner. Raffles.

Neuzeitliche Oper. Hoffmanns Erzählungen.

Volksoper. Die blaue Maus.

Schiller O. (Wallner-Theater.) Carmen.

Schiller Charlottenburg. Ohne Geläch.

Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Der Städtstrompeter.

Thalia. Der Mann mit dem Wok.

Westen. Ein Walgentraum.

Neues Operetten. Der Mann mit den drei Frauen.

Lilien. Dir wie mir. Die Stimme des Blutes.

Trianon. Frau Baronin.

Bernhard Wese. Im Hause der Gänse.

Metropol. Das muß man seh'n.

Apollo. Die süßen Griesetten.

Wintergarten. Spezialitäten.

Carl Daberland. Spezialitäten.

Reichshallen. Stettiner Säger.

Walhalla. Spezialitäten.

Urania. Landenstraße 18/19.

Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.

Sternwarte. Invalidenstr. 57/52.

Berliner Theater.

Gastspiel des Neuen Schauspielhauses. Direction: Alfred Palm.

Kleines Theater.

Abends 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.
Sonnabend: 2 mal 2 = 5.
Sonntag: 2 mal 2 = 5.
Montag: 2 mal 2 = 5.
Dienstag: 2 mal 2 = 5.

Theater des Westens.

Abends 8 Uhr:
Ein Walgentraum.
Operette von César Strauß.

Friedrich-Wilhelmstädtisches

6 Uhr. Schauspielhaus. 8 Uhr.
Der Städtstrompeter.
Gefangnisse in vier Akten von B. Kammhacht. Musik von G. Strehlen.

Neues Operetten-Theater

Schiffbauersdamm 25, an der Luisenstr.
Sommerpreise. Anfang 8 Uhr:
Der Mann mit den drei Frauen.

Luisen-Theater.

Reichshaller Straße 34.
Abends 8 Uhr:
Dir wie mir.
Herauf:
Die Stimme des Blutes.
Sonnabend bis Montag: Dir wie mir. Herauf: Die Stimme des Blutes.
Sonntag nachmittags zum letzten Male: Im Goldland.

Metropol-Theater

Zum 279. Male:
Das muß man seh'n.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Säger. Variétésterne. Barlette von Weyfel. Meyrel als **Saharet.** Britton als **Isadora Duncan.** Anf. Sonntag 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.

ZOOLOGISCHER ZGARTEN

Täglich:
Gr. Militär-Doppel-Konzert
Eintritt 1 M.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren — die Hälfte. —

BERNHARD ROSE THEATER

Gr. Raupacher Str. 132. 8 Uhr Sommerpreise.
Im Hause der Gänse
(Um eine Liebesnacht).
Ein Drama des Sinnenrausches in vier Akten von Maximilian Braun (Grundmotiv von Jola).

Apollo Theater

Das renommierteste Theater Berlins! Ab 8 Uhr: Die hervorrag. Attraktionen, u. a.: Verona-Truppe, die ersten Kutschler der Welt. **Die süßen Griesetten.** Operette. 10 Uhr: **Greis Gallus.** Soubrette. 10^{1/2} Uhr: **Wiener Jubiläumsfestzug.** 10^{1/2} Uhr: Best Bernards Compagnie.
Ein Abend in einem amerikanischen Tingel-Tangel.

WINTERGARTEN

Das renommierteste Theater Berlins! Ab 8 Uhr: Die hervorrag. Attraktionen, u. a.: Verona-Truppe, die ersten Kutschler der Welt. **Die süßen Griesetten.** Operette. 10 Uhr: **Greis Gallus.** Soubrette. 10^{1/2} Uhr: **Wiener Jubiläumsfestzug.** 10^{1/2} Uhr: Best Bernards Compagnie.
Ein Abend in einem amerikanischen Tingel-Tangel.

Neues Programm

von
Publikum und Presse glänzend beurteilt.

Passage-Theater.

Der größte **Saisonserfolg**
Gastspiel Willi Agoston in der tollen Burleske

Berlin in Stimmung!

Das Tollste vom Tollen und die neuen Juni-Spezialitäten.

Passage-Panoptikum.

Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf. Kinder, Soldaten 25 Pf.

W. Noacks Theater

Direction: Rob. Ott. Strammstr. 16
Alma Alberti — Adolf Bula — Lia Delinda — Anton Hildach — Les Daretys — Les Persinas
Das ehrliche Berlin. 1/10. Anf. 6 Uhr. Kaffeeküche 3—6 Uhr.

Berliner Prater-Theater

Kantien-Allee 7—9. Täglich
Die Welt ein Paradies
große Ausstattungs-Rovus und erstklassige Spezialitäten.
Anf. Sonntag 4 Uhr, Wochent. 4^{1/2} Uhr.
Im Saale: Täglich gr. Ball.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). (Worwitsch-Oper).
Freitag, abends 8 Uhr:
Carmen.
Oper in 4 Akten von Georges Bizet.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Zum ersten Male:
König für einen Tag.
Sonntag, nachm. 3 Uhr, bei halben Preisen: **Die Afrikanerin.**
Sonntag, abends 8 Uhr:
König für einen Tag.

Diez' Spezialitäten-Theater

Landsberger Allee 76/79, direkt Ringbahn-Station.
Bequemste Zugverbindung nach allen Stadtrichtungen.
Ob schön! Kommen! Sehen! Staunen! Ob Regen!
Täglich:
Das größte u. beste Programm Berlins.
Für Attraktionen, u. a.: Zum erstenmal in Europa:
Das größte Welttrüffel des Erdballs! Von der gesamten ameril. Presse als d. größte Weltwunder bezeichnet: **The great Simpson.**
Der Verächter des Todes. Ein bezauberter Selbstmordkandidat!
Gr. Ball. Kaffeeküche. Volksbelustigungen aller Art.

Brunnen-Theater

Badstraße 58. Direkt: Willi Voigt.
Täglich:
Der deutsche Michel.
Erstklassige Spezialitäten.
Karl Braun, Veranblungs-Künstler.
Mirzi v. Wenzl, Tuschtes Altspanner.
Paul Coradini.
Eröffnung 2 Uhr. Anfang 5 Uhr.
Vormerkung von 10 Uhr ab.

Schweizer Garten.

Am Königstor — Am Friedrichshain.
Täglich: Theater-Vorstellung, Spezialitäten und Ball.
Wie einst im Mai.
Zum Schluß (10 Uhr):
Volksstück mit Gesang in 2 Akten.
Rom 1. Juli ab: **Wocads amer. Pant.**
Die **Ginbrecher von New York.**
ferner das neue Spezialt-Programm sowie **Berlin hebt Kopf.** große Felle mit Gesang von Leop. Uin.

Fröhels Allerlei-Theater.

Schönhauser Allee 148.
Täglich:
Spirelottchen.
Volksstück aus dem Berliner Leben.
Dazu
erstklassige Spezialitäten.
Im Saale von 5 Uhr ab:
Tanz.

Neue Welt.

Hasenheide.
Sonntag, den 28. Juni:
Erstes Auftreten
Mons. Gadbin II.
Sturz durch die Luft aus einer Höhe von **sechs Etagen.**

Estbahn-Park

Am Küstrinerplatz, Rüdardorferstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
R. O. M. an, große Zukunft, in Bernau, Doppelter Wert.
Brunnhof, Berlin, Köpenickerstr. 8.

Bolero
ist nach dem Urteil aller Sachverständigen die **feinste 2 Pi.-Zigarette.**
Garantiert Handarbeit!

Herren-Stoff-Reste

zu Herrenanzügen (sportlich, feinste Fabrikate, Kammgarne, Cheviots, neueste Muster von 4 M. an per Meter, reine Wolle. 139/12)
Ludwig Engel, Prenzlaner-straße 23, II. (Alexanderplatz.)
Spezialität: Anzug kompl. nach Maß „Napoleon“ R. 36,00
Ein Versuch führt zur dauernden Kundshaft!

Stukkateure!

Sonnabend, 27. Juni, abends pünktl. 8 Uhr, bei Eisner, Kaiser Wilhelm-Straße 18m:

Außerordentliche Mitgliederversammlung

Tages-Ordnung:
1. Fortsetzung der Diskussion über den Verbandstag. 2. Welchen Beitrag zahlen insbesondere die Werkstattkollegen? 3. Verschiedenes, darunter Ueberhandnummern und Naturbel. Eintritt nur gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches. 173/15*
Zahlreiche Teilnahme der Werkstattkollegen und der in Potsdam wohnenden Mitglieder ermartet
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8^{1/2} Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Bezirks-Versammlung für Moabit.

Tages-Ordnung:
1. Bericht vom Verbandstage. Referent: Kollege Reiche. 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegationsmitglieder. 4. Verschiedenes. 86/5
Die Ortsverwaltung.

Einsetzer!

Sonntag, den 28. Juni, vormittags 9^{1/2} Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, Saal 1:

Branchen-Versammlung.

Bericht vom Verbandstage, Tätigkeitsbericht der Kommission. Branchenangelegenheit und Verschiedenes.

Achtung! Kleber!

Sonntag, den 28. Juni, vormittags 9 Uhr, finden in folgenden Lokalen **Morgensprachen** statt:
O. Biener Str. 31, Stephan Woch. N. Kasanien-Allee 95/96 bei Dugge. folger. W. Schönberg, Reintinger Str. 8
NW. Berlinberger Str. 22 bei Pantof. bei Kuffke.
N. Kolberger Str. 28 bei Raschel. Niddorf, Berliner Str. 14 b. Schmidt

Jenensia-Räder!

10 Jahre Garantie! Teilzahlung!
Adler-Räder!
2435L* **Phänomen-Räder!**
Groskurths Social-Räder von M. 56.— an!
Auswahl in gebrauchten Rädern!
Motorzweiräder! Fahrradzubehör sportbillig!
R. Groskurth, Berlin C., Münzstraße 23.

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.

Sonnabend, den 4. Juli 1906:
Großes Sommer-Fest
in den Gesamträumen der „Neuen Welt“, Hasenheide 108/114.
Garten-Konzert. Gr. Brillantfeuerwerk.
Spezialitätenvorstellung. Fackelpolonäse usw.
Eröffnung 3 Uhr. Konzertbeginn 4 Uhr.
Billets a 25 Pf. für die Mitglieder und deren Angehörige sind bei den Zahlstellenführern und in der Parteispedition erhältlich.
Tanz, Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennig nach.
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 3 Uhr an zur Verfügung.
Jedes Kind erhält 2 Buns, berechtigt zur Stock-Isteroo, Schankel oder Karussell.
Programme an der Kasse gratis.
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Lustspielhaus.

Sommerpreise. Abends 8 Uhr:
Die blaue Maus.

Sanssouci.

Kollbuser Straße 6. Direction Wilhelm Reimer.
Der Garten ist geöffnet.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsch. Säger
und **Tanzkränzchen**
Beg. Sonntag, 8. wochent. 8 U.

Max Kliems

Sommer-Theater.
— Hasenheide 13—15. —
Täglich: **Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**
Wittmoos: Kinderfest.
Volksgarten-Theater
— am Bahnhof Gesundbrunnen. —
Täglich:
1001 Nacht.
Riesen-Spezialitäten-Programm.
Olga Voral. X Fritz Lachmann.
Anfang 4 Uhr.

Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.
(Eingetrag. Hilfskassa Nr. 29, Hamburg).
Filiale Berlin 2.
Sonntag, den 27. Juni 1908,
abends 8 1/2 Uhr,
im „Märkischen Hof“,
Hindenburgstr. 180.

Allgemeine Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Ortsverwaltung.
2. Reuewahl der Ortsverwaltung.
3. Wahl des Vertrauensorgans.
4. Verschiedenes. 28465

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Billigste Bezugsquelle für
Hygienische Bedarfs-Artikel
Drogerie Zarenba,
Berlin N., Weinbergsweg 1.
— Ein Versuch führt zu dauernder Kundenschaft.

Kein Mieter für 2-4 Zimmerwohnungen in Charlottenburg verleihe die schönsten Wohnungen in den fertigen Neubauten Dannebergstr. 29 und Horstweg 25, nahe Kaiserdamm (Untergrundbahn) zu besichtigen.

Neuestes Teilszahl-Geschäft für
Brennabor-Räder!
Kein Laden! Günstigste Bedingungen.
Berlin SO.,
Louis Barth, Brückenstr. 10a, pl.

JOSETTI JUNO
Cigaretten.

Cigaretten „gerade so gut“
kosten das doppelte und mehr.

10 St. für 20 Pfg.

Weißenensee!!
Am 1. Juli d. J. eröffne ich König-Chaussee 27 eine Filiale meines
Optischen Spezial-Geschäfts
beruhen mit vollständig kostenloser Augenuntersuchung.
Durch große Auswahl und fachmännische Bedienung hoffe ich allen Ansprüchen gerecht zu werden!!!

Robert Arnoldi, Optiker.
Hauptgeschäft: Berlin NO., Neue Königstr. 42.
Gegründet 1877!

Arbeiter-Bekleidung

Größtes Spezialgeschäft
Kohnen & Jöring
Hauptgeschäft: Alexanderstraße 12
zwischen Alexanderpl. u. Janowitzer.
2. Geschäft: Landsberger Allee 148,
Ecke Langenbockstraße.
Berufsbekleidung
f. alle Zweige d. Industrie u. Gewerke.

„Flora“
Spandau, Vicheldorferstr. 39.
Sonntags
Anfang 3 Uhr:
Familien können Kaffee trinken!
52682

Gr. Ball.
Emil Koopnick.

Oskar Voelker
hält wieder
Sonntag, den 27. Juni, abends 8 1/2 Uhr,
in Nixdorf, Thiel's Filiale, Bergstr. 151/52, einen
Sichtbilder-Vortrag
nur für Herren.

1. Teil. Aus dem Geschichtsleben des Menschen.
2. Teil. (Vorführung einer Anzahl Sichtbilder mit erklärenden Erläuterungen.) Aus dem Leben des Menschen in gesunden und kranken Tagen.

Da die Vorträge insbesondere für den Mann aus dem Volke bestimmt sind, beträgt das Eintrittsgeld pro Person nur
20 Pfennig.

Oskar Voelker sprach in den letzten beiden Jahren vor über 150 000 Personen.

Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter. Filiale Berlin III.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Plätterin
Fri. Adelheid Schunik
von der Pirna (Jakob, Schillingstr. 10, am Dienstag verstorben ist. Ihre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhof der Pfling-Gemeinde in Neu-Weichensee statt.
Die Ortsverwaltung.

Danksagung.
Allen diejenigen, die meinem Ramme die letzte Ehre erwiesen haben, sage ich hiermit meinen aufrichtigsten Dank.
139/10
Witwe Elise Schmidt.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein
Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.
Sonntag, den 28. Juni, Vereins-tour, früh 8 Uhr und mittags 12 Uhr: Strausberg, „Hungeriger Wolf“, Start: an den bekannten Stellen.
Motorfahrer früh 5 Uhr: Lindenwald. Start: Tempelhofer Feld, Steinhilberstr.
10. Juli, Mittwochs, den 1. Juli, abends 8 1/2 Uhr: Abteilungsfeier.
11. Juli, Donnerstag, den 2. Juli, früh 8 Uhr: Strausberg, Neue Epikühle. Start: Verbandsklub, Große Hamburgerstr. 18/19.
Gäste willkommen.
Heute abend: Radmarathon.
Kantoor-Schönhausen, Nacht 12 Uhr: Sudow. Früh 7 Uhr: Strausberg, „Hungeriger Wolf“, Start: Röhrenstr. (Bahndrüse). 12/7
Lichtenberg. 1 Uhr: Eichwalde (Witte). Start: Pfarrstr. 74.

Bekanntmachung.
Som 1. Juli bis 1. August gelangen die Prozente gegen Verlegung der Räder zur Auszahlung, und zwar nur im Hauptgeschäft, Brunnenstr. 35. 106/2
Spätere Reibungen können nicht berücksichtigt werden.
Laut Bundestagsbeschluss werden vom 1. Juli ab nur noch auf Fahrräder, Nähmaschinen und Holzwaren 10 Proz. an die Bundesmitglieder gezahlt. Für alle anderen Artikel werden ermäßigte Restpreise festgesetzt.
Fahrradhaus „Frisch auf“,
Walter Wittig u. Co.

Auf Teilszahlung
Wohlfühlend nur 1 Mark!
Große Auswahl Uhren, Goldwaren jeder Art, Zithern, Phonographen, Grammophone, Musikwerke und Verkauf von prima Platten und Walzen.
Jahre & König, Warschauer Straße 68, 1. Etage, und Reinickendorfer Straße 101, 1. Etage.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeigen.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Arbeiterin
Josefa Szedeck
am 24. d. M. an Nahrungsmittel gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Nothilfe-Krankenhauses aus nach dem Sebastian-Kirchhof in Reinickendorf statt. 118/9
Rege Beteiligung wird erwartet.
118/10 Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Mittwoch, 24. Juni, nachmittags 6 Uhr, mein lieber Mann, unser guter Vater, der
Adolf Beckmann
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Nixdorf aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
118/10 Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Mittwoch, 24. Juni, nachmittags 6 Uhr, mein lieber Mann, unser guter Vater, der
Adolf Beckmann
im 52. Lebensjahre nach schwerem Leiden verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Nixdorf, Hermannstraße, aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Hiermit diene den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kohlenarbeiter
Julius Töpfer
am 20. Juni im Alter von 42 Jahren an Unfall gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Seifemane-Kirchhofes, Nieder-Schönhausen, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
69/15 Die Verwaltung II.

Danksagung.
Für die zahlreiche Teilnahme und die Kranzspenden am Grabe meines Mannes
Emil Laube
sage ich allen Beteiligten, besonders dem Rauschklub „Alter Seifemane“ (Mitglied des Arbeiter-Rauscherbundes) meinen herzlichsten Dank.
Witwe Anna Laube geb. Frisch.

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Stoppdecken billig! Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. 26826

Federbetten, Stand 11,00, große 16,00, Schlafdecken 1,15. Handwebhaus, Mühlentorplatz 7. 9108

Teppiche! (Jederbeste) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Dadelstr. Markt 4, Bahnhof Seite. 264/11

Pfandleihanse Schönhauser Allee 110. Spottbilliger Verkauf verschiedener Kleider, Herrengarderobe, Gardinen, Kunstseidenstoffe, Schmuckwaren, Betten, Teppiche, Uhren.

Stoppdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 26938

Handwebhaus! Hermannplatz 6. Jedermanns spottbilligste Einkaufsquelle! Jede Art Artikel! Sommerpaletots! Herrenhosen! Uhrenverkauf! Kettensack! Ringenverkauf! Kleiderverkauf! Nähmaschinen! Gardinenverkauf! Bettdeckenverkauf! Sonnenschutz! 7107

Kartoffeln, Bunter 3,20, 2,90, 2,50, 20 Pfund 0,65, 0,60, 0,50. Nixdorf, Rajshin, Steinmetzstraße 113. 7107

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 6 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehradanzüge von 12,00, Frack von 2,50, sowie für populäre Kleider. Neue Garderobe zu Raumden billigen Preisen, aus Handweben verarbeitete Sachen kann man am billigsten bei Koh. Nixdorfstraße 14.

Abreisewegen prachtvolle Metallarbeiten, Kinderbettstellen, hochparterre Kleiderkasten sofort spottbillig Nixdorf, Nixdorfstraße 90. 8878

Wiesenposten Teppiche, Sofa und Colongröße, 4,35, 6,75, 10, 800 Mark. Eine Partie mit kleinen Webstücken spottbillig, Teppichhaus Emil Lejebere, Dantzenstraße 158. 9148

Geschäftsverkäufe.

Warenlokal! Kleiner Saal, Regeltisch, Endstation der Straßenbahn, spottbillige Miete, großartige Lage, zum Partikelokal sofort veräußert. Offerten „Vorort“, Postamt Nixdorf 3. 26506

Kleidergeschäft, flottgehend, für taunend Mark Bare (laut Rechnung) verkauft Pringen-Allee 69. 28458

Gründergeschäft! sofort Nixdorfbergerstraße 8. 28548

Partikelokal, Nixdorf Vorort, Saal, billig wegen Krankheit zu verkaufen. Welchen Schriftlich bei Dieder, Postamt Nixdorf, Kaiser-Wilhelmstr. 18.

Möbel.

Teilszahlung. Möbelleinrichtung, Etage und Küche, Anzahlung 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke 3 Mark an. Verschiedene gewöhnliche spottbillig. „Verolina“, Kastanienallee 49. 28128

Panzerplüschsofa, funktelnageln, entzündend, Stickerzimmer 40,00, Chaiselongue, Plüschbetten 30,00, Kleiderplüsch, Berlin 20,00, Regulatorischen, Bilder, Auszugstische 15,00, Solistische 10,00, Schreibische, Teppiche, Preisverkauf, auch Sonntag, Schlegelstraße 31, Vorderhaus I.

Räumungsverkauf! Wegen Räumung unseres Speichers sollen bis 1. Juli ein großer Posten Möbel, darunter auch verleihe gewesene und zurückgegebene Möbel zum Teil bis 40 Prozent unterem Wert verkauft werden. Darunter Kleiderplüsch 24 Mark, Bertilo 27, Höhe 10, Bettstellen mit Matrize 19, Sofa 35, Waschtische 30 Mark; Plüschstühle 28, Ankleidestühle, Plüscharmaturen enorm billig. Moderne Küchen in allen Farben von 40, an. Lagerung, Transport frei. Sargardt, Dresdenstraße 107/108. Sonntags geöffnet. 194/10

Dringend sollen sämtliche Möbel billig verkauft werden. Kleiderplüsch 24 Mark, Bertilo 28, Tisch 10, Hochstuhl 3, Bettstelle mit Matrize 18, Küchensplüsch, Kommode 15, Plüschstühle 12, Waschtische, Ruhebett 20, Schlafsofa, Säulentrucan 38, Herrenkleider, Garderobenschrank 34, Plüschbettstellen, englische Bettstellen mit Federmatrize und Kleiderschrank, geschliffene Säulentrucan 65, Ankleidestuhl 75, Lederstühle 9, englische Schlafzimmer, moderne Küchenmöbel, auch Teilszahlung, Transport in Berlin und Vorort frei. Neue Königstraße 29, nahe Alexanderplatz. 194/13

Konkurrenzlos! Im Möbelhaus Nixdorfstraße 29, an der Nixdorfbrücke, neben vielen Wohnmehleinrichtungen von 150 Mark an sowie einzelne Möbelgegenstände zum schleunigen Verkauf aus. Außerdem verleihe gewesene Möbel weit unterem Wert, darunter Kleiderplüsch 24, Bertilo 27, Ankleidisch 15, Bettstellen mit Matrize 19, Waschtische 20, elegante Tischsofas 44, Plüsch 100, englische Bettstellen mit Matrize und Kleiderschrank, Herrenkleider 28, moderne Küchen in allen Farben von 40, an. Lagerung, Transport frei. Sonntags geöffnet. 194/13

Fahrräder.

Fahrräder, Teilszahlungen. Nixdorfstraße 20 Stallherstraße 40. 3008

500 gebrauchte Fahrräder wegen Lagerüberfüllung 5, 10, 15, 20, 25, Sämtliche Marken und Systeme, Brennaborräder, Pflücker, Opelräder, Wanderer, Adler, Kettenschlüssel. Günstigste Gelegenheit für Händler, Handwerker. Nachnot, jetzt Weinmeisterstraße 14.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad wie neu, 45,00, Holz, Blumenstraße 30b. 2128

Fahrräder, Grammophone, Teilszahlungen, ohne Kassa, Nixdorfstraße 40. 6745

Halbrenner, kaum gefahren, francheitshalter ganz billig, Friede, Landsberger Allee 50, vorn IV. 757

Modernes Herrenrad billig zu verkaufen. Knobel, Nixdorfstraße 12, vorn IV. 758

Verschiedenes.

Nixdorf, Nixdorfstraße 3. Morgen, Sonntag, den 27. Juni, findet beim gemächlichen Feinrich italienische Nacht statt, wozu Genossen, Freunde ergebenst eingeladen sind. Achtungsvoll Feinrich Schulz. 28498

Verstärkte Muttersprache bederrigen! Erfolgreich, leicht lesbaren Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Günstige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.

Kammerjäger, Ang. Jöbede, W. 8, Landenstraße 47. Reelles Gehalt dieser Branche. (Arbeiten nachweislich honoriert die Kammerjäger-Beitrag „Schöneberg“)

Vaterranwalt Bessel, Gültigerstraße 94a. 25558

Kunstoperer von Frau Kolofsky, Schlangstr. Nixdorfstraße 8, III.

„Veitshaus Werk“, Große Frankfurterstraße 116 I. Hohe Bezahlung für Uhren, Goldwaren, Garderoben, Pelzwaren, Wäsche, Möbel sowie jeden Gegenstand. 5008

Wäsche wird sauber gewaschen, im Freien getrocknet, Bettwäsche, Weißwäsche 0,10, 3 Handtücher 0,10. Abholung Sonntags. Balgentalstr. 2. Belegit, Köpenick, Gliederstraße 29. 9488

Vermietungen.

Wohnungen.

Prachtige Ein- und Zweizimmerwohnungen sofort Soldinerstraße 32/34.

Zimmer.

Kleines Zimmer an soliden Herrn zu vermieten Köpenickerstraße 25, II. Wagner. 719

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle vermietet für 2 Herren, Hürteningang, Wenzel, Dantzenstraße 91, vorn II.

Möblierte Schlafstelle, separat, bei Bett, Strellherstraße 47, III. *

Möblierte Schlafstelle für einen Herrn, separat, Frau Luis, Lippenstraße 24, Gartenhaus parterre, am Friedrichshafen. 708

Möblierte Schlafstelle Kastanien-Allee 90, Holoß. *

Mietsgesuche.

Zwei Herren suchen möbliertes Vorderzimmer, am liebsten Hürteningang, gegen Restloser Lohn. Offerten mit Preisangabe unter 505 Postamt 33. 28526

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Schuhmacher bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgegeben. N. Nixdorf, Nixdorfstraße 27. 14638

Stellenangebote.

Koch, 17-18 Jahre alt, mit eigenem Fretrod, finden dauernde Stellung. Schützenstraße 23/24. Arbeitszeit: 4-11 1/2 Uhr vormittags, 4-7 nachmittags. 130/11

Bursche zum Einpacken von Goldleisten, Brunnenstraße 39. 773

Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Pringenstraße 41. 139/8

Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Königstraße 56/57. 139/2

Zum Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Tüchtig, Maschinen-Grundriese
der selbstständig arbeiten kann, wird der sofort aufgenommen bei 25572
Franz Deutschmann & Co.,
Ober-Andorf,
Hof Hüttenhof bei Gaida.

Laborant.
Ein erster franz. Laborant, perfekt in sämtl. d. Dessort-sachen u. Füllungen für Schokolade wird für dauernde Stellung und hohen Lohn gesucht.
Offerten unter Marke 6028 an die Annoncen-Exp. von Waldemar Jacobson, Kopenhagen. 28476